

2018 | 03
2. Jahrgang

Journal für Politik, Kultur & Gesellschaft

Ost | Journal



**Der Osten,
die Heimat?**

Polenverstehrer wider Willen

Politikum Ostdeutschland:
Wie Die Linke gegen die AfD besteht

Per Sachsen-Anhalter durch
die jugonostalgische Galaxis

Ost Journal

Journal für Politik, Kultur & Gesellschaft

Heft 3, 2. Jahrgang 2018
ISSN 2625-1574 (Print)

Herausgegeben von:

Ost Journal GbR
vertreten durch Stefan Kunath und Eduard Josif Kosminski

Kontakt:

Ost Journal GbR
Straße der Befreiung 46
D-15324 Letschin

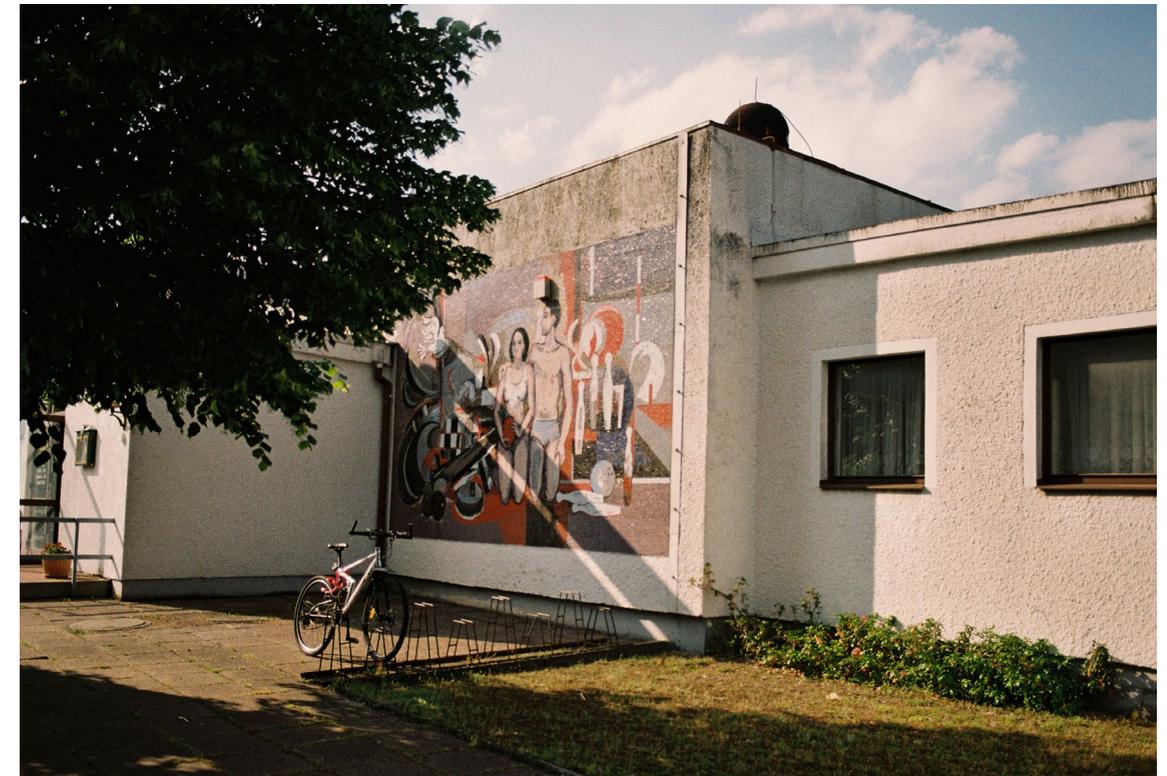
+49 (0)157 789 467 44
mail@ost-journal.de
www.ost-journal.de

Titelcover:

Yevheniia Oliinyk, Kiew

- 04 **Vorwort**
Stefan Kunath
- 06 **Heimat als Politikum –**
Ostdeutschland, AfD & die Linkspartei
Stefan Kunath
- 14 **Kontern gegen Kontra –**
Ein Kommentar zur Identitären Bewegung in Halle
Lea Lochau
- 18 **„Heimat ist dort, wo ich mich wohl fühle.“ –**
Geht Heimat ohne Ausgrenzung?
Anna Gorskih
- 24 **Ersatzheimat Fußball –**
Politikprofessor Timm Beichelt im Interview über Ostfußball und RB Leipzig
Valentin Goldbach
- 32 **Hass in der alten Heimat –**
Polen entfremdet sich von seiner Diaspora
Martha Dudzinski
- 36 **Bemerkungen zur derzeitigen Geschichtspolitik in Polen**
Holger Politt
- 38 **Polenverstehender wider Willen –**
Wie sich die PiS am Buffet historischer Widersprüche bedient
Piotr Franz
- 44 **„Das kleine Vaterland“ – wie junge polnische Konservative ihre Heimat sehen –**
Interview mit dem Politikwissenschaftler Piotr Andrzejewski
Leo Mausbach
- 54 **Eisenhüttenstadt: Fragmented City –**
Analoge Fotografie
Jonathan Hempel

- 62 **Frankfurt (Oder) als Drehscheibe der Weltkriegsheimkehrer –**
Interview mit dem Historiker Karl-Konrad Tschäpe
Saskia Heller
- 66 **Der Rhein wurde auf Deutsch schon häufig besungen...**
Heimatbegriffe in der sowjetdeutschen Literatur –
transkulturelle Perspektiven?
Inés Noé
- 76 **Meine Adresse – Sowjetunion? –**
Wie die Träume der armenischen Diaspora von einer
besseren Heimat zerplatzten
Ani Poghosyan
- 80 **Meine Heimat, deine Heimat, unsere Heimat –**
Czernowitz, eine multikulturelle Stadt früher und heute –
Interview mit Serhij Lukanjuk
Eduard Kosminski
- 84 **Der Euromaidan –**
Identität zwischen dem Eigenen und dem Fremden
Dorothee Theresa Adam
- 88 **Per Sachsen-Anhalter durch die jugonostalgische Galaxis –**
Ein essayistisches Mosaik von flüchtigen Heimaten
Juliane Rahn
- 96 **Albanien Ante Portas –**
Albanien hofft auf die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen
Kristi Vako
- 100 **Kosovo: Da haben wir unseren Staat, lass uns von hier verschwinden!**
Mevlyde Hyseni
- 104 **The Bosnia List: Identität und Heimat nach der Flucht**
Annika Grützner



52 **Eisenhüttenstadt: Fragmented City**
Analoge Fotografie: Jonathan Hempel



„Heimat? Muss das wirklich sein?“ Obwohl wir die Heimat auf den Mond verfrachtet haben, stellt mir meine Kollegin diese Frage und schaut etwas ratlos, als sie das Schild auf dem Mond auf unserem Titelcover sieht. Dem Begriff haftet etwas Reaktionsäres an. Der Erfolg nationalistischer Bewegungen und Parteien hat die Debatte über die Heimat befeuert. Phänomene wie Globalisierung und Entgrenzung sind weltweite Entwicklungen, die nicht nur, aber eben auch auf den post-sozialistischen Raum Einfluss haben. Was bedeutet Heimat? Wie wird sie wahrgenommen im Prozess der post-sozialistischen Transformation 30 Jahre nach dem Epochenjahr 1989? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es in den post-sozialistischen Regionen Europas?

Zunächst schauen wir auf Ostdeutschland, wo die Flüchtlingspolitik die Entfremdung zwischen Teilen der Bevölkerung und dem politischen Establishment beförderte. Wir blicken auf die gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sich hinter dem Aufstieg der AfD verstecken, und suchen nach möglichen Antworten (Kunath/Gorskih). Einen fotografischen Blick werfen wir auf Eisenhüttenstadt. In der ersten sozialistischen Planstadt der DDR verlaufen die Konflikte entlang der Grenzen der dortigen Erstaufnahmestelle für Geflüchtete (Hempel).

Anschließend nähern wir uns den polnischen Heimatdiskursen: Gerade die nationalistische Agenda der PiS führt zu einer Trotzreaktion der polnischen Diaspora in Deutschland. Unsere Autorinnen und Autoren schauen auf die gesellschaftlichen Diskurse der Zwischenkriegszeit und der Nachwendeperiode, um die gegenwärtigen Entwicklungen einzuordnen (Franz/Dudzinski). Die Spaltung in ein patriotisches und ein liberales Lager hält sich erstaunlich stabil, trotz der historischen Brüche. Heute besteht der Erfolg der PiS auch darin, die Benachteiligten der post-sozialistischen Transformation mit Würde zu behandeln (Andrzejewski/Mausbach). Umgekehrt gilt diese würdevolle Behandlung jedoch nicht für das sozialistische Erbe Polens (Politt).

Sozialismus und Heimat – das ist ohnehin ein heikles Feld, erst recht in Anbetracht der erzwungenen Migration im Zuge des Zweiten Weltkriegs. Für die einen war die sozialistische Heimat lediglich eine Illusion (Heller/Tschäpe/Poghosyan). Andere drückten ihre Heimat trotz oder gerade wegen der Migration ganz unterschiedlich aus – geografisch, politisch, sprachlich. Das zeigt die ambivalente Geschichte der Sowjetdeutschen (Noé).

Abschließend schauen wir auf den Balkan: Nachdem wir uns per Sachsen-Anhalter auf die Suche nach den flüchtigen Heimaten in Sarajewo gemacht haben (Rahn), widmen wir uns den Beziehungen zwischen den Balkan-Staaten und der Europäischen Union. Einerseits ist die Europäische Union nach wie vor der Sehnsuchtsort schlechthin, wie sich am Beispiel Albanien zeigt (Vako). Andererseits trägt die Politik der Europäischen Union einen gewichtigen Anteil daran, dass die Heimat auf dem Balkan schlichtweg erstarrt und alles andere als eine Perspektive bietet. Das zeigt das Beispiel Kosovo (Hyseni).

Wie in den vorherigen Ausgaben auch gehören zu unseren Autorinnen und Autoren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Internationalem Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages (IPS). Darüber hinaus haben erstmals Studierende der Viadrina in Frankfurt (Oder) an der Erstellung der Ausgabe mitgearbeitet. Ein besonderer Dank geht deshalb an Ebru Duman, Inés Noé, Lea Lochau, Luisa Liebtrau, Pauline Heinke und Saskia Heller.

Im Namen der gesamten Redaktion wünsche ich viel Spaß bei der Lektüre und anregende Gedanken.

Stefan Kunath
Chefredakteur



Wütender Osten: Demonstration von Legida-Anhängern

Heimat als Politikum Ostdeutschland, AfD & die Linkspartei

Stefan Kunath, Berlin/Frankfurt (Oder)

In den 2000er Jahren, es waren noch PDS-Zeiten, beim Wahlkampf in Frankfurt (Oder): Eine Frau berichtet mir, sie hätte immer PDS gewählt, doch dieses Mal wähle sie NPD. Anders könne sie ihren Frust nicht mehr hörbar machen. Ich war verdutzt: Ausgerechnet die PDS war doch die Partei, welche uns Jugendlichen eine Anlaufstelle bot, um sich gegen die Nazigewalt in Frankfurt (Oder) zu wehren. Einige Jahre später, die PDS war schon Geschichte, ging für die Linkspartei die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit 13 Prozent krachend verloren, während die AfD im Zuge der Migrationskrise aus dem Stand 21 Prozent errang. Nun war es nicht mehr zu übersehen: Jahrelang wurden PDS und Linkspartei nicht wegen, sondern trotz ihrer liberalen Flüchtlingspolitik gewählt. Der neue Stern im Osten hieß AfD: Sie mobilisierte den Zorn der Ostdeutschen, die sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sahen. Die jahrelange Entbehrungen im Zuge der Wende durchlebten – und plötzlich die Flüchtlinge, denen alles hinterhergeworfen würde.

Welche die letzten Reste der Heimat zerstörten, die ohnehin während der Nachwendezeit verloren ging. So zumindest lautet die Erzählung. Wie lässt sich diese Politisierung der Heimat begreifen? Und wie kann die Linkspartei darauf antworten?

Alte und neue Konfliktlinien

Der Konflikt um die Frage, was Heimat ist, wer zu ihr gehört, wo sie anfängt und wo sie endet, wie sie gestaltet wird und durch wen, findet seinen besonderen Ausdruck durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Sie politisieren wie kaum eine andere Parteienfamilie unter dem Banner der Heimat. Welche Anknüpfungspunkte bieten die Sozialwissenschaften, um die Politisierung von Heimat in den letzten Jahren begreifbar zu machen?

Zunächst zwei grundsätzliche Dinge: Je stärker traditionelle Konfliktlinien wie der zwischen Arbeit und Kapital, Staat und Religion, Stadt und Land in der Bevölkerung ausgebildet sind und Ausdruck in unterschiedlichen Positionen der etablierten Parteien finden, desto weniger politischen Manövrierraum haben neue aufstrebende Parteien. Umgekehrt gilt: Je schwächer die klassischen Konfliktstrukturen werden, desto größer wird der Manövrierraum für neue politische Akteure: Unterschwellige Konflikte brechen dann eher aufgrund neuer politischer Streitpunkte auf. Die Frage lautet nun: Geht mit der Globalisierung eine fundamentale gesellschaftliche Veränderung einher, sodass neue Streitfragen eine Politisierung erfahren und bestehende Konflikte zwischen Arbeit und Kapital, Staat und Religion, Stadt und Land überdecken?

Woher kommt die politische Sprengkraft?

Die in der Europäischen Union durchlässigen Grenzen für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte führen zu einem stärkeren grenzüberschreitenden und globalen Wettbewerb, der neue Abstiegsängste in einigen Teilen der Bevölkerung produziert. Gleichzeitig zieht der relativ hohe Wohlstand der EU-Mitgliedsstaaten Migrantinnen und Migranten aus weniger ökonomisch entwickelten Ländern an. Neben den Abstiegsängsten kam durch die Schuldenkrise einiger Eurozonen-Staaten hinzu, dass die wohlhabenden Mitgliedsstaaten in Form von Garantien für hoch verschuldete Staaten der Währungsunion haften. Unter diesen Vorzeichen entstand ein neues politisches Mobilisierungspotential. Es war eben jener Konflikt um die Krise der Währungsunion, aus dem der Nukleus der AfD bestand.

Hinzu kommt ein gestiegenes Konfliktpotential durch die Migrationskrise, welches zur parlamentarischen Etablierung der AfD beitrug. Die Auseinandersetzung, wie weit die Aufnahme von Flüchtlingen gehen sollte, wer Grenzen überqueren darf und zu welchen Bedingungen oder wer überhaupt zur nati-

onalen Gemeinschaft dazugehören könne, bildet ein bedeutendes Mobilisierungsreservoir für politische Akteure – ganz besonders für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien. In Zeiten der Krise erscheint die Solidarität mit den eigenen Landsleuten wichtiger als mit Fremden. Solidarität stoppt an den eigenen Grenzen.

Globalisierung, EU-Integration und Migration

Mit der Krise der Währungsunion und der Migrationskrise wurde nun offensichtlich, was unterschwellig bereits seit langem vor. Grundsatzentscheidungen über die Grenzen und die innere Struktur der Europäischen Union standen und stehen an. Mit ihnen geht ein besonders hohes Spaltungspotential zwischen Gewinnern und Verlierern der Krisen einher.

Angesichts der neuen Konfliktlage kommt es vor, dass sich etablierten Parteien anders verhalten, als das ihre Anhängerinnen und Anhänger erwarten. Das wohl bekannteste Beispiel war die ‚Grenzöffnung‘ von Bundeskanzlerin Merkel im Sommer 2015, welche die besonders national und konservativ denkende CDU-Anhängerschaft endgültig verprellte. Auch kann es passieren, dass sich für die Anhängerinnen und Anhänger von Parteien plötzlich andere Fragen als wahlentscheidend erweisen, etwa betreffend der Migration anstatt Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Genau darunter leidet die Linkspartei – insbesondere in Ostdeutschland.

Ostdeutschland und Osteuropa

An dieser Stelle sei ein kurzer Exkurs erlaubt, denn diese neue Konfliktlinie ist nicht nur in den westeuropäischen Staaten wirksam, sondern auch und gerade in den ost- und mitteleuropäischen Staaten (Teney/Lacewell/de Wilde 2014). Das erklärt, warum sich so viele Staaten der EU-Osterweiterung von 2004 und 2007 sträuben, Flüchtlinge nach EU-Quoten in ihren Ländern aufzunehmen. Der Osten



Streiten oft über den Kurs der Linken: Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping, Bernd Rixinger (v.l.n.r.)

der Europäischen Union empfindet die kosmopolitischen Werte der Europäischen Union als Zumutung (obschon sich freilich darüber streiten ließe, inwiefern die EU dieser kosmopolitischen Werte wirklich gerecht wird). Die Erfahrungen der Transformation haben vielerorts Zynismus und Misstrauen hinterlassen. Die Hoffnung auf den Anschluss im Wohlstandsgefälle wurde enttäuscht. Was Ostdeutschland für die Bundesrepublik ist, sind die neuen EU-Mitgliedsstaaten für die Europäische Union: Die billige Werkbank mit niedrigen Sozialstandards mit lediglich schwach organisierten Gewerkschaften, die Quelle für preiswerte und gut qualifizierte Arbeitskräfte, welche gen Westen ziehen, weil dort besseres Geld zu verdienen ist. Zurück bleiben die vergessenen Verliererinnen und Verlierer der Wende. Die Schließung der EU-Außengrenze in Ungarn, die Rebellion gegen EU-Mehrheitsbeschlüsse zur Flüchtlingsverteilung – all das kann als Reaktion auf enttäuschte Wohlstandsversprechen verstanden werden, auf das Gefühl, lediglich Europäer zweiter Klasse zu sein, als Reaktionen auf den Wegzug der Nachwendekinder aus dem Leben der Wendegenerationen. Und im Schatten dieses inneren Verlustgefühls erscheint der Flüchtling als äußere Verlustbedrohung. Analog zu Pegida und AfD ließen sich die EU-skeptischen Parteien von Viktor Orbáns Fidesz

bis hin zu Kaczyńskis PiS als (mittel-)osteuropäische Emanzipationsbewegung gegen die westeuropäischen Eliten in den Institutionen der Europäischen Union lesen. Im Raum steht einmal mehr die Frage: Wer gehört eigentlich zu Europa: Die (Mittel-)Osteuropäer oder die Flüchtlinge?

Diese Perspektive lässt sich auch andersherum lesen: „Wäre Ostdeutschland heute ein eigenständiger Staat, dann hätte er vermutlich eine den Polen oder Ungarn ähnelnde Regierungspolitik, die peinlichst auf Grenzschutz, patriotische Biederkeit, ethnische Homogenität und nationale Souveränität abzielt“, so Adam Soboczyński (2018). In Deutschland spielen sich ein Miniatur der Ost-West-Konflikt der Europäischen Union ab. Bloß sind es hier die Ostdeutschen, welche sich als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Heimat als Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus

Unter diesen Vorzeichen ist die Politisierung der Heimat ein Ausdruck eines Konflikts zwischen zwei kontrastiven Polen: Zwischen kosmopolitischer Weltoffenheit und kommunitaristischer Verwurzelung (Merkel 2017: 301-302, Goodhart 2017: 24, Zürn/de Wilde 2012). Was ist darunter zu verstehen?

Idealtypisch gesprochen lässt sich das kosmopolitische Lager wie folgt beschreiben: Es steht für offene und durchlässige Grenzen, für einen freien Fluss von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen. In einer globalisierten Welt begreift dieses Lager die nationalstaatlichen Kompetenzen für zu beschränkt, um globale Herausforderungen zu meistern – etwa die Regulierung internationaler Finanzströme, die Verwirklichung von Menschenrechten, die Bekämpfung des Klimawandels. Ziel ist deshalb die Übergabe nationalstaatlicher Kompetenzen an supranationale Systeme wie etwa die Europäische Union. Kosmopolitinnen und Kosmopoliten sind überdurchschnittlich gebildet. Sie verfügen über überdurchschnittliche Einkünfte und ein besonders hohes kulturelles Kapital. Sie haben kein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu einer Obrigkeit oder einer kollektiven Gemeinschaft. Sie stehen für post-materielle Werte wie Autonomie und Selbstverwirklichung, die ihnen wichtiger sind als Stabilität, Gemeinschaft und Tradition. Sie sind räumlich und beruflich mobil und gehören tendenziell zu den Gewinnerinnen und Gewinnern der Globalisierung. Sie haben sich eine eigene Identität und eine eigene Heimat durch Bildung, Karriere und Selbstverwirklichung erschaffen und können – falls nötig – diese an einen anderen Ort verpflanzen.

Das kommunitaristische Lager hingegen hat ein Interesse am Erhalt nationalstaatlicher Grenzen. Es empfindet sich als Verlierer der Globalisierung. Den Nationalstaat sieht dieses Lager als vertrauten Anker in einer stürmischen, globalisierten Welt, der zumindest unter den Staatsangehörigen eine gewisse Solidarität im Rahmen nationalstaatlicher

Institutionen ermöglicht. Anhängerinnen und Anhänger dieses Lagers haben meist keine universitäre Bildung durchlaufen, verdienen mittlere oder untere Einkommen und verfügen über ein begrenztes kulturelles Kapital. Sie sind meist älter und leben in meist deindustrialisierten mittleren Städten oder Kleinstädten. Sie sind skeptisch gegenüber dem Wandel und nostalgisch gegenüber vergangenen Zeiten. Sie empfinden hohe Wertschätzung für Sicherheit und Gleichheit, die an eine starke Gemeinschaft gekoppelt ist. Sie sind skeptisch gegenüber einer *anything goes*-Einstellung und traurig, gar wütend über den Verlust an gewohnten Strukturen und Grenzen. Sie empfinden sich als Verliererinnen und Verlierer der Globalisierung. Sie sind weder räumlich noch beruflich jenseits des eigenen Nationalstaates mobil. Vielmehr haben sie eine zugeschriebene und verwurzelte Heimat, die an einen Ort und an eine Gemeinschaft gekoppelt ist. Sie sehen diese zugeschriebene Heimat durch Wandel in Gefahr, denn sie können ihre Heimat – falls nötig – kein zweites Mal woanders erschaffen.

In der Realität überschneiden sich beide Pole. Die meisten Menschen können weder eindeutig dem kosmopolitischen oder dem kommunitaristischen Lager zugeordnet werden. Je stärker sich jedoch ein Mensch einem Lager zugehörig fühlt, desto wahrscheinlicher ist es, dass Parteien diesen Menschen entlang der Fragen von Migration, Globalisierung und europäischer Integration mobilisieren können. Das Problem für die beiden großen Parteien von CDU und SPD, aber auch für die Linkspartei im Osten, ist, dass sowohl das kommunitaristische als auch das kosmopolitische Lager zu ihren Anhängerinnen und Anhängern zählen. Während Rechtspopulisten von der AfD ihre Kraft aus der Gegnerschaft zu Migration, EU-Integration und Globalisierung ziehen, bringt sie CDU/CSU, SPD und Linkspartei in eine schwierige Zwischenposition: Ihre Anhängerschaft lässt sich anhand von Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder des Verhältnisses von Staat und Religion mobilisieren, während sie in Fragen der Zuwanderung und der europäischen Integration gespalten ist.



Partei des Ostens: AfD oder Linkspartei?

Lange Zeit galt die Linkspartei als Partei des Ostens, weil sie denjenigen eine Stimme gab, denen die Angliederung an die Bundesrepublik Deutschland zu schnell und zu schwierig verlief. Mit der Migrationskrise hat die Linkspartei dieses Alleinstellungsmerkmal verloren. Ein beträchtlicher Teil der ostdeutschen Anhängerinnen und Anhänger wählte die Linkspartei nicht wegen, sondern trotz ihrer Position der offenen Grenzen. Die eher kommunitaristisch geprägten „Wendevertreter“, Arbeitslosen und Arbeiterinnen und Arbeiter, die nun der AfD zuletzt ihre Stimme gegeben haben (Kahrs 2017: 17-21), gehörten bis dahin ebenso zur Anhängerschaft der Linkspartei wie die eher kosmopolitisch eingestellte Mittelschicht. Dieser Riss zwischen den beiden Polen durchzieht auch die Partei: Zwar dürften die mittleren Funktionäre tendenziell zur aufstrebenden Mittelschicht und damit eher zum kosmopolitischen Lager gehören, doch die Parteiführung steht sowohl für kosmopolitische als auch für kommunitaristische Positionen – ob aus weltanschaulichen und/oder wahlstrategischen Gründen sei einmal dahingestellt. Dieser Konflikt zwischen den beiden Polen aus kosmopolitischer Weltoffenheit und kommuni-

taristischer Verwurzelung ist schwierig aufzulösen. Ein Beispiel ist die Einwanderungsdebatte: Ein Teil der Partei steht für offene Grenzen und begründet dies mit dem universellen Recht eines jeden Menschen auf Bewegungsfreiheit. Ein weiterer Teil möchte Einwanderung so liberal wie möglich regulieren, allerdings zum Preis, durch eine Regulierung doch Ausschlusskriterien definieren zu müssen, die im Konflikt zum universellen Recht auf Bewegungsfreiheit stehen. Ein weiterer Teil sieht in der Zuwanderung gar eine Gefahr für den sozialen und kulturellen Zusammenhalt: Die Kosten der Zuwanderung würden die Schwächsten der Gesellschaft tragen. Das verstärkte den Rechtsruck und schwächte die Linkspartei.

Umgang mit Rechtspopulismus: zwei Fehler und eine Empfehlung

Was tun? Weitestgehende Einigkeit besteht in der sozialwissenschaftlichen Literatur darin, folgende drei Punkte im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und ihren Anhängerinnen und Anhängern zu vermeiden.

Parteien dürfen die Positionen rechtspopulistischer Parteien nicht eins zu eins kopieren. Wählerinnen und Wähler tendieren eher dazu, dann doch das Original zu wählen. Außerdem verschiebt sich damit der Raum des Sagbaren und damit das Mobilisierungspotential zugunsten der Rechtspopulisten (Merkel 2017: 309).

In umgekehrter Richtung gilt jedoch auch, kommunitaristische Werte wie Tradition und Zugehörigkeit nicht aus dem Diskurs auszuschließen, nur weil diese Werte im kosmopolitischen Lager kaum auf Resonanz stoßen. Die Arroganz einiger kosmopolitisch Gesinnter gegenüber Traditionalisten und Konservativen treibt letztere in die Hände rechtspopulistischer Parteien. Hier gilt: Vorstellungen über Heimat, Zugehörigkeit und Tradition sind nicht per se etwas Schlechtes, sondern bedürfen einer politischen Gestaltung.

Damit einher geht die Notwendigkeit, ein Angebot für die kommunitaristisch denkenden Menschen zu machen. Gefragt ist eine Erzählung, die eine neue Gemeinsamkeit in Zeiten der Globalisierung fördert (Goodhart 2017: 29). Im Mittelpunkt dieses neuen Gemeinsamen sollte das Verbindende aus hier Verwurzelten und hier Zugezogenen stehen. Das *Menschen-wie-wir-Gefühl*, das rechtspopulistische Parteien bedienen, gilt es aufzugreifen. Einst definierte sich die PDS als Kümmererpartei. Heute sollte sie sich als Partei der ostdeutschen Weltoffenheit positionieren.

Umgang mit Rechtspopulismus: Drei Strategien

Doch dazu braucht es eine Strategie im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien. Hier lassen sich drei Typen erkennen (Kriesi 2008: 45-49). Welche davon kommt für die Linkspartei in Frage?

Erstens: Die etablierten Parteien beschweigen die Themen der Rechtspopulisten, mithilfe derer sie ihre Anhängerinnen und Anhänger mobilisieren, getreu dem Motto: Wenn man nicht darüber spricht,

existiert auch das Problem nicht. Diese Strategie ist dann ratsam, wenn rechtspopulistische Parteien noch keinen parlamentarischen Durchbruch erlangt haben, insbesondere wenn das Wahlsystem die beiden größten Parteien favorisiert, wie etwa in Großbritannien oder bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Die AfD hat diesen Durchbruch bereits erreicht und stellt sogar die Oppositionsführerschaft. Damit erübrigt sich diese Strategie. Es kommt sogar noch schlimmer: Sind Rechtspopulisten erstmal in den Parlamenten, bestimmen sie die Themen und den Diskurs durch inszenierte Tabubrüche auf großer Bühne. Die übrigen Parteien sehen sich dann zur Reaktion gezwungen.

Zweitens: Die etablierten Parteien nähern sich den Positionen der Rechtspopulisten an, um somit den politischen Mobilisierungsraum zu verringern. Dies ist die Strategie politisch ähnlicher Parteien und bei der sächsischen CDU oder bei der bayrischen CSU im Umgang mit der AfD besonders erkennbar. Doch auch ein Teil der Linkspartei um Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine verbindet die Sorge um die Heimat mit dem Fetisch internationaler Wettbewerbsfähigkeit: Zuwanderung und offene Grenzen seien neoliberale Forderungen, um Lohndumping auf Kosten der Schwächsten zu betreiben. Der Nationalstaat dient ihnen als soziales Differenzkriterium, der den Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen regelt. Doch auch im Stil versuchen Teile der Linkspartei, die Mobilisierungspotentiale der AfD durch Zorn und Protest zu minimieren. So wollen sie verlorengegangene Protestwählerinnen und -wähler von der AfD zurückgewinnen. So nachvollziehbar es ist, um an die AfD verlorengegangenen Wählerinnen und Wähler zu buhlen, so ungeklärt ist die Frage, wie nachhaltig diese Strategie sein kann. Wer Zorn und Protest säht und damit Stimmen gewinnt, weiß noch lange nicht, wohin dieser Zorn bei der nächsten Wahl wandert und ob er sich alsbald sogar gegen die Linkspartei selbst richtet.

Drittens: Die etablierten Parteien positionieren sich bei den umkämpften Wählergruppen konträr und als erkennbare Alternative zu den Rechtspopulisten. Wählerinnen und Wähler aus kommunitaristisch geprägten Milieus müssten sich zwischen der AfD und Linkspartei entscheiden. Zwar würde durch diese



Der neue Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) zu Gast bei der Linksfraktion. Sahra Wagenknecht, René Wilke, Dietmar Bartsch (v.l.n.r.)

Polarisierung ein Teil der Anhängerschaft unwiderlich an die AfD verloren gehen, gleichwohl könnte ein anderer Teil jetziger AfD-Wählerinnen und Wähler zurückgewonnen werden, wenn die soziale Frage und nicht Fragen der Migration wieder wahlentscheidend würde. Die Frage, ob die Linkspartei Zuwanderungskritikern „nicht eine unbequeme Heimat“ bieten könnte, wie sie Machowecz (2018) in der *Zeit* stellte, zielt genau darauf ab. Die Stärke der Linkspartei ist die Schwäche der AfD: Wo die Linkspartei ein relativ homogenes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm hat, von denen die umkämpften Wählerinnen und Wähler profitieren würden, wartet die AfD mit parteiinternem Flügelstreit und Allgemeinplätzen auf. Gemeinschaft und Identität lassen sich darüber hinaus durch gemeinsame Streiks und Proteste für bessere Lebensbedingungen herstellen. Die Opelener in Eisenach haben im April 2018 vorgemacht, wie es funktioniert: Sie vertrieben den Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke von ihrer Streikkundgebung.

Die Linke als Partei des weltoffenen Ostens

Die PDS verstand sich als Volkspartei des Ostens. Hat die Linkspartei den Osten spätestens mit der Flüchtlingskrise an die AfD verloren? Diese Frage ist insofern berechtigt, als dass sie auf eine weitere Mobilisierungsressource entlang kommunitaristischer Wertevorstellungen abzielt: Die Politisierung eines kollektiven ostdeutschen Lebensgefühls. Doch bei dieser Frage bleibt meist unbeantwortet, was dieses ostdeutsche Zugehörigkeitsgefühl überhaupt sein könnte, das eine Partei bedienen kann und damit zur Ostpartei macht. Dabei ist dieses Ostdeutschland 30 Jahre nach der Wende alles andere als ein homogener Block.

Dennoch lassen sich Anknüpfungspunkte einer spezifisch ostdeutschen Identität empirisch beobachten: So bewerten Ostdeutsche stärker als Westdeutsche den Sozialismus als eine gute Idee, die jedoch schlecht umgesetzt worden sei. Diese selbst erlebte Sozialismuserfahrung sowie die anschließende Zeit der post-sozialistischen Transformation tragen zu einer genuinen ostdeutschen Identität bei, von der die Linkspartei profitieren kann (Doerschler 2015). Mithilfe der Regierungsbeteiligungen in Thüringen, Berlin und Brandenburg und der Oppositionsrolle im Bundestag steht die Linkspartei vor der Aufgabe, dieses ostdeutsche Gefühl auf Bundesebene viel stärker zu politisieren. Dadurch könnte sie die kommunitaristischen Werte eines Teils ihrer Wählerschaft mit ihrer ostdeutschen Lebenserfahrung nach links transformieren: Die ostdeutsche Repräsentationslücke in Politik und Verwaltung kann nur schließen, wer die Linkspartei wählt, denn trotz Westausdehnung ist der Anteil der ostdeutschen Mitglieder und Parteieliten immer noch mehr als beträchtlich. In ihr versammelt sich der selbstbewusste Osten, der durch die sozial-ökonomische Transformation an Erfahrung gewonnen hat und in dieser Hinsicht den westdeutschen Bundesländern in Fragen des Strukturwandels voraus ist.

Die Linkspartei hat in Ostdeutschland in der Auseinandersetzung mit der AfD die Aufgabe, den Konflikt zwischen Weltoffenheit und Heimat zu lösen, indem sie die soziale und die ostdeutsche Frage zur Wahlentscheidung macht. Die Polarisierung zur AfD läuft darauf hinaus, Anwalt des weltoffenen Ostens zu werden.

Zehn Jahre nachdem ich Kontakt mit der NPD-PDS-Wählerin in Frankfurt (Oder) machen durfte, hat dort der Kandidat der Linkspartei René Wilke die Wahlen zum Oberbürgermeister gewonnen. Er hat unter den verschiedenen Milieus die gemeinsamen Interessen erspürt und dabei auf Hoffnung und nicht auf Angst gesetzt (Bangel 2018, Feske 2018). Bei der Amtsübergabe erklärte er, Frankfurt (Oder) in Zusammenarbeit mit der polnischen Nachbarstadt Słubice zum „Leuchtturm der Hoffnung für die Europäische Idee“ zu machen. Ganz weltoffener Osten eben.

Literaturverzeichnis:

- Bangel, Christian (2018): „Die Brücke“, *Zeit Online*, online: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/oberbuergemeisterwahl-frankfurt-oder-rene-wilke-martin-wilke-arbeitslosigkeit-rassismus-generationskonflikt/komplettansicht> (08.06.2018).
- Doerschler, Peter (2015): „Die Linke: Still an Eastern Cultural Icon?“, *German Politics* 24/3, S. 377-401.
- Feske, Thomas (2018): „Das Wunder an der Oder“, *Disput*, Juni 2018, online: <https://www.die-linke.de/disput/detail//das-wunder-an-der-oder/> (08.06.2018).
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics*, London: Penguin Books.
- Kahrs, Horst (2017): *Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kriesi, Hanspeter (2008): „Contexts of party mobilization“, In: Kriesi et. al.: *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 23-52.
- Machowecz, Martin (2018): „Ist die Linke schuld am Aufstieg der AfD?“, *Die Zeit* 19/2018, online: <https://www.zeit.de/2018/19/ostdeutschland-linke-afd-aufstieg/komplettansicht> (08.06.2018).
- Merkel, Wolfgang (2017): „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt“, *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, Berlin: Dietz, S. 299-313.
- Soboczynski, Adam (2018): „Der neue Ostblock“, *Die Zeit* 13/2018, online: <https://www.zeit.de/2018/13/osteuropa-ostdeutschland-westliche-wahrnehmung-antifaschismus> (08.06.2018).
- Teney, Céline / Lacewell, Onawa Promise / de Wilde, Pieter (2014): „Winners and losers of globalization in Europe: attitudes and ideologies“, *European Political Science Review* 6/4, S. 575-595.
- Zürn, Michael / de Wilde, Pieter (2012): *Debating Globalization: Cosmopolitan and Communitarian Argumentation*, Papier präsentiert auf dem XXII World Congress of Political Science vom 8. bis 12. Juli 2012.



Kontern gegen Kontra

Ein Kommentar zur Identitären Bewegung in Halle

Lea Lochau, Berlin

Identität und Heimat. Zwei Wörter. Ein Problem. Zumindest wenn sie mit Ideologemen gekoppelt werden, die diese als „bedroht“ und „gefährdet“ wahrnehmen und sie dringend verteidigen wollen. So wie im Falle von *Kontrakultur Halle*, dem Hallensischen Ableger der sogenannten Identitären Bewegung (IB). Zu bestimmen und festlegen zu dürfen, was Identität und Heimat bei verschiedenen Gruppen bedeutet, dazu fühlt sich die selbsternannte Bewegung berufen und verantwortlich. In ihrem „Hausprojekt“ wird ununterbrochen daran getüftelt, AnhängerInnen zu rekrutieren und zu mobilisieren, die Heimat zu verteidigen und die Identität zu wahren, um Deutschland und Europa vor dem sogenannten großen Austausch zu schützen. Ein Begriff, den der französische Autor Renaud Camus in seinem Buch „Revolte gegen den Großen Austausch“ geprägt hat. Eine Verschwörungstheorie, wonach eine herrschende Gruppe den Plan verfolgt, mittels einer systematischen Masseneinwanderung

von Muslimen die Gesellschaft zu unterwerfen. Überzeugt davon, der Verschwörung auf die Schliche gekommen zu sein, positioniert sich die sogenannte Bewegung gegen Einwanderung, da Einwanderung als Instrument der Unterwerfung der nativen Bevölkerung gesehen wird. Naja, vor Europa wollen sie erstmal mit Halle anfangen.

Ein rechtsextremes Hausprojekt

Kontrakultur Halle gibt es seit 2015, das kontrasche Hausprojekt seit 2017. In dem viergeschossigen Altbau in der Adam-Kuckhoff-Straße wohnt nun ein Teil des Kaders der Identitären. Das Haus befindet sich direkt gegenüber dem Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität. Im selben Haus tummeln sich neben Menschen mit öffentlich bekanntem Neonazi-

Hintergrund auch andere stramme Rechtsradikale. Unter ihnen zum Beispiel der Verleger und „neurechte“ Strippenzieher Götz Kubitschek, der dort einen Ableger seines rechtsradikalen Think Tanks, dem IfS (Institut für Staatspolitik) aufzubauen versucht und dort regelmäßig zu Veranstaltungen einladen lässt. Zu guter Letzt findet man den AfD-Abgeordneten Hans-Thomas Tillschneider, der dort sein Büro eingerichtet hat - trotz eines gefällten Unvereinbarkeitsbeschlusses der AfD gegenüber den Identitären. Aber wenn es um *Freiheit, Heimat, Tradition* geht, hält man brüderlich und schwesterlich zusammen und steht sich mit Rat und Tat zur Seite. Das „patriotische“ Zentrum orientiert sich an der neofaschistischen *Casa Pound* in Italien, die ebenfalls Wohnraum für ihre AktivistInnen mit Veranstaltungs- und Arbeitsräumen koppeln. Kampfsport gehört selbstverständlich auch zum „Aktionismus“ dazu.

„Flamberg - Das patriotische Zentrum in Halle“

Der neueste Schrei ist ein hauseigener Club namens *Flamberg*: „Das Patriotische Zentrum in Halle“. Die Betreiber und Stammgäste geben sich offen, jugendlich und ganz urban – zumindest auf den ersten Blick. Klickt man sich durch die spärliche Bilderreihe ihrer Facebookseite, von geistreichen Veranstaltungen wie „Faschingsparty“ im Stil der „Goldenen Zwanziger“, „St.Patricksdays“ oder „Tanz in den Mai“, stößt man auf verkleidete Männer, die vor einem Plakat posieren: „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“ steht dort geschrieben. Ganz männlich und entschlossen drücken sie sich die Hände.

AnwohnerInnen halten dagegen

Doch die Präsenz der Identitären trifft auf Widerstand. Etwa 120 Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft haben im Oktober 2017 einen offenen Brief an das „Hausprojekt“ geschrieben und unterzeichnet, darunter auch einige WGs und Familien. Der Brief ist eine Antwort auf ein Schreiben der Identitären vom Juli 2017, in dem sie für ihre Ideologie und Projekte warben. Nun positionieren sich die AnwohnerInnen klar gegen die Identitären. Die 120 NachbarInnen sprechen sich offen und entschieden dafür aus, dass sie die Ideen und Aktivitäten der kontraschen Vereinigung in der Nachbarschaft nicht willkommen heißen und sie dies mit Ausdauer und Überzeugung deutlich machen werden.

Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt

Neben der IB wird die kontrasche Truppe ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Verfassungsschutzbericht für das Land Sachsen-Anhalt, aus dem Jahr 2017 vermerkt unter anderem Aktionen der IB. Bei einigen sollen auch die Kontrakulturler mitgemischt haben. So zum Beispiel an der am 4. November 2017 in Berlin gestarteten IB-Kampagne, „Kein Opfer ist vergessen“. In diesem Rahmen wurden am Breitscheidplatz und am Alexanderplatz Transparente mit der Aufschrift: „Damit die Erinnerung nicht stirbt. Opfer von Multikulti“ entrollt. Die Mitglieder setzten die Aktion medial in Szene. Außerhalb der sozialen Netzwerke fand sie jedoch kaum Beachtung. Eine weitere Aktion, die sich hauptsächlich an den Verfassungsschutz richtete war, eine Veröffentlichung zweier Mitglieder von *Kontrakultur Halle*. Unter dem Pseudonym *Variété Identitaire* veröffentlichten diese einen Chanson mit dem Titel: „A jamais Idealiste – Ein Gruß an den Verfassungsschutz“ und nahmen sich damit sehr wichtig. Laut *Kontrakultur Halle* ist das *Variété Identitaire* ein „patriotischer Kabarettvlog“.



Mit Farbbomben verschönert: Das Hausprojekt der Identitären Bewegung

Mario Müller hat ein Buch geschrieben

Einer der Köpfe aus Halle, ist der 28-jährige Mario Müller. Vor der Gründung der Kontrakultur war Mario Müller in der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ aktiv. Jetzt hat er ein Buch geschrieben. Der Titel *Kontrakultur* lässt bereits erahnen worum es geht. Müller entwirft hier eine Art Lexikon oder Knigge für Rechtsradikale. Das VICE-Magazin hat es letztes Jahr gelesen, damit andere es nicht lesen müssen: „200 Begriffe aus deren neu-rechten Kosmos sind auf 330 Seiten alphabetisch gelistet und ideologisch angerichtet.“ Unter **G** findet sich natürlich der „Große Austausch“, versteht sich von selbst. Überraschenderweise findet sich unter **H** weder Heimat noch Hitler, sondern: Hipster. Dazu eine trotzige Erklärung: „Unsere Devise heißt

Tradition, nicht Trend. Wenn wir Bärte und Tätowierungen tragen, tragen wir sie wie unsere Großväter, die in Schützengraben lagen, zur See fuhren oder nach Sibirien verschleppt wurden.“ H wie Hilfe, wenn das *die* Identität und *die* Heimat ist, die ihr euch zurückwünscht, dann ist euch wirklich nicht mehr zu helfen. Das weitere Alphabet durchzukauen, verneift man sich da lieber. Man merkt auch so, dass die kontrasche Truppe anscheinend doch nicht viel zu sagen hat. Phrasendrescherei und Angstmacherei im urbanen Social-Media-Mantel. Substanzlose Sorgen, nichts Konkretes. Deutschland, Europa und Abendland, das kann alles heißen und auch alles sein. Aber zum Glück kann man diffuse Ängste ja bekanntlich ganz gut hinter Verschwörungstheorien verstecken. Naja, bevor ihr Europa verteidigen wollt, sorgt euch lieber um euer Hausprojekt – denn es gibt Gegenwind.



Ich finde es wichtig, zwischen „Heimat“ und dem Begriff „Zuhause“ zu unterscheiden: „Zuhause“ kann man überall sein, eine Heimat hat man nur einmal. Für mich ist diese der konkrete Ort, an dem ich aufgewachsen bin und der mich deshalb auch am meisten geprägt hat. Ich empfinde zum Beispiel meine Mentalität oder auch die Art, wie ich mich manchmal ausdrücke, als typisch für meine Heimat. Stellt man mir die Frage, woher ich komme, ist die Antwort automatisch der Name meiner Heimatstadt oder -region, auch wenn diese nicht mal mein jetziges „Zuhause“ ist.

Christina Floehr, 25, Frankfurt (Oder)

Dadurch, dass ich mit meinen 25 Jahren bereits in vier Ländern leben durfte und von verschiedenen Kulturen geprägt bin, ist die Frage nach meiner Heimat eine stets schwierige, denn ich habe die Antwort darauf selber noch nicht gefunden. Für mich ist Heimat nicht an einen spezifischen geografischen Ort gebunden. Heimat ändert sich für mich von Zeit zu Zeit. Heimat bedeutet für mich grundsätzlich Wohlbefinden. Das empfinde ich, wenn ich bestimmte Freunde und Familie in meiner Umgebung habe.

Rawina Ibrahim, 25, Frankfurt (Oder)





„Heimat ist dort, wo ich mich wohl fühle.“

Geht Heimat ohne Ausgrenzung?

Anna Gorskih, Leipzig

Längst kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es Rechte und Nationalist*innen sind, die die politischen Fakten in Europa schaffen, sei es die PiS in Polen oder die AfD in Deutschland. Sie setzen auf Renationalisierung und eine möglichst homogene Volksgemeinschaft, eine sichere und vor Fremden geschützte Heimat. Der Begriff „Heimat“ ist so fest im Vokabular von Rechten und Nazis verankert, dass eine Antwort von Links häufig ein Appell zur Heimatlosigkeit war. Doch gleichzeitig hat jeder Mensch eine Vorstellung von Heimat. Für manche bezieht sie sich auf den Geburtsort oder die Geburtsregion. Andere lehnen diese auf die Herkunft verengte Vorstellung ab. Weil AfD und Pegida in Sachsen den Heimatdiskurs bestimmten, buhlen selbst linke Kreise um national denkende Wähler*innen. Doch ein Gruppeninterview mit Mitgliedern der Linkspartei in Leipzig zeigt, dass es auch anders geht: Die Genoss*innen sind im rüstigen Alter zwischen 65

und 85 Jahren. Sie haben schon einiges erlebt. Heimat ist für sie nichts Exklusives, sondern wird durch uns gestaltet. Was können wir von ihnen lernen? Dieser Artikel soll zur Diskussion über ein inklusives Verständnis von „Heimat“ anregen.

Im allgemeinen Sprachgebrauch steht „Heimat“ häufig für den Geburtsort. Im soziologischen Lexikon wird „Heimat“ u.a. als die Landschaft und Siedlungsform bezeichnet, in der der Mensch zur Persönlichkeit heranwächst und die ersten entscheidenden sozialen Beziehungen und Bindungen knüpft (Hillmann 2007). Hier spielen Herkunftsgedanke und Sozialisation mit, die an einen materiellen Ort gebunden sind. Doch Heimat gerät zwangsläufig mit Migrationsprozessen in Konflikt, wenn sie auf Herkunft, Kultur, Tradition, „Brauchtum“ und Dialekt eines bestimmten Ortes oder einer Region ausgerichtet wird. Zusammenschlüsse wie Pegida

zeigen, wie Menschen ihre auf Herkunft und Kultur begrenzte Vorstellung von „Heimat“ vor allen „Eindringlingen“ durch den konsequenten Ausschluss alles Fremden schützen wollen. Die heimatliche Gemeinschaft soll ja schließlich im Streben nach Einfachheit und Eindeutigkeit schön homogen bleiben. Von den Neankommenden erwarten sie, dass sie sich unter eine wie auch immer geartete „Leitkultur“ aus nicht veränderbaren Normen, Rollen- und Wertvorstellungen unterordnen. Man müsste sich als zugewanderter Mensch erst assimilieren und einseitig in die Aufnahmegesellschaft einfügen, um mit Glück irgendwann als Mitglied der Gemeinschaft gelten zu dürfen. Und wenn man doch so unverschämt ist, die mitgebrachte Kultur auch nur in Teilen weiter zu praktizieren, dann gilt man als „nicht-dazugehörig“ und „fremd“, schlicht als „Integrationsverweigerer“. So impliziert diese „Heimat“ immer eine Ausgrenzung von allem, was als „anders“ gegenüber der vermeintlich homogenen Wir-Gruppe verstanden wird.

„Sachsen bleibt deutsch“

Das obere Zitat ist neben weiteren Losungen wie „Multi-Kulti tötet“ oder „Heimatschutz statt Islamisierung“ ein Dauerbrenner bei Pegida-Demonstrationen und taucht vielfach auf mitgebrachten Transparenten auf (Geiges et al. 2015). Damit sind wir am Punkt angelangt, an dem „Heimat“ gezielt zum Zwecke der Identitätsstiftung politisch genutzt und missbraucht wird, um negative Emotionen gegenüber einer wie auch immer definierten Fremdgruppe zu mobilisieren, die es zum Schutze der Heimat auszuschließen gilt. Menschen unterschiedlichster Hintergründe finden sich dabei zu einem „Wir“ zusammen, das vor allem dadurch definiert ist, dass es sich in reaktionärer Verteidigungsposition als den letzten Schutzwall vor den Auswirkungen „böser“ und „heimatzersetzender“ Politik der „Volksverräter*innen“ sieht. „Heimat“ wird dabei zum scheinbar patriotischen Kampfbegriff, hinter dessen Patriotismus sich viel zu oft nur Nationalismus, Kulturalismus und Rassismus verstecken.

Dieser Umstand lässt sich mit folgenden Fragen verdeutlichen: Warum bleibt die Forderung nach dem Schutz eines als „Heimat“ bezeichneten Orts zum Beispiel vor Verdrängungstendenzen aus, wenn Parks und Grünanlagen zu Gunsten neuer Parkhäuser und Luxuswohnungen verschwinden und wenn Menschen sich das Wohnen in ihrer Heimatstadt nicht mehr leisten können? Warum bildet sich keine breite Öffentlichkeit heraus, die für Naturschutz und Ökologie, bessere Luftqualität und Beendigung von Kies- und Kohleabbau in der Heimat streitet? Hierin wird ersichtlich, dass „Heimat“ und „Heimatschutz“ vor allem von rechten Gruppen und Strukturen genutzte Begriffe sind, bei denen es nicht darum geht, einen „Heimat“ genannten Ort in eine gerechtere und ökologischere Ordnung zu überführen und diesen zu einem lebenswerten Ort für Alle zu machen. Wenn Rechte vom „Schutz der Heimat“ sprechen, geht es um nationalistisch und rassistisch motivierten „Heimatschutz“, dem Schutz vor „fremden Eindringlingen“.

Ist der Osten fremdenfeindlich?

Diese Vorstellung von „Heimat“ wird häufig mit „Identität“ gleichgesetzt. Viele Deutsche scheinen sehr besorgt um den vermeintlichen Verlust ihrer Heimat und ihrer Identität zu sein, was sie in Form von rassistischem Gebärden artikulieren. Insbesondere in Bezug auf Ostdeutschland wurden viele sozialwissenschaftliche Versuche unternommen, den häufig unter dem Deckmantel des „Heimatschutzes“ sich Bahn brechenden Rassismus zu thematisieren. Dazu gehören beispielsweise die Studien von Detlef Oesterreich (1993) und Walter Friedrich (1993), bei welchen Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Ausländer*innen und Migrant*innen erhoben und teilweise mit denen westdeutscher Jugendlicher verglichen wurden. Die Ursachen für den sich spätestens in den 90er Jahren nicht mehr wegzuleugnenden Aufschwung ausländerfeindlicher Einstellungen in Ostdeutschland wurden sowohl im Wegfall von binär kodierten Feindbildern einerseits (Hennig 1993) als auch im Wegbrechen der internationalistischen Ideologie der DDR ande-



rerseits gesucht (Dahmer 1993). Dabei argumentiert Elke Hennig, dass die kollektive Identität der Ostdeutschen sich an ethnisch definierten Aspekten wie Nationalstolz und nationaler Zugehörigkeit in Form von ethnischen und nicht in Form von demos als einem politischen Begriff von Volk ausgerichtet habe (Hennig 1993). Spätestens die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl zeigen, dass viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern bereit sind, eine identitär und völkisch-rassistisch argumentierende Partei zu wählen, deren gewählte Volksvertreter*innen selbst in der Vergangenheit neonazistischen Strukturen angehörten und mit Aussagen auffallen, für die die Bezeichnung „NPD light“ schon fast eine Untertreibung ist. In Bezug auf Sachsen, dem Geburtsland von Pegida, spricht der Politologe Hans Vorländer sogar von einem spezifischen „Sachsen-Chauvinismus“ (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 2017). In Sachsen wurde die AfD bei der Bundestagswahl mit 27 Prozent zur stärksten Kraft.

Neben den Protestwähler*innen ist anzunehmen, dass viele die AfD aus Überzeugung gewählt haben – und zwar aufgrund ihres geschlossenen und ausschließenden Gesellschaftsbildes, das Deutschland als „Heimat“ samt einer nicht näher definierten „deutschen Kultur“ konservieren und vor allen äußeren Einflüssen bewahren will. Bestimmte kosmopo-

litische Ideale und die Globalisierung passen nicht in das romantisierte und auf eine vermeintlich bessere Vergangenheit fixierte und mit Sehnsucht erfüllte Bild von Heimat. Die AfD begegnet diesen Gefühlen mit Angst, Ablehnung und Abwertung gegenüber allem Fremden. Allein die Sichtbarkeit dessen, was ihre Anhänger*innen als „fremd“, „nichtdazugehörig“ und damit als „gefährlich“ verstehen, reicht aus, damit sich die ostdeutsche Mehrheitsbevölkerung in Sachsen in ihren Heimat- und Identitätsvorstellungen bedroht fühlt. Umso stärker versuchen die „besorgten Bürger*innen“ auf Seiten von Pegida und AfD die Heimatliebe durch das beharrliche Schwenken der Deutschland- und Sachsenfahnen sowie das unermüdliche Wiederholen der „Merkel muss weg!“-Parole zu betonen.

Gleichzeitig buhlen linke Kreise verstärkt um die Gunst der Nationalist*innen, indem sie als Reaktion auf die Wahlerfolge der Rechten „Heimat“ oft in gleicher auf Ausschluss beruhender Manier aufgreifen. So spricht die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Sahra Wagenknecht mal eben von „Gastrecht“ statt von Asylrecht (Tagesspiegel 2017) und betont gemeinsam mit Oskar Lafontaine die „Wahrung kultureller Eigenständigkeit“ in Europa (SPIEGEL-Online 2018). Damit knüpfen beide Politiker*innen an nationalistische Argumentationsmuster an und geben mit diesen Aussagen

dem Gerede von „Überfremdung“ und dem folglich notwendigen Schutz der „christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“ Recht (Positionspapier Pegida 2014), die den Ausschluss von Fremden anderer Kulturen erfordert. Da ist es kein Wunder, wenn sich beim Thema „Heimat“ vielen sich links verortenden Menschen vor Ekel die Fußnägel hochrollen. Kann „Heimat“ unter diesen Bedingungen überhaupt noch eine andere Bedeutung als Ausschluss aller „Nichtdazugehörigen“ haben?

Geht „Heimat“ auch anders?

Im Juni 2017 habe ich im Rahmen eines politikwissenschaftlichen Forschungsseminars an der Universität Leipzig unter der Leitung von Prof. Dr. Rebecca Pates ein Gruppeninterview mit sechs in Leipzig wohnhaften Mitgliedern der Linkspartei über ihre Vorstellungen von Heimat und Zugehörigkeit durchgeführt. Das Erkenntnisinteresse dieses Forschungsseminars bestand darin zu untersuchen, ob und wie sich Vorstellungen von kollektiver Identität in Zeiten starker Zuwanderung verändern und neu formen, sowie nach den Möglichkeiten der Gestaltung einer gemeinsamen, gesellschaftlichen Identität über verschiedene Herkunftskulturen hinweg zu fragen (Pates, Dölemayer 2017). Muss die Integration von Zugewanderten immer nach einem „one way route“ Prinzip ablaufen (Römhild 2005), indem Migrant*innen sich einer Gesellschaft oder Kultur unterordnen? Oder gibt es einen Weg, ein inklusiveres Verständnis von „Identität“ und „Heimat“ zu entwickeln?

Meine Interviewpartner*innen im Alter zwischen 65 und 85 Jahren wurden alle in der DDR beziehungsweise in Ostdeutschland der Nachwendezeit sozialisiert. Die Ergebnisse des Interviews sind für die Debatte über Zugehörigkeit und kollektive Identität interessant, denn sie lassen sich für den Versuch nutzen, eine nicht auf ethnischer Homogenität basierende Idee von „Heimat“ zu entwickeln. In der Diskussion zeigte sich, dass die Teilnehmer*innen ihre Herkunft und Sozialisation zwar durchaus an einen bestimmten als „Heimat“ definierten Ort knüpfen. Allerdings ist die räumliche Komponente dieser Hei-

matvorstellung variabel. Heimat kann, muss aber nicht der Geburts- oder der Wohnort sein, was eine Interviewteilnehmerin in Abgrenzung zum Geburtsort einer Person folgendermaßen umschrieb: *„Aber zu Hause ist sie dort, wo ihr Mann, ihr Kind ist. Ihr Umfeld, wo sie auch arbeitet. Deswegen ist der Begriff Heimat weit dehnbar.“* Heimat steht für einen sozialen Kontext, in dem sich Menschen geborgen fühlen, in den sie lebensweltlich eingebettet sind. Heimat ist somit auf andere Orte übertragbar: *„Also wenn du jetzt mich fragst, für mich ist Heimat dort, wo ich mich wohl fühle, wo ich gebraucht werde, wo ich Freunde habe, wo ich bleiben würde, wenn ich nicht weg müsste.“* Heimat ist das Gefühl des Wohlbefindens und der Anerkennung, wobei das Soziale eine entscheidende Rolle spielt. Heimat hat eine persönliche Komponente, sie befindet sich dort, wo Familie und Freund*innen sind.

Die persönliche Heimat

Der sonst scheinbar starre und unveränderliche Begriff „Heimat“, wenn er etwas Ursprüngliches, etwas Konservierendes meint, wird durch die persönliche Komponente auf einen Schlag dehnbar, wenn er auf den aktuellen Lebensmittelpunkt und seinen sozialen Kontext bezogen ist: *„Na, ich denke, dass Heimat nicht so eng gesehen werden sollte. Ich hab’ ja auch auswärts gearbeitet, mehrere Jahre immer. Und das in der BRD oder in der DDR. Ich habe das alles als Heimat empfunden.“* So könnte sich jeder Mensch an jedem beliebigen Ort heimisch fühlen, solange der soziale Kontext Geborgenheit und Wohlfühl garantiert. Wenn Heimat variabel, nicht auf einen Ort oder eine Gemeinschaft begrenzt ist und wenn Menschen mehrere „Heimaten“ haben können, dann scheint der Konflikt zwischen den „Alteingesessenen“ und „Neuankommenden“ auflösbar zu sein.

Insbesondere die Mobilität von Menschen könnte Auswirkungen auf das individuelle Heimatverständnis haben. Durch höhere Mobilität und die damit einhergehende Erweiterung des Erfahrungshorizonts eines Menschen werden die subjektiven Lebensräume vergrößert. Heimat und das Heimatverständnis erfahren eine Ausdehnung. Dadurch lässt sich das

Lokale neubewerten: „Na, ich glaube der Begriff Heimat ist auch abhängig von der Person, ob sie viel zu sehen bekommt und durch die Arbeit viel Wechsel hat und andere Länder kennenlernt [...]. Oder aber nur zu Hause wirksam wird und nur das kleine Stückchen Fleckchen kennt, wo sie lebt. Das ist doch sehr, das beeinflusst doch auch sehr den Begriff Heimat“.

Die Interviewteilnehmer*innen betonten zudem die Bedeutung einer ideellen Übereinstimmung, einer Art „geistigen Heimat“: „Ich sehe das so, dass die ideelle Seite eigentlich, zumindest für mich, wichtiger ist als die örtliche. [...] Ich kann mich auch woanders wohl fühlen, man kann sich einleben, aber [...] das Wichtigste ist für mich die ideelle Seite.“ Das Ideale trage dazu bei, dass Individuen sich fernab des Herkunftsortes unter anderen Gleichgesinnten heimisch fühlen können: „Also ich, ich hänge an meinem Leipzig [...], aber wenn ich in den Westen übergefahren bin, zum Arbeiten in einem antifaschistischen Ferienobjekt, da fühlte ich mich dort auch zu Hause, weil wir ja Gleichgesinnte waren“. Nicht die vermeintlich „fremde“ Kultur führe dazu, dass man sich nicht wohl fühlt, sondern die Abwesenheit von den als individuell wichtig eingestuften politischen und ideellen Werten: „ein ganzer Teil ist ja auch aus den Westländern wieder zurück zu uns gekommen, weil sie gesagt haben, wir sind nicht zurechtgekommen mit den Menschen und mit dem Denken und mit dem Handeln dort.“ Diese Vorstellung scheint auf den ersten Blick offener für Neuankommende zu sein, da sie vermutlich eher in der Lage ist, Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen gleichermaßen einzubeziehen. Schließlich erfordert sie keine Unterordnung unter eine sogenannte Leitkultur und sie beruht nicht auf völkisch-nationalistischen Argumenten. Die hier beschriebene geistige oder ideelle Übereinstimmung der Gruppenmitglieder, die gruppenstabilisierend und identitätsstiftend wirkt, würde möglicherweise einen größeren Spielraum zur Einbindung von Menschen in einen Kollektiv erlauben, im Gegensatz zu kulturalistischen oder primordialen Auffassungen, wie sie heute meistens im Zusammenhang mit „Heimat“ formuliert werden.

Was nun?

Es scheint also ein Bedürfnis nach einem „Heimat“ genannten Ort zu geben, einem Ort, wo Familie und Freund*innen sind und wo man sich zu Hause angekommen fühlt. Jedoch kann eine solche „Heimat“ aus linker Perspektive niemals auf kulturelle oder ethnische Homogenität, Herkunft und das Ursprüngliche geknüpft sein. Wenn also eine Linke mit nationalistischen und kulturalistischen Forderungen sowie geschlossenen Heimatbildern auffährt, wo für „Neuhinzukommende“ kein Platz zu sein scheint oder die „Alteingesessenen“ Vorrang haben, ist das eine Wiederauflage des von rechts bestimmten Heimatdiskurses und bringt die Linke kein Stück weiter. Gesellschaften und Kulturen sind keine statischen Gebilde. Sie sind dynamisch, verändern sich und entwickeln sich weiter. Kultureller Austausch und Kulturtransfer stehen in der Geschichte des europäischen Kontinents häufig für Fortschritt und Weiterentwicklung. Integration sollte daher nicht als ein einseitiger Anpassungsprozess an den gegebenen kulturellen und sozialen Rahmen der Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. Wer „Heimat“ konservieren und von allen äußeren Einflüssen bewahren will, wird feststellen, dass dieses Vorhaben unmöglich ist.

Bleibt allerdings die Frage, wie eine politische Linke „Heimat“ zukunftsgerichtet, progressiv und emanzipatorisch gestalten kann, ohne sich dabei unbewusst in das Terrain des von Nationalist*innen diktierten Ausgrenzungsdiskurses zu begeben und die gleichen Ausschlussmechanismen „unter linkem Vorzeichen“ zu reproduzieren. Der Heimatbegriff muss neu diskutiert und so aktualisiert werden, dass er offen bleibt und die mannigfaltigen kulturellen Unterschiede anerkennt, wertschätzt und auf gleicher Augenhöhe behandelt. Heimat darf nicht als ein Rückgriff auf etwas Gewohntes und Bekanntes verstanden werden, was unbedingt festgehalten und konserviert werden muss. Verschiedene Einflüsse auf die „Heimat“ müssen weniger als Konflikt,

sondern als Bereicherung und als ein notwendiger Impuls für deren Weiterentwicklung in Erscheinung treten. Einheitsstiftende, kollektive Zugehörigkeitsgefühle könnten sich in Abgrenzung zur kulturalistischen und nationalistischer Argumentationsweise aus Aspekten wie der Zustimmung zu einer Idee oder ideellem System speisen. Eine Gemeinschaft bedarf keiner kulturellen oder ethnischen Homogenität, sie kann auf der individuellen Überzeugung, etwas mit anderen Menschen gemeinsam zu haben, fußen. Heimat könnte zum Beispiel einen individuellen Raum für Selbstverwirklichung bedeuten. Die Interviewteilnehmer*innen machen es vor, indem sie die von ihnen beschriebene Heimat in keinen Zusammenhang zu einem größeren und auf Homogenisierung ausgerichteten Kollektiv stellen, welches zwangsläufig Abgrenzung von anderen Kollektiven und Individuen erfordert und damit geschlossen bleibt. Ihre Heimat bleibt hingegen eine persönliche Heimat, die an keiner Nation oder Kultur ausgerichtet ist, sondern ein selbstgewählt abgesteckter Raum, in dem sie sich entfalten können.

Vielleicht könnte es dann für die Linke bedeuten, sich eher diesen persönlichen Heimaten zu widmen und sie lebenswerter zu machen, anstatt sich auf die von der Rechten politisierte Heimat als ein Herkunftskollektiv zu versteifen. Konkret würde das bedeuten, das Lebensumfeld der Menschen vor Ort zu verbessern, zum Beispiel durch Investitionen in ländliche Räume; durch einen besseren ÖPNV, der nicht schon 16 Uhr den Betrieb einstellt; durch den Bau von Schulen und Kitas, sowie durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkaufsmöglichkeiten; durch Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum und durch die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Es gibt sehr viel, was angepackt werden müsste, um die Lebensverhältnisse zu verbessern. Anstatt sich auf rechte Diskurse einzulassen und ebenfalls ausschließende Deutungen von „Heimat“ zu entwickeln, sollte die Linke lebenswerte Verhältnisse und menschenwürdiges Leben fordern. Und das für Alle.

Literaturverzeichnis

- Dahmer, Helmut (1993): Antisemitismus und Xenophobie. In: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Dannenberg, Lars-Arne/Donath, Matthias (Hrsg.) (2017): Ist Sachsen anders? Nachdenken über Heimat und Identität, Demokratie und Politik. Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden.
- Friedrich, Walter (1993): Einstellungen zu Ausländern bei ostdeutschen Jugendlichen. „Autoritäre Persönlichkeit“ als Stereotyp. In: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Geiges, Lars/ Marg, Stine/ Walter, Franz (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld.
- Henning, Elke (1993): Neonazistische Militanz und fremdenfeindliche Lebensformen in der „alten“ und „neuen“ Bundesrepublik Deutschland. In: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen, 1993.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart.
- Oesterreich, Detlef (1993): Leben die häßlichen Deutschen im Osten? Vergleich von Ost- und Westberliner Jugendlichen. In: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen, 1993.
- Pates, Rebecca/ Dölemayer, Anne (2017): Projektskizze für das Projekt „Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe politischer Laboratorien“.
- Positionspapier der Pegida (2014) [online] <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf> [12.09.16].
- Römhild, Regina (2005): Global Heimat Germany. Migration and the Transnationalisation of the Nation-State. In: *Transit* Volume 1, Issue 1. Migration, Culture, and the Nation-State, Article 50903.
- SPIEGEL-Online (2018): #fairLand als Motto für linke Sammlungsbewegung, [online] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/linke-sammlungsbewegung-koennte-fairland-heissen-a-1208340.html> [20.05.2018].
- Tagesspiegel (2017): Ein Gastrecht gibt es nicht, [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-straffaellige-auslaender-ein-gastrecht-gibt-es-nicht/19253100.html> [20.05.2018].

Gästeblock





Ersatzheimat Fußball

Politikprofessor Timm Beichelt im Interview über Ostfußball und RB Leipzig

In Zeiten von Globalisierung und Individualisierung verbindet der Fußballverein Menschen und gibt seinen Anhängern eine Heimat. In seinem neuen Buch „Ersatzspielfelder“ beschreibt der Viadrina-Politikprofessor Timm Beichelt die Kraft dieser „selektiven Heimat“ Fußball. Wir sprachen mit ihm über die Fußball-WM in Russland, den Ostfußball nach der Wende und natürlich über den RB Leipzig. Das Interview fand im Stadion der Freundschaft in Frankfurt (Oder) statt, wo der 1. FC Frankfurt (Oder) in der Oberliga auf den FC Hansa Rostock II trifft.

Fragen von Valentin Goldbach

Du sprichst in deinem Buch über Fußball als eine „Ersatzheimat“. Wo liegt deine „Ersatzheimat“?

In der Metapher der Ersatzheimat steckt tatsächlich eine biografische Note. Ich bin in der Nähe von Bonn groß geworden, bin dort zur Schule gegangen und habe auch Fußball gespielt. Bonn selbst hatte

damals nur einen Oberligisten. Deshalb war der Verein für ein Kind im Bonner Raum ganz klar der FC aus dem benachbarten Köln. Nach dem Abitur bin ich für meinen Zivildienst nach Aachen gezogen, wo ich dann auch relativ häufig bei Alemannia Aachen im Stadion war.

Bevor ich erst nach Berlin und nun schließlich nach Frankfurt (Oder) kam, bin ich für mein Studium zunächst nach Heidelberg gezogen. Einen wirklichen Verein gab es damals auch nicht. Ich habe allerdings in allen Städten selbst im Fußballverein gespielt und damals in der Bezirksliga unter anderem auch ein paarmal gegen die TSG Hoffenheim. Bis es hieß, dass diese jetzt einen größeren Sponsor hat und dann relativ schnell auch aufgestiegen ist. Wer weiß, wenn ich heute noch in Heidelberg wäre, ob die TSG Hoffenheim vielleicht ein Identitätsangebot sein könnte. Damals gab es jedoch nur kleine Stadtteilvereine.

Das alles hat dazu geführt, dass ich keinen Fußballverein so wirklich zu meinem eigenen machen konnte. Insofern steckt in dem Begriff der Ersatzheimat auch die persönliche Erfahrung, wie die Identifikation mit einem Verein mal stärker, aber eben auch wieder schwächer werden kann.

Du betrachtest als Politikwissenschaftler Fußball in deinem Buch als ein Feld, dessen Entwicklungen Du nachzeichnest und analysierst. Wo würdest Du den Anfang dieses Feldes setzen? Bei den Vorformen des Fußballs in China oder bei den Inkas? Bei den mittelalterlichen englischen Dorfwettkämpfen, auf die Du auch zu sprechen kommst? Oder bei der Gründung der Football Association, welche den heutigen Rahmen des Regelwerks festsetzte?

Wenn es um die Entstehung von Fußball geht, würde ich bei letzterem ansetzen. Die anderen sind Vorformen, die vielleicht in manchen Aspekten dem heutigen Fußball ähnlich waren, aber doch nicht in allen. Die Form des Profifußballs, um die es in meinem Buch geht, setzt dann in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein. Dann beginnt die massenmediale Verarbeitung, die die große gesellschaftliche Bedeutung erst ermöglicht.

Diese massenmediale Verarbeitung des Sports wird bei der Fußball-Weltmeisterschaft diesen Sommer wieder einen ihrer Höhepunkte erreichen. Die dort antretenden Mannschaften verkörpern stets ihren jeweiligen abstrakten Nationalstaat. Sie repräsentieren allerdings auch bestimmte gesellschaftliche Narrative und stehen manchmal gar für einen konkreten Stil des Fußballs. Wer tritt also gegen wen an, sollte Polen auf den Gastgeber Russland treffen?

Die Akteure auf dem Feld des Fußballs versuchen immer, politische Konflikte klein zu halten. Das kann etwas Positives sein: Konflikte werden spielerisch beschränkt. Das ist manchmal anders, wenn die Fans ins Spiel kommen. Bei der Europameisterschaft 2012 gab es in Warschau das Spiel Polen gegen Russland, das von Fangewalt begleitet war. Ob die Fans allerdings aufeinandertreffen, hat immer auch mit der Sicherheitsstrategie eines Ausrichters zu tun. Ich kann mir persönlich nicht wirklich vorstellen,

dass viele gewaltbereite Fans nach Russland fahren. Da greift die Polizei viel zu sehr durch und das wissen auch polnische gewaltbereite Fans.

Und wie sieht es hier im Hinblick auf den jeweiligen nationalen Diskurs aus?

In meinem Buch nehme ich das Beispiel der französischen Nationalmannschaft und versuche daran zu zeigen, dass sich positive Narrative und Deutungen häufig nur im Erfolgsfall einstellen. Es fehlt mir im Augenblick ein bisschen die Fantasie, mir Polen und Russland als die Erfolgsmannschaften dieser Weltmeisterschaft vorzustellen.

Wenn das so wäre, könnte es in der Tat sein, dass ein Diskurs der nationalen Schließung, in dem sich Russland und Polen befinden, auch bei der Weltmeisterschaft eine Rolle spielt. Dann hätten sich gesellschaftlicher und sportlicher Diskurs miteinander verknüpft. Bei Russland hat dieser Diskurs noch eine fußballerische Dimension: Vor zehn Jahren war die russische Premier-Liga von vielen Nichtrussen durchsetzt, während einige russische Topspieler im Ausland gespielt haben. Das ist im Augenblick nicht mehr der Fall.

Der polnische Diskurs ist aber schon ein anderer. Die polnische Regierung gibt sich ultranationalistisch und konservativ. Die Spieler allerdings entziehen sich dem weitgehend. Gerade vom Bayern-Spieler Robert Lewandowski gibt es Interviews, in denen er jegliche gesellschaftliche und politische Verantwortung von sich weist. Das ist schon erschreckend. Und die Spieler sind auch internationaler ausgerichtet als die Regierung, definieren sich sozusagen mehr als Dortmunder denn als Polen. Und trotzdem laufen sie für die polnische Nationalmannschaft auf. Insofern ist dieser Diskurs um Zugehörigkeit auf der Ebene der Spieler sehr viel gebrochener als in der Politik.

Ein ganz besonderer nationaler Diskurs der Schließung ließ sich in der DDR beobachten, wovon gerade der Fußball alles andere als frei war. Im Namen der Heimat fand eine große gesellschaftliche Mobilisierung statt – man denke nur an die Lieder der FDJ oder der Thälmann-Pioniere. Diese Heimat verschwand vor etwas



weniger als 30 Jahren scheinbar über Nacht. Lässt sich die Kompensation dieses Heimatverlustes noch heute in den Fanszenen der großen Ostvereine beobachten, wenn beispielsweise die Fans von Dynamo Dresden mit „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“-Gesängen in Karlsruhe marschieren?

Ja, das denke ich schon. Das sind Versatzstücke dieser Narrative. Allerdings fällt es mir schwer, den großen Unterschied zu Fans von Bayern, St. Pauli, Bremen oder aus dem Ruhrgebiet zu sehen. Jeder dieser Vereine hat eine bestimmte Geschichte, die auch von Brüchen gekennzeichnet ist. Aber das ist ja gerade das charakteristische am Fußball: Man kann sehr Vieles und sehr Unterschiedliches in die Symbole, die rund um den Fußball existieren, hineinlesen. Da bleibt dann auch unbestimmt, ob ein Gesang wie „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“ für etwas Größeres steht.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass bei ostdeutschen Fanszenen ein besonderer Bezug auf Ostdeutschland, teilweise auch direkt auf die DDR, existiert. Wenn beispielsweise die Fanszene in Chemnitz den nicht mehr existenten Stadtnamen Karl-Marx-Stadt verwendet. So einen Heimatbezug, der weit über den Verein hinausgeht, fällt mir in Westdeutschland, abgesehen von der Lederhosen-Folklore des FC Bayern, nicht auf.

Okay, das stimmt schon. Dresden liegt aber auch im Osten von Ostdeutschland. Deswegen ist dieses „Ost“, das dort gerufen wird, vielfältig interpretierbar. Dennoch, der Fußball bietet ein Reservoir für den Einzelnen, sich im Sinne einer Ersatzheimat zu verorten. Die gesellschaftlichen Umbrüche in Orten wie Chemnitz oder Dresden waren besonders heftig. Aber auch in Städten wie Duisburg oder Gelsenkirchen hat es starke Brüche gegeben. Ich meine, es bringt gar nichts, das gegeneinander aufzurechnen. Bei Schalke 04 hat sich der Trainer noch im Jahr 2017 mit „Glück auf!“ vorgestellt, obwohl es in der ganzen Stadt keine einzige Grube mehr gibt. Der Bergbau war eben ein Identitätskern dieser Stadt, und der ist verloren gegangen. Das meine ich mit Ersatzheimat: ein Identitätsbezug zu etwas, dessen Kern durch den spätmodernen Wandel verloren gegangen ist.

Du rechnet dieser Funktion des Fußballs in deinem Buch sowohl Potenziale für die gesellschaftliche Integration als auch Desintegration zu. Beispiele hierfür ließen sich auch bei ostdeutschen Vereinen finden. Würdest Du dort, wie im Fall der Nationalmannschaft, einen sportlichen Erfolg als zentrale Voraussetzung für die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Integration sehen?

Sportlicher Erfolg spielt eine Rolle, aber auch Tradition. Die Identifikationspotenziale hängen immer vom Ort ab und damit auch die

Desintegrationspotenziale. Orte, in denen besonders viele Verluste zu verzeichnen waren, zum Beispiel an Arbeitsplätzen, sind anders aufgestellt als solche, in denen das nicht stattgefunden hat. Auch innerhalb von Ostdeutschland gab und gibt es gewaltige Unterschiede. Zum Beispiel ist in ländlichen Regionen das Gefühl besonders verbreitet, kulturell und sozial abgehängt zu sein.

Wenn dann Woche für Woche Fußballmannschaften mit wesentlich größeren Etats aus Westdeutschland durchs Stadion ziehen, verfestigt sich das Gefühl des Abgehängtseins.

Das kann auch zu Gegenidentitäten führen, siehe Aue oder Cottbus. Insgesamt ist der Fußball eine Bühne, auf der sich gesellschaftliche Deutungen verfestigen.

Der Fall RB Leipzig scheint im aktuellen deutschsprachigen Fußballdiskurs für die meisten Kontroversen zu sorgen. Wie Du selbst in deinem Buch schreibst, besteht mit Leipzig – und auch Hoffenheim – zum ersten Mal seit längerer Zeit die Möglichkeit, dass Vereine eine langfristige

Konkurrenz zu Bayern München aufbauen. In Leipzig und Hoffenheim scheinen die Geschäftsmodelle auf der Höhe der Zeit zu sein. Gleichzeitig führt das zu besonders starker Polarisierung. Gerade in dieser Region wird die Debatte um RB Leipzig um einen Heimatnarrativ geführt: Sowohl bei den Sympathisanten von RB, die das Projekt als Chance für eine ganze Region wahrnehmen, als auch bei seinen Gegnern, die das vermeintlich heimatlose bei RB Leipzig als Anlass zur Kritik nehmen. Wie erklärst Du dir diesen spezifischen Diskurs um RB Leipzig?

In Leipzig prallen unterschiedliche Narrative besonders hart aufeinander. Die Stasi hatte ihr Domizil in der „Runden Ecke“ mitten in der Stadt und hat dort Republikgegner gefoltert. Der Bevölkerungsrückgang nach der Wende war besonders ausgeprägt. Leipzig ist aber auch ein Ort, an dem es rasch größere Investitionen gegeben hat. Das Wachstum ist heute solide, aber in manchen Branchen dürften die Gehälter sehr niedrig sein. Die Wissenschaft und eine potente Kunstszene haben sich etabliert. Die Stadt ist über den ICE einerseits nahe an Berlin, andererseits haben viele vielleicht

Seit Jahren verschwunden: Die Büste von Werner Seelenbinder





gar nicht das Geld, um davon zu profitieren. Eine Zerrissenheit wie in Leipzig finden wir nicht überall und sie erklärt zu einem gewissen Maße die sehr unterschiedlichen Reaktionen auf den Klub. Im Phänomen RB Leipzig steckt viel mehr als nur Red Bull.

Dementsprechend wäre die jeweilige Reaktion auf den Verein auch gekoppelt an die Situation, in der sich das Individuum befindet.

Genau. Sport, jenseits des Fußballs, hat in Deutschland nicht so ein starkes Identifikationspotenzial. Zum Handball, Tennis oder der Formel 1 geht man wegen des Spektakels oder wegen der sportlichen Hochleistung. Ich glaube, das Stadion in Leipzig steht eher für diese Art von Begeisterung. Es liegt weniger am Verein, seinen Strukturen oder dem Sponsor. RB Leipzig ist einer der undemokratischsten Vereine in ganz Deutschland. Es gibt nur die berühmten siebzehn Mitglieder und eine sehr bedenkliche Strategie, keine weiteren stimmberechtigten Mitglieder zuzulassen.

Kann der RB Leipzig damit Erfolg haben?

Vielleicht. Eine echte Identifikation könnte sich mit der Zeit verwirklichen, wenn hochklassiger und erfolgreicher Fußball gespielt wird. Voraussetzung wäre wohl auch, dass der Sponsor bleibt. Die starke Abhängigkeit ist die Achillesferse von RB

Leipzig. Wenn jemand im Unternehmen oder in der Unternehmensnachfolge andere Prioritäten hat, dann wäre wahrscheinlich das Abenteuer Leipzig relativ schnell wieder vorbei.

Wäre das Abenteuer auch schnell vorbei, wenn trotz sportlicher Erfolge die langfristige Identifikation ausbleibt? Oder glaubst Du, dass in Leipzig zur Not auch vor leeren Rängen Champions League gespielt würde?

Ich glaube, dass die Identifikation tatsächlich zunächst an hochrangigen, attraktiven Fußball gekoppelt ist, und dann kommen auch die Zuschauer. In Deutschland ist Sport eigentlich Vereinssache, aber Leipzig ist ein Beispiel dafür, dass die Verbindung zu einem Verein im Sinne von langjähriger Mitgliedschaft als Unterbau nicht unbedingt zwingend ist. Noch extremer verhält es sich mit Profimannschaften in den USA, zum Beispiel im Football oder Basketball. Die können sogar in andere Städte transferiert werden. Ginge das auch in Leipzig, dass Red Bull den Verein sozusagen verkauft? Ausgeschlossen ist es nicht.

Du schreibst im letzten Kapitel davon, dass man generelle Tendenzen, die sich in jedem Verein finden lassen, abwehrt, indem man sich Schuldige sucht. Gerade das kann man bei RB Leipzig deutlich sehen.

Ach, mich langweilt der Diskurs, den man in *11Freunde* oder auch in Fanforen findet. Auch im Jahr neun immer nur die antikommerzielle Karte zu ziehen, wenn es um den RB Leipzig geht, das halte ich vor dem Hintergrund, wie kommerziell der Rest der Bundesliga ist, für unredlich. Es gibt auch andere Vereine, die sehr kommerzgesteuert sind und dem Fußball eine autokratische Aura geben.

Neben den Toren von Schalke 04 war in der letzten Bundesligasaison mitunter ein Werbebanner für die Gaspipeline Nordstream 2 zu sehen. Da geht es um ein politisches Projekt eines autokratisch geführten Staates. Aber irgendwie schaffen die es auf Schalke, dass das nicht zu sehr hochkocht, während in Leipzig jede Dose von Red Bull am Spielfeldrand als Beispiel für Überkommerzialisierung herangezogen wird. Ich würde mir da mehr Ausgewogenheit bei der Beurteilung wünschen.

Würdest du beim RB Leipzig auch antisemitische Denkweisen sehen? Antisemitismus in der Definition der Kritischen Theorie, der als Abwehrmechanismus gegen die Befangenheit des eigenen Vereins im kommerzielle System fungiert?

Ich habe das nicht entdecken können, vielleicht habe ich auch nicht genau genug hingeschaut. Die in der Postkolonialistischen Theorie beschriebene Wendung des Othering lässt sich im Fußball besonders gut beobachten. Es kann schließlich nur einer gewinnen und man unterstützt die eigene Mannschaft. Deswegen ist auch der Herabsetzung

des Gegners Tür und Tor geöffnet. Man sollte da menschenrechtliche Standards wahren und eine zu starke Diskriminierung vermeiden.

Adorno und Horkheimer geht es bei den Elementen des Antisemitismus allerdings nicht um das Gegeneinander, sondern um den Juden als „negatives Prinzip als solches“. Also die Feindschaft, auf die sich sonst verfeindete Gruppierungen einigen können. Meines Erachtens wird das besonders deutlich, wenn sich Dortmunder und Schalcker Fans, die sich sonst wie die Pest hassen, an gemeinsamen Aktionen gegen RB Leipzig beteiligen.

Sicher, aber das richtet sich vor allem auf eine bestimmte Geschäftsstrategie, die gesellschaftliche Partizipation so gering wie möglich hält und die im Übrigen auch von der DFL protegert wird. Mich stört allerdings am Diskurs der Fußballtraditionalisten die Überidentifikation mit den Meinungsäußerungen der Ultras. Es gibt auch andere Fußballdiskurse, in denen das Verhältnis von Kommerz und Tradition ernsthaft diskutiert wird.

Timm Beichelt (2018): Ersatzspielfelder. Berlin: Suhrkamp, 360 Seiten, 18 €.





Hass in der alten Heimat

Polen entfremdet sich von seiner Diaspora

Martha Dudzinski, Berlin

Polen in Deutschland haben sich in den 1980ern und 1990ern für ihre Herkunft geschämt. Die einen weigerten sich, in der Öffentlichkeit Polnisch zu sprechen. Andere taten nach kurzer Zeit so, als hätten sie die polnische Sprache verlernt. Vom Ausmaß der Misere zeugt eine ganze Generation polnischstämmiger Deutscher mit einem beschämend mickrigen aktiven polnischen Wortschatz. Sie antworten auf Deutsch, wenn die Eltern auf Polnisch fragen. Sie können das „R“ nicht rollen. Und schriftlich geht sowieso gar nichts. Die Scham über die alte Heimat steht wieder hoch im Kurs. Doch heute hat sie handfeste politische Gründe – dank Jarosław Kaczyński und seiner nationalkonservativen Regierungspartei PiS.

Die Journalistin Emilia Smechowski hat ein ganzes Buch über das Phänomen der polnischen Scham in der neuen deutschen Heimat geschrieben. Diese

Scham löste Identitätskonflikte aus. Aber sie diente auch als Katalysator, um zwei Millionen Polinnen und Polen fast unbemerkt in die deutsche Gesellschaft einzuweben: Sie versteckten sich, lernten Deutsch, gingen arbeiten. Muckten nicht auf, fielen nicht auf. Das Buch heißt „Wir Strebermigranten“.

Smechowski weist allerdings auch auf etwas hin, was viele polnische und andere Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in ihrer Selbstgefälligkeit als Integrationsvorbilder gerne ausblenden: Sie hatten die Option, sich in ihrer neuen Heimat unsichtbar zu machen. Sie erhielten deutsche Pässe. Ihnen wurde angeboten, ihren Namen einzudeutschen. Auf der Straße fielen sie nicht auf – ihre Hautfarbe war weiß. Nicht-europäische Einwanderer haben diese Privilegien nicht: Viele „Bio-Deutsche“ werden sie allein aufgrund ihrer optischen Erkennungsmerkmale niemals als „echte“ Landsleute akzeptieren.

Dieses homogene Volksverständnis ist in Polen bekannterweise noch weiter verbreitet. Wie stabil sich diese nationale Identität hält, ist besonders beeindruckend, da Polen als Nation historisch gesehen ein eher exotisch auftretendes Phänomen darstellt. Diese Stabilität kann man getrost vor allem auf den Katholizismus zurückführen. Egal in welchen Grenzen, von den Nachbarmächten aufgeteilt oder vom Sozialismus unterdrückt und geächtet, der katholische Glaube hielt das Polnische in den Köpfen und Herzen über die Jahrhunderte zusammen.

Ukrainer - die Polen von Polen

Auch der Westen der Ukraine gehörte einst dazu, bis heute gibt es dort über eine Million Mitglieder der römisch-katholischen Kirche. Inzwischen nennen zwischen einer und zwei Millionen Menschen aus der Ukraine Polen ihr zuhause – manche als Saisonarbeiter, manche dauerhaft. Nur wenige haben eine „Karta Polaka“ (wörtlich: Polen-Karte) – einen Ausweis für Menschen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, die damit ihre polnische Abstammung oder ihr besonderes Verhältnis zu Polen nachweisen können, ohne ihre andere Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Die anderen arbeiten teils legal, oft illegal – sie fahren Taxi, ackern auf dem Bau, als Reinigungskräfte oder im Gastro-Gewerbe. Sie sind sozusagen die Polen von Polen.

Während die PiS-Regierung die billigen Arbeitskräfte aus dem Nachbarland weiterhin unbeirrt als Flüchtlinge bezeichnet, fassen sich andere nur an den Kopf angesichts der gerade einmal 80 Ukrainerinnen und Ukrainer mit anerkanntem Flüchtlingsstatus in Polen.

Dass das Land beispielsweise aufgrund der desaströsen finanziellen Lage des Gesundheitssystems aus wirtschaftlicher Sicht kein Interesse daran hat, Geflüchtete aus den Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens aufzunehmen, lässt sich dabei noch rational argumentieren und diskutieren. Doch allein der Gedanke, dass ein Land, in dem sich beeindruckende 87 Prozent der Menschen als katholisch bezeichnen, sich ernsthaft vor einer Islamisierung fürchtet, wäre unterhaltsam, wenn die Konsequenzen für die Betroffenen nicht so tragisch wären.

Zum Vergleich: In Bayern sind knapp 55 Prozent katholisch. Da erscheint die demonstrativ zur Schau getragene Angst um das christliche Abendland im deutschen Südosten plötzlich geradezu nachvollziehbar.

Nächstenliebe als Vetterwirtschaft

Doch im Gegensatz zur Debatte um das „C“ in den Parteinamen in Deutschland haben die Nationalkatholiken in Polen einen Trick gefunden, um den Konflikt zwischen ihrer Flüchtlingspolitik und ihren christlichen Werten zu kaschieren: Das Zauberwort heißt „Ordo Caritatis“. Gibt man es bei Google ein, tauchen seitenweise polnische Ergebnisse auf. Das ist kein Zufall, hat der Begriff in den letzten zwei Jahren einen kaum vorstellbaren Boom in Polen erlebt. Er dient einem so simplen wie selbstgerechten Zweck: Mit dem Konzept reden sich die Nationalkatholiken im Kontext der Flüchtlingsthematik ihre Fremdenfeindlichkeit schön.

Im Christentum heißt es zwar „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, sagen sie – aber weitergedacht bedeutet das, dass man den Übernächsten eben weniger liebt. Die Logik: Das Wohlbefinden der eigenen Familie ist einer Person selbstverständlich wichtiger als das eines Fremden. Ergo ist es nicht verwerflich, wenn das Elend von Geflüchteten auf Gleichgültigkeit trifft. Ein lateinischer Begriff gibt der Idee den nötigen katholischen Beiklang – und schon wird das Konzept der christlichen Barmherzigkeit im neuen Polen zu einem pragmatischen Akt der Vetterwirtschaft pervertiert. Habemus Vorwand, halleluja!

Während in Polen also die Nächstenliebe nur noch für die Allernächsten gilt, hat sie sich gleichzeitig als kapitalistische Manifestation in Form des Pflegeberufs in Deutschland als typisch Polnisch etabliert: Die polnische Pflegerin gehört so selbstverständlich und allgegenwärtig zu Deutschland wie der Dönermann und Helene Fischer. Gerade die älteren Polen machen sich keine Illusionen, wieso sie in den westlichen EU-Mitgliedsstaaten über Jahre hinweg gern gesehen waren – nämlich als billige Arbeitskräfte für harte Jobs. Junge Uniabsolventen und



besonders die Absolventinnen heutzutage gehen hingegen selbstbewusst auf den europäischen Arbeitsmarkt – sie sind ambitioniert, wissen, was sie wert sind, und fordern ein, für ihre Qualifikation auch angemessen gewürdigt zu werden.

Wenn die Heimat fremd wird

Stattdessen müssen sie aus der Ferne mit ansehen, wie ihr Land zwischen Abtreibungsgegnern, Medien- und Justizreformen und Holocaust-Gesetz in einem Strudel aus Hass, Nationalismus und selbstgerechtem Opfermythos versinkt. Während die staatsgeleiteten Medien Berlin zur furchterregenden, von Migranten-Mobs kontrollierten No-Go-Zone erklären, machen sich immer mehr junge Polinnen und Polen auf, um genau dort ihre neue Heimat zu finden und ihre alte zurückzulassen.

Verschlossene Floskeln zur gesellschaftlichen Spaltung gibt es genug. Trotzdem wird sie in Polen seit Jahren eifrig in einem Ausmaß vorangetrieben, den sich Deutschland auch drei Jahre nach dem umstrittenen Flüchtlingszuzug höchstens ansatzweise vorstellen kann. Die Stärke der PiS ist auch möglich durch die Schwäche der Opposition, seit Donald Tusk 2014 als Präsident des Europäischen Rates nach Brüssel gegangen ist. Der Warschauer Soziologieprofessor Ireneusz Krzemiński schreibt trocken

von einer Opposition, „die weder mit konstruktiver Kritik noch zukunftsweisenden Ideen und starken Persönlichkeiten in Erscheinung tritt“. Die Stärke der Rechten durch die Schwäche der Linken – eine schmerzhaft Erfahrung, die auch andere demokratische Staaten beschäftigt. So dürfte sich an den Machtverhältnissen in Polen bis auf Weiteres nichts ändern – sehr zum Frust der im Ausland lebenden Polinnen und Polen, die aus der Ferne ungläubig zusehen müssen, wie in der alten Heimat sehenden Auges die Demokratie demontiert wird.

Ebenso frustrierend gestalten sich Familienbesuche in Jarosław Kaczyńskis Reich: Die Berichterstattung des staatlichen Fernsehsenders erinnert in ihrer Regierungstreue an Zeiten des Sozialismus. Neonazis und andere sich euphemistisch als Patrioten bezeichnende Gruppen marschieren jährlich zum Unabhängigkeitstag zu Zehntausenden mit Bengalos und offenen Nazisymbolen auf der Kleidung durch die Hauptstadt. Von der Familie werden die Lügen der polnischen Regierung unreflektiert wiederholt, als ob es keinen Zugang zu unabhängigen Medien gebe. Die Weltoffenheit der Ausgewanderten trifft auf eine Heimat, die sich in einer eigenartigen Mischung aus historisch bedingtem Opferkomplex und nationalistischer Selbstüberhöhung gegen alles wendet, wofür sich das Land seit seinem EU-Beitritt internationalen Respekt erarbeitet hat.

Stasi-IMs gesucht

Zu keinem Zeitpunkt wurde der Gegensatz der weltoffenen Polen in Deutschland zu denen in der Heimat deutlicher als Mitte Februar: Polnische Auslandsvertretungen leiteten einen Brief des Senatsmarschalls Stanisław Karczewski an im Ausland lebende Polinnen und Polen weiter mit einem Aufruf, „alle anti-polnischen Äußerungen, Darstellungen und Meinungen, die uns schaden“ zu melden und Auslandsvertretungen „über jede Verleumdung“ zu informieren, „die den guten Ruf Polens beeinflusst.“ Erstaunlich war nicht nur die Dreistigkeit, weltweit quasi freiwillig staatstreue Stasi-IMs rekrutieren zu wollen – und das gerade durch die Partei, deren großer Übertäter Kaczyński unentwegt seine Oppositionszeit im Sozialismus für innenpolitische Machtkämpfe instrumentalisiert. Auch das Timing war bemerkenswert: Die polnischen Vertretungen verbreiteten den Aufruf in Deutschland in den Tagen vor dem Antrittsbesuch von Ministerpräsident Morawiecki bei Kanzlerin Merkel. So ein Affront kurz vor dem Staatsakt – Provokation? Zufall? Oder wusste die linke Hand nicht, was die rechte tat?

Während die deutsche Regierung darauf setzte, dass die vorbildlich integrierte polnische Community dem IM-Rekrutierungsauftrag nicht folgen würde, schien Morawiecki bei der gemeinsamen Presseerklärung mit Merkel seltsam überrascht von der Frage eines Journalisten nach dem Thema. Fast so, als sei er kritische Fragen der Presse nicht gewohnt. Er haderte, stotterte, druckte herum. Wohl um Zeit zu schinden, spulte er das PiS-Standardprogramm zu historischen Ungerechtigkeiten herunter, die Polen im Zweiten Weltkrieg und im Kommunismus widerfahren waren. Schließlich sagte er mit Blick auf den Aufruf, man solle nicht „aus einer Mücke einen Elefanten machen“. Damit war das Thema abgehakt. Es wäre interessant zu erfahren, wie die gerade beim Thema staatliche Souveränität besonders empfindlichen Polen reagiert hätten, wäre der Fall andersherum verlaufen. Oder, Gott bewahre, wie staatstragend und souverän die deutsche Politik reagiert hätte, wäre ein solches Schreiben nicht aus Polen, sondern aus der Türkei oder aus Russland gekommen und hier verbreitet worden.

Rassismus und Rachsucht

Der Vergleich Polens mit der Türkei und Russland ist nicht nur deshalb interessant, weil die drei größten Minderheiten in Deutschland aus diesen drei Ländern stammen. Auch die politische Situation in der jeweiligen alten Heimat ist relevant – Entwicklungen, bei denen der Vergleich zwischen diesen drei Ländern wiederum erschreckend nahe liegt. Das demonstrierte eindrucksvoll das Jahr 2015: Im September änderte Kanzlerin Merkel schlagartig die deutsche Flüchtlingspolitik. Zwei Monate später wählte Polen die PiS-Regierung. Statt Arbeitsethos, Wirtschaftsaufschwung und Vorzeigetransformation kennt man den EU-Mitgliedsstaat Polen heute als frauen- und fremdenfeindliches Land mit autoritären und nationalistischen Tendenzen.

Das historisch durchaus nachvollziehbar begründete Misstrauen der Polen gegen die großen Nachbarn aus Ost und West nutzt der heimliche Staatschef Kaczyński kompromisslos aus, um seine persönliche Fehde und Rachsucht gegenüber Donald Tusk auszutragen. Während Rassismus und Antisemitismus befeuert werden, bemüht sich die Regierung mit einer überaus beeindruckenden Besessenheit darum, das Thema polnischer Kollaborateure aus dem NS-Diskurs zu verbannen und in einer geradezu den Intellekt verhöhnenden Schwarz-Weiß-Manier ausschließlich den eigenen Opferstatus zu thematisieren.

Opfer? Als genau das wollte sich die polnische Spätaussiedlergeneration in Deutschland nie sehen. Hart arbeiten, unauffällig integrieren, keinen Mucks machen – das war schon eher ihr Ding. Und natürlich: sich für die alte Heimat schämen. Das steht aktuell wieder hoch im Kurs. Doch im Gegensatz zu früher haben sie – Kaczyński und seiner PiS sei Dank – dieses Mal wenigstens handfeste Gründe dafür.



Abgehängt: Karl Marx

Bemerkungen zur derzeitigen Geschichtspolitik in Polen

Holger Politt, Warschau

In der geltenden Verfassung von 1997 gibt es mit dem Artikel 13 einen Grundsatz, wonach politische Parteien und andere Organisationen verboten seien, die sich in ihren Programmen auf die totalitären Methoden und Praktiken von Nazismus, Kommunismus und Faschismus beriefen. Im Kern läuft dieser Verfassungsgrundsatz darauf hinaus, dass verboten sei, wenn eine Partei zum Beispiel die Wiedereinführung der Zustände unter der deutschen Okkupation von 1939 bis 1945 oder der Zeit der Volksrepublik Polen von 1944 bis 1989 fordert. Auch entsprechende Symbole, die auf eine solche Forderung vermuten ließen, sind verboten. Einmal abgesehen von der leichtfertig herausgestellten Gleichsetzung der Zeit unter der deutschen Okkupation mit der Zeit in der VR Polen, die aus der Totalitarismuskonzeption folgt, lässt sich am Beispiel der VR Polen immerhin aufzeigen: Selbst in dem Falle, in dem ein durch und durch positives Bild der Zustände in der VR Polen gezeichnet wird, müsste – um eine Verletzung des Verfassungsgebots anzuzeigen – ausdrücklich nachgewiesen werden, dass damit eine Partei oder Organisation drohe, diese als positiv herausgestellten gesellschaftlichen Zustände auch wieder einzuführen. Trefflich ließe sich darüber streiten, ob die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert einen solchen Verfassungsartikel rechtfertige oder nicht, doch in der Praxis hat dieser Artikel keine gravierende Einschränkung der üblichen Beschäftigung mit

der Zeitgeschichte gebracht, vielmehr entspricht er einem Kräfteverhältnis, das sich ohnehin nach dem Scheitern der VR Polen herausgebildet hatte.

Im Rahmen der geschichtspolitischen Offensive der seit Herbst 2015 regierenden Nationalkonservativen war auch dieser Verfassungsartikel aus den oben dargelegten Gründen ein Stein des Anstoßes – er war den nationalkonservativen Geschichtspolitikern nicht konsequent genug. In zwei Gesetzesnovellen wurde seither insbesondere die Auseinandersetzung mit dem diffusen Gebilde, das kurz als „Kommunismus“ bezeichnet wird, verschärft. Gezielt wurde auf den öffentlichen Raum, aus dem nun alle an den „Kommunismus“ erinnernden Hinweise oder Symbole verschwinden sollten. Entsprechend wurden Straßennamen, Namen von Plätzen, Gebäuden und Gedenktafeln sowie Denkmälern ein Gegenstand neuer gesetzlicher Regelungen, bei der der staatlichen Geschichtsbehörde IPN (Institut für nationales Erinnern) und eingesetzten Regierungsbeamten die Entscheidungsbefugnis zugeschrieben und den ansonsten für diese Dinge zuständigen Selbstverwaltungsorganen auf der Lokalebene entzogen wurde. Die Eile hat mit einem großen Jahrestag zu tun, denn Polen begeht am 11. November 2018 den einhundertsten Jahrestag der am Ende des Ersten Weltkriegs errungenen Unabhängigkeit von 1918. Entsprechend wurde die zeitliche Elle für

diese Säuberungsaktion von 1917 bis 1989 gezogen, wobei auch die vorhergehenden Jahrzehnte in das strenge Visier eifriger Symbolpolitiker gerieten, denn in dieser Zeit sei schließlich das gefährliche Gebräu, das dann ab 1917 als „Kommunismus“ der Welt zusetzte, angesetzt worden. Aufmerksamen Beobachtern fiel schnell auf, dass überhaupt die Geschichte der Arbeiterbewegung in Verdacht geriet, jedenfalls soweit, wie sie nicht schlüssig in die Richtung aufging, die an der Wiege der Unabhängigkeit von 1918 stand. Das betraf nach ersten Plänen zum Beispiel Ludwik Waryński (1856–1889) oder Szymon Dickstein (1858–1884). Der erste starb im Zarengefängnis, der andere verübte in der Emigration in der fernen Schweiz Selbstmord. Beide gehörten zu den ersten Marxisten in Polen, das Andenken an sie wurde in der Arbeiterbewegung immer in hohen Ehren gehalten. Für Dicksteins mitreißende Schriften begeisterten sich übrigens Józef Piłsudski und Rosa Luxemburg gleichermaßen. Auch Waryński und Dickstein sollten ursprünglich aus dem öffentlichen Raum Polens verschwinden, doch hartnäckige öffentliche Diskussion konnte wenigstens diesen offenkundigen Unfug stoppen. Bezüglich Waryńskis wurde argumentiert, er sei auf einem Geldschein in der VR Polen abgebildet gewesen.

Weniger Gnade fand Karl Marx, der als Namenspatron von Straßen vielerorts zu verschwinden hatte. Da halfen auch keine Hinweise, dass er ein glühender Verfechter der Aufstandsidee von 1863/64 gewesen sei, dass er der Verfasser von unmissverständlichen Texten über Polen gewesen sei, die jedem Patrioten auch heute noch das Herz rühren müssten, dass er beispielsweise die berühmte Verfassung vom 3. Mai 1791 als das größte Freiheitswerk bezeichnet habe, das in diesem Teil Europas bis dahin errichtet worden sei. Wie verstiegen die Geschichtspolitiker mitunter sind, bewies ein skurriler Vorgang im Mai 2018, als drei Polizeibeamte im Dienst eine wissenschaftliche Tagung der Universität Szczecin aufsuchten, die dem 200. Geburtstag von Karl Marx gewidmet war. Die Polizisten sagten, sie wollten schauen, ob hier nicht verbotene Propaganda für den Kommunismus getrieben werde. Zwar musste sich der Innenminister anschließend in aller Öffentlichkeit beim Rektor der Universität für das Vorgehen der Polizeibeamten entschuldigen, denn nie sei

die Absicht der Regierungsbehörde gewesen, in die Freiheit der Wissenschaft einzugreifen, doch beinahe drohend klang es, als er erklärend hinzusetzte, eine entsprechende Anzeige habe vorgelegen.

Größere Aufmerksamkeit hat ein Vorgang gefunden, bei dem im März 2018 die Gedenktafel an Rosa Luxemburg in ihrem Geburtsort Zamość entfernt worden ist. Auf der 1979 an einer Hauswand angebrachten Tafel stand zu lesen, hier sei Rosa Luxemburg, die herausragende Vertreterin der internationalen Arbeiterbewegung, 1871 geboren worden. Anno 2018 erfüllt diese schlichte Aussage den Tatbestand der verbotenen Propaganda für den Kommunismus. Es geht allein um den Namen, denn Rosa Luxemburg gilt als Mitbegründerin des Parteienkommunismus in Polen und in Deutschland. Deswegen hatte nach Rücksprache mit der staatlichen Geschichtsbehörde IPN der Wojewode in Lublin festgelegt, die Tafel müsse bis Ende März 2018 aus der Öffentlichkeit verschwinden.

Ein wichtiges Argument war zudem, dass sich Rosa Luxemburg in ihrem politischen Wirken und in ihrem Werk gegen die Unabhängigkeit Polens ausgesprochen habe. Während im Falle von Karl Marx das Argument, er habe sich zu seiner Zeit eindeutig für die polnische Nationalidee ausgesprochen, bei den Beamten der Geschichtsbehörde nicht fruchtete, wird Rosa Luxemburg nun in eine Ecke gestellt, in der die „polnische Empfindlichkeit“ verletzt werde. Richtig ist, dass Rosa Luxemburg in ihrem Wirken eine Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Polens ausgeschlossen hatte, weil sie als Bedingung dafür unter den gegebenen Bedingungen einen Krieg zwischen den Teilungsmächten Polens voraussetzte. Dieser aber, so ihre Schlussfolgerung, werde zugleich ein großer europäischer Krieg sein, den die europäische Arbeiterbewegung zu verhindern wisse. Dass sie sich hier gründlich irrte, steht auf einem anderen Blatt, aber in nichts lässt sich begründen, sie sei gegen Polens Unabhängigkeit gewesen. Sie schloss diese aus, auch deshalb, weil ihr der Preis eines großen, blutigen europäischen Kriegs einfach entsetzlich schien. Im Januar 1919 in Berlin ermordet, konnte sie sich nicht mehr zu den ausgangs des Ersten Weltkriegs entstandenen Verhältnissen verhalten.



Der Regenbogen am Plac Zbawiciela in Warschau war ein Werk der Künstlerin Julita Wójcik (* 1971).

Seit Juni 2012 wurde er wiederholt von Rechtsextremisten angezündet. Im August 2015 wurde er über Nacht abgebaut.

Polenversther wider Willen

Wie sich die PiS am Buffet historischer Widersprüche bedient

Piotr Franz, Berlin

Lachen oder Weinen? fragte sich Birand Bingül, als er sich für seinen ZEIT-Artikel *Plötzlich bin ich un-frei* in einen inneren Dialog begab um den Abschied von einer Türkei zu dokumentieren, die nicht mehr seine zu sein scheint. Es ist ein Dokument über-handnehmender Zerrissenheit, die vom Gefühl des Verlusts geprägt ist. Der Journalist diagnostiziert den Verlust eines Urvertrauens in seine türkische Heimat und nimmt Abschied von einer Rolle, die für Menschen mit Migrationshintergrund identitätsstiftenden Charakter haben kann: eine Brücke zwischen zwei Heimaten zu sein. Unter dem Eindruck der gefährdeten Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei entschließt sich der Journalist im Oktober 2017 seinen türkischen Pass abzugeben. Ähnlich wie Bingül, plagt auch mich der Zwiespalt: Gebe ich meinen polnischen Pass auf?

Ich las diese tagebuchartige Chronologie einige Stunden vor Silvester 2017, jenem delphischen Zeitfenster, in dem nicht mehr die Gegenwart, sondern das Vergangene und Zukünftige die Gedanken bestimmen. Es mag also an diesem besonderen Umstand gelegen haben, dass sich Bingüls Abschied wie eine dystopische Vorahnung für das ausnahm, vor dem ich mich seit längerer Zeit fürchte: der Verlust meines Polens. Parallelen zwischen seiner Odyssee und meinen Befürchtungen scheinen einerseits auf der Hand zu liegen und sind andererseits doch – anmaßend. Selten war mein Empfinden in einer solchen Schiefelage. Ähnlich wie in der Türkei herrscht in Polen seit über zwei Jahren ein Zustand der kalkulierten Unberechenbarkeit, werden anti-deutsche Töne laut, die Freiheit der Justiz, Presse und Meinung untergraben. Ähnlich wie Bingül muss ich immer öfter für Bekannte und Freunde das Unbe-

greifliche begreifbar machen und erklären, was da in Warschau vor sich geht. Ähnlich wie vermutlich viele Deutsch-Türken begreife ich vor allem eines; meine Unfähigkeit, mich verträglich in einem *Dazwischen* zu arrangieren. Lacht man distanziert und macht sich darüber zum Zaungast oder weint empathisch und bleibt so verbunden mit dem Land der Eltern? Anders als türkischstämmige Kritiker muss ich allerdings keine unmittelbare Gefahr fürchten, wenn ich den Boden dieser kopfzerbrechenden, zweiten Heimat betrete. Auf Fragen dieser Art aber lastet eine Erfahrung, die uns Doppeltverwurzelte in den letzten Jahren zu einer Erfahrungsgemeinschaft wider Willen gemacht hat: der plötzliche Zwang zur bewussten Verortung, was und wo Heimat ist.

Wer die doppelte Staatsangehörigkeit hat, darf sich in dieser Frage der privilegierten Illusion der Selbstbestimmtheit hingeben, schließlich kann man sich ja entscheiden. Die vielen jungen Polinnen und Polen, die ich in Deutschland kenne, spielen mal kokettierend und mal ernsthaft mit diesen Gedanken. Ich selbst frage mich es auch: sollte ich Bingüls Beispiel folgen? Es scheint der Wunsch nach Wiedererlangung von Kontrolle zu sein, um jenes Gefühl der Ohnmacht zu lindern, welches sich seit Ende 2015 langsam und schwer über uns gelegt hat. Den polnischen Pass aufzugeben scheint wie eine trotzig Protestnote, keck, wie ein mündiges Eingreifen in das eigene Schicksal und doch endet das Nachdenken darüber immer wieder im Beschluss, erst einmal abzuwarten.

Hinter all dem mag die Hoffnung stecken, sich im Dilemma zwischen Lachen oder Weinen ganz dem Einen hingeben zu können, dem lähmenden Dazwischen zu entrinnen. Kluge Freunde appellieren dann äußerst pragmatisch an mein demokratisches Gewissen: *Wirf Deine Stimme nicht weg! Behalte den Pass!* Doch während mir der Gang zur deutschen Wahlurne wie die Erfüllung einer höheren Pflicht vorkommt, beschleicht mich bei polnischen Wahlen ein Gefühl, das zwischen Vergeblichkeit und Bedeutungslosigkeit oszilliert. Eine innere Stimme spricht mir schwarzseherisch zu: *Was soll Dein Wahlzettel bewirken?* Im introspektiven Streitgespräch versuche ich mich sogleich mit derselben Inbrunst vom Wert meiner polnischen Stimme zu überzeugen, wie ich es sonst mit deutschen Wahlmuffeln tue.

Die wohl verlässlichste Feststellung aus diesen sich drehenden, nie stillstehenden Abwägungen lautet: Polnisch-Sein ist zum Thema geworden. Für mich. Für meine polnisch-stämmigen Freunde in Deutschland. Damit endet eine Leichtfüßigkeit und vorintellektuelle Selbstverständlichkeit dessen, was man als Heimat imaginierte. Für die vielen Millionen Bindestrichpolen in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien wird die Frage *Wo ist Heimat?* zunehmend belanglos vor dem Hintergrund der Fragen *Wer ist Heimat* und *Welche Geschichten erzählt sie?* Es ist die eigene Einordnung in ein kulturelles Narrativ und das bittere Eingeständnis, nur Brücke zwischen Deutschland und Polen sein zu können, nicht aber eine Brücke zwischen meinem Polen und dem Polen der anderen. Es ist das Eingeständnis, dass Heimat möglicherweise entlang der Narbe verläuft, die der scharfe Kulturkampf in Polen seit Jahrzehnten in die Gesellschaft gebrannt hat. Es ist nicht zuletzt das Eingeständnis, eine recht klare Vorstellung darüber zu haben, in welcher dieser polnischen Kulturen man sich beheimatet fühlen kann. Doch wo verläuft der Riss in Polen?

Im Schatten zweier Giganten

Paris, Oktober 1989. Wenige Monate nachdem sich in Warschau VertreterInnen von Opposition und Regierung am Runden Tisch zusammenfanden, um mit dicken Strichen das politische System in die Vergangenheit zu verabschieden, meldete sich Jerzy Giedroyc, Herausgeber der nahezu legendären Exilzeitschrift *Kultura*, mit mahnender Vorahnung zu Wort. Der Aufbruch in die Unabhängigkeit verlangt nach zeitgemäßen politischen Konzepten, Polen aber, so die Pariser Autorität, werde noch immer von zwei Särgen regiert. Darin gebettet: Józef Piłsudski und Roman Dmowski.

Der autoritäre Hitzkopf Józef Piłsudski, ein Kind des gutsbesitzenden Landadels, vertrat ein föderatives, jagellionisch genanntes Staatsmodell, dessen geistige Traditionen im Vielvölkerstaat der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik wurzelten. Mit seinem als Gesundung der öffentlichen Moral propagierten Staatsstreich von 1926 wurde der Begriff *Sanacja* (lat. Sanatio) geprägt. Der vermeintlich kühle Stratege Roman Dmowski, ein Kind des städtischen Kleinbürgertums adliger Herkunft, vertrat ein inkor-



poratives, piastisch genanntes Staatskonzept, das ausschließlich dem ethnisch homogenen Kollektiv der katholischen Polen dienen sollte. Sein nationalistisches Netzwerk ging als *Narodowa Demokracja* (Nationaldemokratie) beziehungsweise als *Endecja* in die Geschichte ein. Während beim ersten Modell die Staatsräson über dem Nationswohl stand, sollte sich beim zweiten der Staat den Bedürfnissen der Nation unterordnen; die Nation wurde als lebendiger, mythischer Organismus mit eigenen Interessen gedeutet. Beide Ansätze hatten mit dem Prinzip der demokratischen Legitimation politischer Herrschaftsgewalt so ihre Probleme.

Giedroyc brachte vor dreißig Jahren auf den Punkt, was noch heute die politische Kultur an der Weichsel bestimmt. Der lange Schatten beider Staatsmänner hatte die Zwischenkriegszeit überlebt, garte im oppositionellen Milieu der Volksrepublik – selbst Adam Michnik plädierte für eine Rehabilitation nationaldemokratischer Ideen – und scheint sich nunmehr symbiotisch in der Regierungspolitik der PiS zu vereinen.

Zwar weisen HistorikerInnen zurecht darauf hin, dass sich die polnische Gesellschaft damals und heute einem Zugriff entzieht, der den gesellschaftlichen Diskurs auf diesen Dualismus reduziert. Die

Annahme einer Existenz zweier als Monolithen erfassbarer, geistiger Ordnungssysteme muss im Zerrbild einer Gesellschaft resultieren, die seit Jahrzehnten ein hohes Maß an Ausdifferenzierung, Dynamik und Konkurrenz weltanschaulicher Deutungsangebote kennt. Unbestritten aber bleibt: Das geistige Erbe der beiden Giganten der polnischen Geschichte, wie Adam Krzemiński sie nannte, spielt eine maßgebliche Rolle in der Genese und Konsolidierung von gesellschaftlichen Selbstbildern, die heute unversöhnlich um die kulturelle Deutungshoheit im Lande zu konkurrieren scheinen.

Bekanntermaßen hatte Piłsudski für das Parlament, die Quasselbude, ebenso wenig übrig wie für die Verfassung, die er wenig schmeichelhaft *konstytuta-prostytyta* taufte. Seinen autoritären Herrschaftsanspruch übte er bis zu seinem Tode 1935 aus zweiter Reihe als Kriegsminister aus, ohne sich selbst in die Niederungen des täglichen Geschäfts hinabzugeben. Auch sein Widersacher Roman Dmowski hielt die Fäden des komplexen nationaldemokratischen Netzwerks ganz in einer Hand, ohne sich selbst auf der großen Bühne zu exponieren. Seine Auffassung von Demokratie offenbarte sich mit seinem 1902 vorgestellten Konzept der „Halb-Polen“: Wer ethnisch polnisch war, die Nation aber nicht als organische Entität, sondern als Ansammlung

von Individuen, Klassen und Gruppen verstand, war kein echter, sondern Zufalls- beziehungsweise Halb-Pole. Sie sollten von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, gesellschaftlich isoliert und zum Schweigen gebracht werden. Echte Demokratie bedeutete hiernach nicht die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, sondern die Identifikation und Durchsetzung des nationalen Willens, auch wenn dafür keine parlamentarische Mehrheit zustande kam.

Die Partei hat immer recht

Die Distinktion zwischen vermeintlich *echten* und *unechten* Polen ist heute ungebrochen wirksam. Sie manifestiert sich in der bizarren Vorstellung einiger PolitikerInnen des rechten Spektrums, dass 70 Prozent der Bevölkerung Zufallspolen ohne *echte* nationale Identität seien (Andrzej Walicki 2000 : S.24). Ihr politisches Votum sei daher nicht relevant, das demokratische Mehrheitsprinzip nicht demokratisch. Als glühender Anhänger dieses monopolistischen Vertretungsanspruchs gilt Jan Olszewski, kurzzeitig Ministerpräsident und bis 2010 enger Berater des verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński. Seither werden die städtische Elite, das liberale Bürgertum, Linke oder schlicht all jene, die sich auch ohne spezifische Gruppenzugehörigkeit gegen die politische Agenda der Kaczyński-Partei aussprechen, außerhalb des *Demos* verortet. Ich ahne, dass ich nach dieser Definition sehr weit im Abseits stehe.

Selbstherrlich filtert man die Ergebnisse demokratischer Willensbildung in unpolnische Positionen, wenn sie der Schimäre des nationalen Willens zuwiderlaufen und in patriotische Positionen, wenn sie ihm entsprechen. In der Binnenlogik der Regierung, die sich selbst als antikommunistische Avantgarde der Nation versteht, muss das bedeuten: die Partei hat immer recht. Im Lichte dieser Demokratie-Rezeption muss auch Jarosław Kaczyńskis Herabwürdigung der AnhängerInnen der Bürgerbewegung Komitet Obrony Demokracji im Jahr 2015 gesehen werden; als Polen der schlimmsten Sorte liege ihnen der Verrat an der Nation in den Genen.

Hierin steckt eine weitere Anleihe der PiS-Regierung an der historischen Nationaldemokratie. Es kann keinen demokratischen Wettbewerb, keine friedliche Koexistenz, keinen einträchtigen *Modus Vivendi* zwischen der *Wir-Gruppe* und *den Anderen* geben, wenn jedes Anderssein als Verrat und Feindschaft am Polentum verstanden wird. In dieser Lesart nahm ich im Sommer 2017 auf den Straßen Warschaws also nicht als Bürger an einer Demonstration gegen die Justizreform, sondern als unpatriotischer Halb-Pole an einem Putschversuch fremder Interessen teil. So wie es das nationale Lager in den 1920er Jahren geschickt verstand, die faktischen Bedrohungsszenarien in der außenpolitischen Sphäre mit fiktionalen Narrativen über das bedrohte Polentum im Inneren der Gesellschaft zu verbinden, bemüht sich nun die PiS äußere Feindbilder ausfindig zu machen – Deutschland, die Europäische Union, Muslime – und in ein innenpolitisches Pendant zu übersetzen: deutsche Verlagshäuser als Fremdpropaganda, Brüssel als Besatzungsmacht, Flüchtlinge als Invasoren.

Auch die in der Zwischenkriegszeit virulente Vorstellung einer Nationalpsyche und ihrer Reinheit findet in PiS-nahen Medien ihren Widerhall. In nationaldemokratisch geprägten Kampfschriften wurde wesensfremden, unpolnischen Einflüssen wie dem Liberalismus (zu westlich) und linken Bewegungen (zu jüdisch) der Kampf angesagt, Kompromisse konnte es nicht geben – entweder mit Polen, oder gegen Polen. Gleiches galt für das Establishment, dem Komplizenschaft mit den Deutschen und Anfälligkeit für die Übernahme unpolnischer Lebensweisen vorgeworfen wurde. Vor diesem Hintergrund offenbaren die tagesaktuellen Verunglimpfungskampagnen gegen Oppositionspolitiker wie Donald Tusk oder Róża Thun als Agenten der deutschen Politik ihr unselig tiefes Wurzelwerk. Dass dieses vereinzelt auch in die Geisteswelt der *Sanacja* unter Józef Piłsudski ausstrahlt, analysierte Peter Oliver Loew bereits 2005, indem er feststellte, dass die PiS-Agenda neben ihrem nationaldemokratischen Erbe besonders im Streben nach einer IV. Republik unter dem Motto der Reparatur (*naprawa*) deutliche Anleihen bei der *Sanacja* macht: bei der Vision der Genesung des Staates von 1926 (*Sanacja*) und der

Vorbildfunktion Józef Piłsudskis, der den Staat mit starker Hand lenkte – wenn auch oft aus der zweiten Reihe. Da mutet es kaum zufällig an, daß Jarosław Kaczyński nach den erfolgreichen Parlamentswahlen [2005, P.F.] darauf verzichtet hat, Premierminister zu werden. Statt dessen zieht er die Strippen aus dem Hintergrund. (Loew 2005 : S.18)

Dass die Regierungspartei seit 2015 unter neuem Label firmiert und sich als Heilsbringerin eines guten Wandels inszeniert, bedeutet lediglich eine Neuetikettierung genau dieser Agenda. Je nach Blickwinkel scheint die Regierungspartei in Polen sowohl die Ideologie der nationalistischen Endecja als auch den Regierungsstil der Sanacja beerbt zu haben. Es scheint, als sei aus den Fragmenten zweier kontradiktorischer, kultureller Narrative eine Hybride erwachsen, als bediene man sich freimütig und voller Appetit am Buffet der polnischen Geistesgeschichte.

Unabhängigkeit auf Knien

Wäre der polnische Innenminister Mariusz Błaszczak nicht Innenminister, sondern Eventmanager, dann würde Polen im laufenden Jahr gleich zwei Unabhängigkeitsjubiläen feiern können. Zum einen steht das 100-jährige Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit von 1918 vor der Tür. Man darf mit Spannung den Spagat der offiziellen Darstellung erwarten, die Leitfiguren von Sanacja und Endecja in ein harmonisches Unabhängigkeitsnarrativ zu integrieren. Zum zweiten stünde auf Błaszczaks Agenda sicherlich die erstjährige Kommemorierung der Unabhängigkeit vom kommunistischen Regime. Dessen Ende wurde dem Innenminister zufolge nicht etwa durch die Solidarność -Gewerkschaft mit Lech Wałęsa und Tadeusz Mazowiecki im Jahr 1989 eingeleitet, sondern von der Regierungspartei PiS und ihren von Präsident Andrzej Duda 2017 unterschriebenen Reformen. So grotesk diese Ansicht ist, so konsequent ist sie. Die Diskreditierung des politischen Systems als korrupt und von kommunistischen Agenten durchdrungen korrespondiert mit der Verleumdung von Lech Wałęsa und der Tilgung seiner Bedeutung für die Unabhängigkeitsbewegung in Schulbüchern. Was dort vor sich geht,

ist der Sturz eines Narratives. Es ist die Anmaßung, sich der Verdienste anderer zu bemächtigen um aufzuzeigen: *Wir* bringen euch die Freiheit, *wir* erheben euch von den Knien!

Dabei bespielen die Drehbuchautoren dieser neuesten polnischen Geschichte die alte Klaviatur der nationaldemokratischen Feindbildparanoia. Außen die Feinde, innen die Verräter. Man selbst tue nur Dienst an der historischen Wahrheit, an der Gerechtigkeit, an der Nation. Auch die Endecja feierte das Jahr 1918 nicht als bedingungslosen Befreiungsschlag für die Nation, öffnete das politische System nationalen Minderheiten und Juden doch die Möglichkeit, über das ethnisch-polnische Kollektiv zu regieren. Unter diesem fatalen Urteil ließ Gabriel Narutowicz, der erste Staatspräsident des Landes, durch die Hand eines Nationalisten sein Leben. Auch die Gallionsfigur des Befreiungskampfes, Józef Piłsudski, tauchte in Schulbüchern nationaldemokratisch geprägter Gymnasien gar nicht erst auf und wurde mit einem Kult um General Józef Haller begegnet. Die konsequente Nichtanerkennung der Unabhängigkeit und Kultivierung eines Unterwanderungs- und Unterdrückungsnarratives durch Liberale, Kommunisten, Juden oder Deutsche drohte insbesondere unter Jugendlichen zum weltanschaulichen Mainstream zu werden. Zum zehnjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit 1928 platzte dem Bildungsminister Sławomir Czerwinski dann der Kragen: Wenn es nach den Nationaldemokraten ginge, müsste die Geschichte Polens 1913 enden. Würden Kinder dann fragen, wie der heutige polnische Staat entstanden sei, müsste man schamvoll antworten, dass der Storch ihn gebracht habe. (Czerwinski 1929 : S.14)

Die Löschung Piłsudskis aus den Geschichtsbüchern der Endecja erinnert unheilvoll an die Löschung Wałęsas aus den Schulbüchern der PiS. Das alte Denkschema der Unterdrückung, der Nation auf Knien, der Feinde, scheint in Warschau seine Renaissance zu feiern. Sinnwidrig scheinen sich Elemente zweier historisch verfeindeter Lager im Kleid von Recht und Gerechtigkeit anzunähern. Was die Entstehung der III. Republik ab 1989 angeht, würde Jarosław Kaczyński aber nicht den Storch in Verlegenheit bringen müssen, schließlich haben nach



Abgebrannt. Der Regenbogen am Plac Zbawiciela

neuester Lesart er und sein verstorbener Bruder Lech Kaczyński die volksrepublikanische Herrschaft bezwungen.

Die Bewusstmachung historischer Kontinuitäten vermag nicht über das Gefühl der eigenen Ratlosigkeit hinwegzuhelfen. Doch erst das nationalistische Zündeln des Regierungslagers und das aufflammende Selbstbewusstsein sogenannter Patrioten stärkten meine Vorstellung davon, was polnische Heimat für mich bedeuten soll. Erst die schamlose Übergriffigkeit der polnischen diplomatischen Vertretungen, Landsleute in Deutschland zu denunzieren, stärkten mein Verantwortungsgefühl, nicht sprachlos zu bleiben. Erst die intime Auseinandersetzung mit dem Negativbild von PiS-Polen stärkte das Band vieler junger Deutsch-Polinnen und Deutsch-Polen mit ihrer zweiten Heimat. Diese Stärkung, diese Heimat fühlt sich in keinem der nationalistischen und autoritären Vorstellungen von Polonität zuhause, sondern in einer menschlichen Solidarität, die keine richtige oder falsche Lebensweise kennt. Es ist dies keine

Trotzreaktion Verstoßener, sondern die ausdrückliche Inanspruchnahme des Rechts, die Vorstellung dessen, was Heimat ist, mitgestalten zu dürfen. Man rückt zusammen, man tauscht sich aus, man wird ein Wir und weiß nun: jede Stimme zählt.

Literaturverzeichnis

Bingül, Birand: „Plötzlich bin ich unfrei“, in: *DIE ZEIT* 53/2017

Czerwiński, Sławomir: „Konstytucja Państwa wychowanie publiczne: Przemowa Wygłoszona dnia 28 listopada 1929 r. w Wilnie“, *Nakładem Ligi Rozwoju Mocarstwowego Polski, Warszawa 1929.*

Loew, Oliver Peter: „Zwillinge zwischen Endecja und Sanacja: Die neue polnische Rechtsregierung und ihre historischen Wurzeln“, in: *Osteuropa* 11/2005, S. 9-20.

Walicki, Andrzej: „The Troubling Legacy of Roman Dmowski“, in: *East European Politics and Societies*, 14, 2000, S. 12 -46



Traditionelle polnische Kleidung in Krakau

„Das kleine Vaterland“ - wie junge polnische Konservative ihre Heimat sehen

Interview mit dem Politikwissenschaftler Piotr Andrzejewski

Fragen von Leo Mausbach, Warschau

Vor 14 Jahren, am 1. Mai 2004, trat Polen der Europäischen Union bei. In der Zwischenzeit ist eine Generation herangewachsen, für die Europa zur Normalität geworden ist. Dennoch gibt fast jeder zweite junge Pole an, gefragt nach dem eigenen Verhältnis zu nationaler und europäischer Identität, sich ausschließlich als Bürger seines Landes zu fühlen. Immerhin 43 Prozent sehen sich zwar zuerst als Polen, aber auch als Europäer. Dies sind Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten TUI-Jugendstudie 2018. Junge Menschen in Polen sind damit deutlich patriotischer eingestellt als ihre Altersgenossen in Frankreich, Italien oder Deutschland. Gleichzeitig blicken junge Polinnen und Polen besonders zuversichtlich in die Zukunft – die Hälfte ist davon überzeugt, dass es ihnen besser oder deutlich besser

gehen wird als ihren Eltern, mehr als doppelt so viele wie in Frankreich, Spanien oder Großbritannien. Wie lässt sich die besondere Heimatverbundenheit junger Polen erklären? Welche Erfahrungen prägen ihre Weltsicht und den Blick auf ihren westlichen Nachbarn, Deutschland? Darüber habe ich mit dem jungen, konservativen Intellektuellen Piotr Andrzejewski gesprochen. Andrzejewski forscht in Warschau als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften zu Österreich und Deutschland. Seine Schwerpunkte sind Identitätspolitik und rechtsradikale Bewegungen. Darüber hinaus arbeitet er mit der liberal-konservativen Stiftung *Fundacja Republikańska* zusammen.

In Polen wird das Wort „Heimat“ oft als „das kleine Vaterland“ übersetzt. Heimat ist der Ort, an dem wir uns zuhause fühlen. Sie hat eine intime und nostalgische Dimension. Sie muss aber nicht der Ort sein, an dem wir geboren wurden, wir können sie uns auch aussuchen. Dann ist sie unsere „Wahlheimat“. Was oder wo ist deine Heimat?

Die Antwort auf diese Frage ist gar nicht so einfach. Ich habe an vielen Orten gelebt – in Posen, Warschau, Wien, Klagenfurt, Brüssel oder London. Ich könnte sagen, dass ich mich an jedem dieser Orte zuhause gefühlt habe. Aber „Heimat“ ist etwas viel Persönlicheres. Wenn es um meine Kindheit geht, sind unbestreitbar Posen und seine Umgebung mein „kleines Vaterland“. Aber das wäre eine unvollständige Antwort. Mein Großvater stammt aus dem Norden der Wojewodschaft Großpolen, aus dem Ort Szamocin. Entlang des Flusses Netze befand sich hier vor dem Zweiten Weltkrieg die Grenze zu Deutschland. Als Kinder haben wir dort oft die Ferien verbracht und in der Wohnung meiner Eltern hängen viele Schwarz-Weiß-Aufnahmen des Städtchens. Für mich ist das die etwas idealisierte, idyllische Heimat aus meiner Vorstellung, die es so gar nicht mehr gibt, denn der Ort ist heute ein anderer als vor 80 Jahren.

Eine andere imaginierte Heimat ist für mich Armenien. In meiner Familie wurde die Erinnerung an unsere armenischen Vorfahren bewahrt, die vor Jahrhunderten nach Polen kamen – daher auch mein Wunsch nach einer Reise nach Armenien, den ich mir 2013 erfüllt habe. Wie man sieht ist „Heimat“ ein vielschichtiger Begriff, der sich einer eindeutigen Bestimmung entzieht. Er hängt stark von unseren eigenen Erfahrungen ab, aber auch davon, welches Bild wir von unseren Wurzeln haben. Ich glaube, dass meine Antwort vor oder in ein paar Jahren eine andere wäre.

Es gibt in Deutschland derzeit eine Debatte über den Begriff Heimat. Für manche liegt seine Stärke in einer Offenheit, die es ermöglicht, ein Gemeinschaftsgefühl unabhängig von Herkunft zu schaffen. Andere sehen die Diskussion als Folge des Erscheinens der AfD auf der politischen Bühne, was den Begriff in ihren Augen diskreditiert. Was sind deine Assoziationen mit dem Wort „Heimat“?

Das Wort „Heimat“, das oft auch im Polnischen verwendet wird, ist eindeutig positiv besetzt. Mitunter wird der Begriff auch einfach als scherzhafte Bezeichnung für Deutschland benutzt – zum Beispiel unter dort arbeitenden Polen. Dass die AfD diesen Begriff verwendet, ist für mich keine Überraschung. Die radikale Rechte in Österreich bedient sich seit den 90er Jahren einer austro-patriotischen Rhetorik, die ganz Österreich als Heimat versteht. Das ist eine Folge der Spannungen in der heutigen Welt zwischen dem, was global und dem, was lokal ist. Eine ideologische Verwendung des Begriffs Heimat ist ein Ausdruck des Lokalismus, eine Antwort auf die Ängste und Bedrohungen, welche die tiefgreifenden Modernisierungsprozesse, die großen Migrationen und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen. Die Heimat ist ein vertrauter Ort, stabil und sicher.

Interessanterweise wird in Polen sehr oft unser ganzes Land als Heimat begriffen. Im Gegensatz zu Deutschland ist Polen sehr zentralisiert. Viele Polen verbringen den Urlaub im eigenen Land, sodass die Kinder ihre Urlaubserinnerungen mit Polen verbinden. Ich würde den Begriff „Heimat“ nicht deshalb verwerfen, bloß weil sich populistische oder rechtsradikale Parteien seiner bedienen. Wenn das Wort als ideologisch besetzt empfunden wird, sollte man stattdessen versuchen, ihm andere Bedeutungen zu geben – zum Beispiel eine progressive.

Mit welchen Begriffen beschreiben Polen ihre lokale Gemeinschaft und Identität, worin unterscheiden sich diese von den deutschen Entsprechungen? Welche historischen Voraussetzungen haben das polnische Selbstverständnis geprägt?

Zunächst sollte man festhalten, dass nicht alle Polen dieselben Erfahrungen von lokaler Gemeinschaft haben. Es gibt Regionen, in denen eine historische Kontinuität erhalten geblieben ist, wie Großpolen, Kleinpolen oder das Karpatenvorland. Man muss sich aber bewusst machen, dass fast die Hälfte des polnischen Territoriums 1945 Teil der UdSSR wurde, Millionen Menschen ihren „kleinen Vaterländern“ entrissen und in die ehemals deutschen, sogenannten „Wiedergewonnenen Gebiete“ in



Blumen zum Unabhängigkeitstag Polens.

Pommern, Ostpreußen oder Schlesien umgesiedelt wurden. In einem Breslau oder einem Stettin sind alle irgendwoher zugewandert oder Nachfahren von Zuwanderern. Ich bezweifle, dass auf diese Weise ein einheitliches Verständnis eines „kleinen Vaterlands“ entsteht. Polen ist ein Land sehr intensiver innerer und äußerer Migration. Ich denke dabei an die Wanderungsbewegungen aus den Dörfern in die Städte, zwischen Städten sowie ins Ausland. Oft ist das „kleine Vaterland“ daher schlicht ein idealisiertes Bild des Landlebens. Im Übrigen ein literarischer und kultureller Topos, der in der polnischen Kultur seit mindestens 500 Jahren besteht.¹ Schon in der Ersten Rzeczpospolita wurde das dörfliche Leben gelobt und unsere Nationalepen wie zum Beispiel „Pan Tadeusz“ von Adam Mickiewicz spielen in einer ländlichen Szenerie. Mir scheint, dass diese provinzielle und recht utopische Vorstellung von Heimat etwas ist, das Polen und Deutsche gemeinsam haben. Der größte Unterschied liegt wohl darin, dass in Deutschland mit seinen starken regionalen Identitäten der Begriff Heimat viel seltener mit Blick auf das ganze Land verwendet wird.

In Deutschland ist derzeit viel die Rede von „Heimatverlust“. Die Flüchtlingskrise hat die Aufmerksamkeit auf viele gesellschaftliche Probleme gelenkt, die über Jahre kaum wahrgenommen wur-

den. Als Antwort darauf wurde sogar ein neues Heimatministerium geschaffen. Gibt es eine ähnliche Debatte in Polen?

Modernisierungsprozesse verliefen in Polen immer viel heftiger als in Deutschland, das heißt sie waren mit viel größeren gesellschaftlichen Kosten verbunden und hatten eine größere Intensität. Vielleicht verbindet man deshalb hier mit Heimat häufiger ein utopisches Idealbild als einen konkreten Ort. Aktuelle soziologische Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Polen gerne in ihrem Geburtsort leben und arbeiten möchte sowie den Kontakt zu Familie und Freunden aufrechterhalten will. Es ist ein Widerspruch, dass die Polen einerseits massenhaft auswandern, andererseits aber von einem ruhigen Plätzchen in der Heimat träumen. In Polen gibt es das geflügelte Wort von „meiner Hütte vom Land“ (*moja chata z kraja*), das man etwa als „was interessiert mich die Außenwelt, wenn es mir zuhause gut geht“ übersetzen könnte. Ich habe den Eindruck, dass trotz der massenhaften Migration in die Städte und in das Ausland die Polen ihre Bindung an das „kleine Vaterland“ nicht verlieren.

Gibt es eine ähnliche Diskussion in Polen? Eher nicht. In den letzten beiden Jahren kamen zwischen zwei und drei Millionen Ukrainer nach Polen. Diese Einwanderungswelle hat weder eine große Debat-

te, noch größere Spannungen ausgelöst. Die Öffnung für die Ankömmlinge aus dem Osten weckt höchstens Erinnerungen an die verlorene Heimat im sogenannten Grenzland (*Kresy*), also den Gebieten, die Polen an die UdSSR abtreten musste. Diese massenhafte Migration wird in Polen als geradezu natürlich hingenommen. Wenn Millionen von uns nach Großbritannien oder Irland auswandern, warum sollten die Ukrainer nicht millionenfach nach Polen kommen?

Einerseits gibt es eine solche Offenheit für die Zuwanderung aus Osteuropa, aber andererseits eine heftige Gegenreaktion und Angst vor Zuwanderung aus dem Nahen Osten. Der Islam wird als zivilisatorische Bedrohung empfunden, als etwas, dass die idyllische Ruhe des peripheren Polens stören könnte. Das ist insofern interessant, als dass es in Polen praktisch keine Immigranten aus arabischen Ländern oder dem Iran gibt.

Wird die Diskussion über deutsche Identität in Polen wahrgenommen? Generell wird in Polen die deutsche Innenpolitik ja sehr genau verfolgt, und das mit einer großen Dosis Misstrauen. Warum ist das so?

Die deutsche Politik wird so genau verfolgt, weil Deutschland unser wichtigster Nachbar und Wirtschaftspartner ist. Alles, was in Deutschland passiert, beeinflusst auch Polen. Das Misstrauen kommt natürlich von negativen historischen Erfahrungen, wie dem preußischen Teilungsgebiet oder der Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Es ergibt sich aber auch schlicht aus der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und Polens. Fast krankhaft fürchten Polen die Vision einer deutsch-russischen Annäherung. Jede prorussische Äußerung eines deutschen Politikers wird in Polen in allen großen Medien wiedergegeben. Besonders große Aufmerksamkeit wird den Gasleitungen Nord Stream und Nord Stream 2 zuteil, die in Polen allgemein als Verrat an den gemeinsamen europäischen Interessen verstanden werden, welcher es Putins Russland erleichtert, Druck auf die Länder Ostmitteleuropas auszuüben. Kritische Stimmen gegen diese Investition kommen in Polen aus allen politischen Lagern.

Radosław Sikorski, ehemaliger Außenminister der deutschlandfreundlichen PO-Regierung, verglich die Gasleitung zum Beispiel mit dem Hitler-Stalin-Pakt.

Des Weiteren ist in Polen die Überzeugung sehr verbreitet, dass Deutschland als Staat und die Deutschen als Nation versuchen würden, die Schuld für den Holocaust auf andere Länder zu schieben, insbesondere auf Polen. Die Herangehensweise in dieser Frage ist sehr emotional. So genügt die selbstverständliche Aussage von hochrangigen deutschen Politikern, dass die Deutschen die Verantwortung für den Holocaust tragen, um in Polen Euphorie auszulösen.²

Wenn es auch keine systematischen Versuche gibt, die Schuld auf Polen abzuwälzen, so wird doch in Polen auf jeden Fehltritt von deutscher Seite und jede Unaufmerksamkeit scharf reagiert. Als sich der Sender ZDF zwar öffentlich, aber nur schwer auffindbar und in kaum verständlicher Weise bei einem Überlebenden von Auschwitz für die Verwendung der Formulierung „polnische Konzentrationslager“ entschuldigte, wurden die Profile des Senders in sozialen Netzwerken tausendfach mit Kritik zugespammt. Es wurde sogar Geld für ein Plakat gesammelt, dass auf einem Anhänger befestigt durch Deutschland fuhr und schließlich vor dem Sitz des ZDF geparkt wurde.

Und hier kommen wir zur deutsch-polnischen Verständigung. Es ist schwer zu leugnen, dass die deutsche Seite größere Sensibilität zeigen könnte, wenn es um Fragen des Zweiten Weltkriegs geht. Vielleicht sind aber auch manche Fehltritte nicht zu vermeiden. Auf der anderen Seite bleibt in Polen, abgesehen von Expertenkreisen, die deutsche Debatte über die Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reichs sowie die Debatte über deutsche Identität im Grunde ohne Echo. Abgesehen von einigen Klischees gibt es kein Verständnis der vielschichtigen Diskussion, die in Deutschland stattfindet. Ich sage das mit großem Bedauern, auch wenn sich die Situation Jahr für Jahr verbessert, was wohl eine Folge der wachsenden Verflechtung von Polen und Deutschland ist.



Piotr Andrzejewski

Auch in Polen gibt es eine Identitätsdebatte. Die rechtskonservative Partei PiS sagt, dass sie den Polen ihre Würde und ihren Stolz zurückgibt. Ist es nicht eher so, dass ihre Politik zu einer tiefen Spaltung der polnischen Gesellschaft führt? Woher kommt die Sehnsucht der Polen nach nationalem Stolz?

PiS hat keine neue Spaltung geschaffen. Man könnte sogar sagen, dass diese Spaltung schon seit 200 Jahren besteht und in jeder neuen Generation ihren zeitgenössischen Ausdruck findet. So gab es schon im 18. Jahrhundert die Auseinandersetzung zwischen Aufgeklärten und Traditionalisten, im 19. Jahrhundert zwischen Romantikern und Positivisten und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Spannungen zwischen der nationalen Bewegung Roman Dmowskis und den Sozialisten Józef Piłsudkis. Die Spaltung in ein patriotisches und ein liberales Lager hält sich trotz aller historischen Veränderungen erstaunlich stabil. Alles nur auf den Nationalstolz zu reduzieren wäre aber eine zu große Vereinfachung. PiS wertschätzt verschie-

dene gesellschaftliche Gruppen – Bauern, Mütter, kinderreiche Familien, Angestellte, Arbeiter usw. Der PiS-Wahlsieg von 2015 lässt sich mit ihrem inklusiven Verständnis einer Gesellschaft erklären, in der auch all diejenigen, die sich auf der Schattenseite der wirtschaftlichen Transformation seit 1989 wiederfinden, vom Staat und seinen Vertretern mit Würde behandelt werden. Wenn es bloß um Nationalstolz ginge, würde die rechtsradikale Nationale Bewegung (*Ruch Narodowy*) deutlich mehr als nur ein Prozent in den Wahlen erhalten.

Die Bedeutung von Würde und Stolz lässt sich jedoch nicht unabhängig von den vergangenen 25 Jahren erklären. Ein großer Teil der polnischen Eliten hat oikophobische Ansichten (die Ablehnung des Eigenen, Anm. d. Red) angenommen. Alles Polnische ist in ihren Augen unnormale, etwas für das man sich schämen muss und das man am besten ablegen sollte. Das ist eine Besonderheit der Generation, die in der kommunistischen Zeit, in der Polnischen Volksrepublik, aufgewachsen ist. Man könnte Ana-

logien zur Situation in Staaten ziehen, die früher Kolonien waren und ähnliche mentale Prozesse durchlaufen. Die Ablehnung und in Extremfällen auch der Hass auf die eigene Gesellschaft sind ein Merkmal postkolonialer Gesellschaften. Nach meiner Überzeugung sind sowohl die Eliten, die alles Polnische als Modernisierungshindernis sehen, als auch der Teil der polnischen Rechten, der sich ein utopisches Polentum erträumt, zwei Seiten derselben Medaille und ein postkoloniales Syndrom.

Darüber hinaus hatten sich liberale Kreise und ein Teil der Linken an etwas verschrieben, was auf der Rechten als „Pädagogik der Scham“ bezeichnet wird. Es geht dabei um ein Verständnis polnischer Geschichte und polnischer Identität überhaupt, das sich ausschließlich auf negative Aspekte konzentriert, auf das Abstoßende, Niederträchtige und Verräterische. Im Verständnis der Liberalen sollte dies die Polen vom Nationalismus heilen. Aber 25 Jahre dauernder Kränkungen hatten eine entgegengesetzte Wirkung. Die junge Generation, die bereits unter den Bedingungen der Freiheit aufgewachsen war, wollte einen selbstverständlichen Stolz auf ihre Nation empfinden und lehnte das Narrativ der Pädagogik der Scham radikal ab. Dies kann man nicht nur auf Seiten der Rechten beobachten, wo man es erwarten würde, sondern sogar bei der linken Partei *Razem*, die aus jungen Aktivisten besteht und die ebenfalls versucht, positive Seiten aus der Geschichte – der polnischen sozialistischen Bewegung – aufzuzeigen. Das Projekt, den Polen alles Polnische zu verleiden, ist gescheitert. Der Ausbruch einer Rhetorik des Nationalstolzes und des Patriotismus ist schlicht eine Reaktion darauf.

In diesem Zusammenhang ist das Modernisierungsprojekt des polnischen Premiers Mateusz Morawiecki sehr spannend, der eine moderne Wirtschaft anstrebt, bei gleichzeitiger Bewahrung polnischer Identität. Interessanterweise ist sein Vorbild das deutsche Bayern, insbesondere die Persönlichkeit Franz Josef Strauß und die Partei CSU, die Inspiration für einen großen Teil von PiS-Politikern ist. Wird dieses Modell in der derzeitigen Regierungspartei überwiegen? Schwer zu sagen, es wird sich zeigen.

Was lässt sich gegen die gesellschaftliche Spaltung in Polen tun?

Ich bin davon überzeugt, dass der Konflikt den beiden großen Parteien PiS und PO nützt und in erster Linie die *Solidarność*-Generation der 80er Jahre umtreibt. Einen echten Wandel kann erst ein Generationswechsel herbeiführen. Die Generation, die unter den Bedingungen der Freiheit aufgewachsen ist, sieht die Welt anders, ihre Prioritäten sind andere und auch ihre Fähigkeit, Brücken zu bauen, ist eine andere. Diese Generation ist in mancherlei Hinsicht noch ein unbeschriebenes Blatt. Es ist offen, ob sie sich von einer der beiden Parteien einspannen lässt oder ob sie etwas Neues schafft.

Historisch gab es Zeiten, in denen polnische Identität offen war für Menschen, die Polen werden wollten. Erst der Holocaust und die Grenzverschiebungen machten aus Polen ein ethnisch homogenes Land. Es ist nicht schwer abzusehen, dass Polen eine Diskussion bevorsteht, ob die Millionen Ukrainer, die nach Polen gekommen sind, vollwertige Polen sind. Siehst du eine Bereitschaft in Polen zu einer solchen Diskussion? Wo siehst du Probleme?

Tatsächlich hat sich die polnische Identität und das Nationsverständnis über Jahrhunderte verändert. Die erste polnische Identität in der Adelsrepublik, war – wenn auch auf eine gesellschaftliche Schicht beschränkt – relativ offen. Die Nation wurde nicht ethnisch, sondern politisch-staatsbürgerlich verstanden. Deshalb konnten so viele Ruthenen, Tataren, Litauer und sogar Deutsche zu Polen werden. Diese Anziehungskraft funktionierte bis in die Zwischenkriegszeit.³ Erst die „durchträumte Revolution“ des Zweiten Weltkriegs, die Vernichtung der polnischen Eliten und die massenhaften Umsiedlungen der stalinistischen Zeit haben ein Polen hervorgebracht, welches es vorher so nie gegeben hatte – nämlich ein ethnisch homogenes.

Wohl deshalb überraschen rassistische Parolen und ein ethnisches Nationsverständnis polnischer Rechtsextremer kaum. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang jedoch die Diskussion, welche diese Parolen auslösten. PiS hat sich klar für ein kulturelles Verständnis polnischer Identität ausgesprochen, welches offen für alle ist, die bereit sind, das geistige Erbe Polens anzunehmen. So äußerte sich Prof. Piotr Gliński, stellvertretender Premier und Kulturminister. Es lohnt sich auch Marek Rymkiewicz zu zitieren, einen der hervorragendsten polnischen Schriftsteller und Essayisten, der im Übrigen rechte Sympathien hegt: „Ich habe keinen Tropfen polnischen Blutes in mir und in meinen Zellen keine polnischen Gene. (...) Ich bin ein bisschen Deutscher, Litauer, Tatar, Franzose, vielleicht auch Russe“. Rymkiewicz versteht Polentum als eine geistige Kraft, die uns erwählt und nicht wir sie.

In Polen gibt es immer mehr Polen vietnamesischer, afrikanischer oder ukrainischer Herkunft. Vielleicht ist das ein Vorbote der Rückkehr zu den Wurzeln der Ersten Rzeczpospolita und zu einem staatsbürgerlichen Nationsverständnis. Mir wäre ein solches Verständnis sehr nahe.

Nach dem Untergang des Kommunismus, mit dem EU-Beitritt, sprachen viele in Polen über die „Rückkehr nach Europa“. Ist das Europa, das die Polen vorgefunden haben, zu ihrer Heimat geworden?

Ja, man sprach von einer „Rückkehr nach Europa“, aber vor allem davon, dass wir nie zurückkehren mussten, weil wir immer ein Teil Europas waren. Mit großer Bestimmtheit kann ich sagen, dass die Polen das vereinte Europa nicht als ihre Heimat betrachten, es bestehen einfach keine so persönlichen Gefühle. Das bedeutet nicht, dass sie nicht offen für Reisen, Arbeit im Ausland und neue Bekanntschaften wären. 2004, im Jahr des EU-Beitritts, interessierten sich die Polen für die ganze Welt, sie waren regelrecht ausgehungert. Jetzt aber, da Billigflüge das Reisen einfach machen, entdecken sie, dass ihre Heimat, „das kleine Vaterland“, dort ist, wo es immer war – in Polen.

Piotr Andrzejewski, ich danke für das Gespräch.

Anmerkungen:

1 Die „Adelsrepublik“ Polen-Litauen (in Anlehnung an den Begriff der Res Publica auch „Rzeczpospolita“ genannt) bestand von 1569 bis 1795. Als Zweite Rzeczpospolita wird das Polen der Zwischenkriegszeit bezeichnet. Auch die offizielle Bezeichnung des heutigen Polens lautet Rzeczpospolita Polska.

2 Gemeint sind der damalige Außenminister Sigmar Gabriel sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel, die vor Kurzem anlässlich der Diskussion über ein kontroverses polnisches Geschichtsgesetz die ausschließliche historische Verantwortung Deutschlands für den Holocaust unterstrichen, was in Polen als Durchbruch gefeiert wurde.

3 Verweis auf den Titel eines einflussreichen Werks des linken Intellektuellen Andrzej Leder, in dem dieser soziologisch und psychoanalytisch die gewaltigen, „revolutionären“ Umbrüche in der polnischen Gesellschaft durch Holocaust und Stalinismus nachzeichnet und die für Polen bis heute traumatische Wirkung dieser Prozesse aufarbeitet. Andrzej Leder (2014): *Prześniona Rewolucja. Ćwiczenia z logyki historycznej*. Krytyka Polityczna, Warschau.

Heimat ist der zufällige Fleck Erde, wo ich auf diese Welt gekommen bin. Wo meine zufälligen Eltern mich erzogen haben und wo ich sprechen lernte, eine zufällig so genannte „Muttersprache“. Heimat ist der Ort, an dem ich zum ersten Mal lachen und weinen lernte. Sie ist der erste Lernort und somit der wichtigste. Der Ort, von dem ich später weiterziehen soll, um anderswo nochmal zu wachsen, weiterzulernen, eine neue Sprache zu verinnerlichen, vielleicht auch zufällig Ersatzeltern zu finden. Heimat ist der Ort, zu dem ich immer zurück will, heutzutage meistens im Urlaub, weil die Eltern immer noch dort sind und sich nichts, nirgendwo so vertraut und bindungssicher anfühlt.

Mona Vintilă kommt aus Rumänien und ist Sozialarbeiterin in Berlin. 2008 hat sie am Internationalen Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages teilgenommen.



Heimat ist für mich ein Sammelbegriff. Dazu gehören Schauplätze meines Lebens, Menschen, bei denen ich das Gefühl habe, wir sind auf der gleichen Wellenlänge, wir haben eine ähnliche Auffassung über die Welt oder wollen die gleichen Ziele erreichen. Zur Heimat gehört für mich das Gebirge Bakony, wo ich aufgewachsen bin, der Balaton als Schauplatz meiner Gymnasialjahre, Budapest, wo ich jetzt lebe, Berlin, wo ich studiert habe, das weltbeste Frauenhandballteam Győri ETO, an dessen Spielen ich dabei bin, das Land Ungarn, dessen Bürger ich bin, aber auch die internationale Gemeinschaft der IPS-Stipendiaten, mit denen ich immer das Gefühl habe, wir gehören zusammen. Europa ist unsere Zukunft.

Zoltán Karácsony ist Journalist in Budapest und hat im Jahr 2000 am Internationalen Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages teilgenommen.





Eisenhüttenstadt: Fragmented City

Analoge Fotografie von Jonathan Hempel

Im Rahmen eines Kunst- und Forschungsprojektes flanierte der politische Fotograf Jonathan Hempel durch Eisenhüttenstadt und die Umgebung der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete (ZABH). Entstanden durch das Festhalten von Rhythmus, Licht, Architektur, Natur, Stille und Bewegung ist eine Serie von analogen Fotografien, die verschiedene Fragmente des urbanen Raums, des Menschlichen, des Ästhetischen und des Politischen dokumentiert.

Weitere Arbeiten finden Sie auf Jonathanhem.com.









Frankfurt (Oder) als Drehscheibe der Weltkriegsheimkehrer

Interview mit dem Historiker Karl-Konrad Tschäpe

Fragen von Saskia Heller, Frankfurt (Oder)

Neulich besuchte ich mit einer Gruppe von Heinrich-Böll-Stipendiaten die Ausstellung zur Heimkehr Kriegsgefangener und Zivilinternierter über das Entlassungslager Frankfurt (Oder). Dieses existierte von 1945 bis 1950. Der ortsansässige Historiker Dr. Karl-Konrad Tschäpe führte uns durch diese Ausstellung. Ein paar Tage später besuchte ich ihn an seinem Arbeitsplatz, der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“. Er begrüßte mich bestens vorbereitet mit einem Stapel Bücher auf dem Tisch.

Herr Tschäpe, wie ich sehe, sind Sie schon vorbereitet und mit dem Thema bestens vertraut.

Wenn man sich mit diesen Buchtiteln näher beschäftigt, erkennt man sofort, dass diese

mit dem Gegenbegriff von Heimat arbeiten, der Gefangenschaft. Ikonographisch ist dort meistens der Stacheldraht abgebildet. Er verweist auf die Suche nach Heimat. Man findet diesen auf neuen sowie ganz alten Publikationen. Weiterhin findet man Bilder von Unterdrückern, die jemanden zu Boden geschlagen haben, oder ein Gitter oder auch russische Worte als Titel. Die Sprache soll auf Fremdheit hindeuten.

Warum sind diese Publikationen für Frankfurt (Oder) bedeutend?

Frankfurt (Oder) taucht in diesen Lebenserinnerungen in den allermeisten Fällen auf, weil hier die Gefangenschaft endet. Sehr viele Publikationen enden direkt mit der Ankunft in

Frankfurt (Oder) beziehungsweise in Friedland. Viele Transporte führen nun weiter in die westlichen Gebiete. Hier waren wir in der sowjetischen Besatzungszone, sodass sich die Frage stellt, inwiefern das Versprechen von Freiheit und Heimat sich erfüllen kann oder nicht. Der Begriff Heimat wird nochmals besonders herausgefordert: Einerseits kommt man wieder nach Deutschland zurück, man hört die deutsche Sprache, man ist sich bewusst, dass man sich wieder in der Heimat befindet. Andererseits ist es immer noch die Besatzungszone – und die Reflexion darüber, was das bedeutet, setzt sofort ein. Manche bleiben erstmal in der Ostzone und flüchten dann in die Westzone, da die Mauer noch bis 1961 offen ist. Gerade in den Jahren, in denen die Kriegsgefangenen zurückkehren, gibt es noch viele Jahre die Möglichkeit, die sowjetische Besatzungszone zu verlassen. Viele nutzen das.

Wenn die meisten zurückgekehrten Kriegsgefangenen in den Westen gegangen sind, sind dann diese Publikationen auch nur im Westen erschienen?

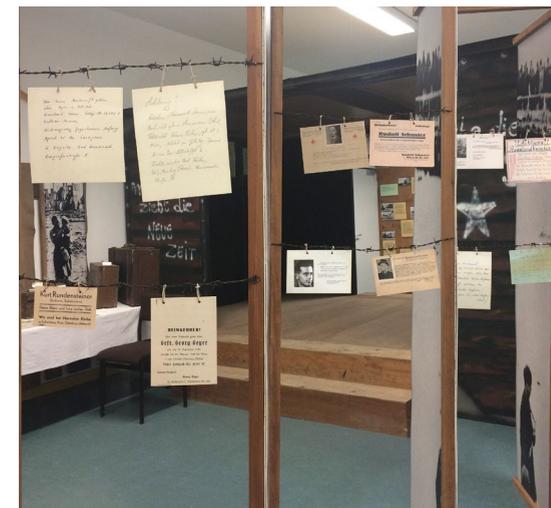
Wir können feststellen, dass die meisten Publikationen hauptsächlich aus dem Westen sind, da in der DDR, dem sozialistischen Bruderstaat der Sowjetunion, nicht gewollt wurde, dass man über die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Negativen schreibt.

Das allgemeine Narrativ im Osten war, dass die sowjetische Kriegsgefangenschaft positiv mit einer ‚Universität des Lebens‘ gleichzusetzen war, in der man vom Nazi zum Kommunisten konvertiert wurde.

Im Westen hingegen spielten diese Publikationen während des Kalten Krieges eine Rolle, da diese, obwohl weitestgehend nicht russophob, ein meist negatives Bild der BRD-Gesellschaft über die Sowjetunion vermittelten.

Was ist das Aktuelle an diesen Publikationen und Lebenserinnerungen?

Die Geschichten, die sich hinter diesen Heimkehrer-Schicksalen verbergen, sind nicht auf das öffentliche Interesse getroffen. Eine weitere Schwierigkeit war, dass die Heimkehrer selber nicht über ihre



Gesuche nach Vermissten (angebracht an Zäunen der Heimkehrerlager)

Erfahrungen redeten, weil sie traumatisiert waren. Aus diesem Grund wurden viele Publikationen erst im hohen Alter geschrieben. Wir können sehen, dass es einen ständigen Strom an Erfahrungen zu Russland, der Sowjetunion und der Entwurzelung in der Literaturszene gibt. Diesem Phänomen sollte man näher nachgehen. Vor allem den Erinnerungen von Frauen, da es viel weniger von ihren Geschichten gibt, weil auch viel weniger Frauen in Gefangenschaft geraten sind.

Die Zahl der Kriegsgefangenen nach dem Zweiten Weltkrieg belief sich auf ungefähr 1,8 Millionen Menschen. Welche Rolle spielt Frankfurt (Oder) in diesem Prozess?

Frankfurt war eine Drehscheibe für Heimkehrer und Vertriebene, aber auch für Zwangsarbeiter, weil hier der Knotenpunkt der Reichsbahn war. Die Menschenmassen, die durch Frankfurt (Oder) kamen, wurden erst mal geprüft, da es sich nach 1945 auch um eine neu eingerichtete Grenze handelte. Diese Grenze musste sich erst mal einspielen. Dabei kommt Frankfurt (Oder) auch mit der Frage in Kontakt, was Heimat eigentlich bedeutet. Was bedeutet Heimat für die Frankfurter? Was bedeutet Heimat für die, die von jenseits der Oder kamen? Was bedeutet Heimat für die, die sich in Slubice ansiedelten, bei denen es sich ja auch um

Entwurzelte handelte? Das Thema Heimat ist eng mit Migrationsprozessen um den Zweiten Weltkrieg verbunden: Es beginnt mit den Kriegsgefangenen und den Zwangsarbeitern aus den Ostgebieten und setzt sich fort mit den deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion festgenommen wurden.

Frankfurt (Oder) war der Ort, an dem die Heimkehrer entlassen wurden. Wie funktionierte das und wo waren die Orte, an denen das stattfand?

Bis Juni 1946 verläuft eine ungeordnete Phase. Es gab noch keine festen Organisationsstrukturen. Danach wurde ein fester Ankunftspunkt festgelegt – etwa die Hornkaserne und das Heimkehrerlager Gronenfelde. Dort wurden die Heimkehrer medizinisch versorgt und dann gen Westen weitertransportiert. Die Heimkehrerlager funktionierten bis 1950. Ab 1950 reden wir von den sogenannten Spätheimkehrern.

Was passierte ab 1950? Waren dann bereits alle Kriegsgefangenen heimgekehrt?

Erstmal sprechen wir über das Jahr 1948. Die Alliierten einigten sich darauf, alle Kriegsgefangenen zu entlassen. Das Jahr der Heimkehr wurde von sowjetischer Seite zwar anerkannt, aber aufgrund des Kalten Krieges entließ die Sowjetunion die deutschen Kriegsgefangenen nicht. Sie nutzte sie als politischen Verhandlungsgegenstand bis 1955/56. In der Zwischenzeit wurden immer wieder vereinzelte Kriegsgefangene bis Mai 1950 zurückgeschickt. Danach war Schluss und es herrschte ein großes Entsetzen, weil noch viele Kriegsgefangene vermisst wurden.

Alle, die noch Angehörige vermissten, erhofften sich, dass diese noch am Leben waren und sich in sogenannten Schweigelagern befanden. Das waren keine Kriegsgefangenenlager, aber bestimmte Speziallager des GULAGs, im Prinzip Straflager. Die nannten sich dann Besserungslager. Von dort war die Kommunikation mit der Außenwelt praktisch unmöglich. Die sowjetische Seite bestätigte 1950,

dass noch Deutsche in Lagern seien, aber das seien keine Kriegsgefangenen, sondern verurteilte Kriegsverbrecher. Um diese geht es dann in den Verhandlungen von 1955 mit Konrad Adenauer.

Neben diesen verurteilten Kriegsgefangenen gab es noch politische Gefangene, die man in der Besatzungszone festgenommen hatte und die in GULAGs gebracht wurden, wo sie nicht an die Außenwelt schreiben durften. In einigen Lebenserinnerungen kann man lesen, dass die Verwandten bei der Rückkehr überrascht waren, weil sie nicht wussten, dass der Vermisste noch lebte. Diese Spätheimkehrer kommen zum großen Teil auch in Frankfurt (Oder) am Bahnhof an. Hier entscheidet sich dann, ob sie in die Ost- oder Westzone müssen. In diesen Erinnerungen taucht Frankfurt (Oder) als erster Ort auf deutschem Boden auf, wo sich dramatische Szenen abspielen: Zum Teil werden die Heimkehrer als Kriegsverbrecher in Empfang genommen, wo sie gleich in Gefängnisse gesteckt werden, zum Beispiel nach Bautzen.

Ihre Schilderungen verdeutlichen die europäische Dimension. Wie lässt sich das auf die heutige Zeit übertragen?

Wir haben die Chance, an der deutsch-polnischen Grenze diese besondere Geschichte zu erzählen, vor allem, da es auf beiden Seiten der Oder lange Zeit keine Tradition des Miteinanders gegeben hat. Die Menschen, die in Słubice angesiedelt wurden, kannten vorher keine Deutschen. Auch die Deutschen konnten keine nachbarschaftlichen Beziehungen mit Polen aufbauen, wie das an der deutsch-französischen oder der deutsch-dänischen Grenze der Fall war. Solange die DDR existierte, war die Grenze geschlossen. Nur polnische Vertragsarbeiter, die in Frankfurt (Oder) in den Halbleiterwerken gearbeitet haben, waren eine Ausnahme. Allerdings war es eher ein Nebeneinander und nicht ein Miteinander. Das Miteinander hat sich erst schrittweise entwickelt mit der Öffnung der Grenze.



Das Mahnmal für den Frieden vor der ehemaligen Hornkaserne in Frankfurt (Oder)

Gibt es Interesse in Słubice für die Geschichte der Heimkehrer?

Der Begriff der Heimat ist sehr deutsch. Wenn man in der polnischen Sprache dieses Wort sucht, dann gibt es keine exakte Entsprechung. Genauso wenig gibt es diese auf Englisch oder auf Russisch. Aber das Gefühl und das Phänomen gibt es schon. Denn in Słubice werden nach 1945 besonders viele Leute angesiedelt, die entweder aus den Ostgebieten Polens kamen, also selber Vertriebene oder ehemalige Deportierte sind. Man kann mit diesen mittlerweile hochbetagten, aber sehr freundlichen Menschen immer noch reden. Sie sind auch politisch in einem Verband organisiert. Es gibt ein Denkmal der Sibiriendepotierten in Słubice, welches das wichtigste Denkmal vor Ort ist. In Frankfurt (Oder) ist das hingegen der Synagogengedenkstein. Insofern gibt es das Thema der Heimat, der Deportation und der Zwangsmigration auch dort. Zwar nicht unter den gleichen Voraussetzungen, aber das Phänomen ist vergleichbar.

Sie werben für die neue Ausstellung ‚Herausforderung Heimat‘. Was hat es mit diesem Projekt auf sich?

Die bestehende Ausstellung in der Hornkaserne ist 1998 zum 50. Jahrestag des Heimkehrerjahres entstanden und seitdem weitestgehend unverändert. Man kann sich vorstellen, dass diese Ausstellung nach so einer langen Zeit überarbeitungsbedürftig ist.

Die Überlegung ist, ob man dieses europäische Thema zentral in der Stadt präsentieren kann. Unser Vorschlag ist, dass wir einen neuen Raum schaffen und dieses Thema verbinden mit der Gedenkstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft. Es sind zwei verschiedene Themen, aber trotzdem wollen wir sie aus mehreren Gründen hier zusammen präsentieren, da sie sich inhaltlich doch ähneln.

Und wie soll diese Idee aussehen?

Die Idee ist, hier im ehemaligen Gefängnishof einen Anbau an das Haus zu errichten, welcher nach dem Vorbild einer Frankfurter Baracke erinnert, die zugleich auch eine Nazi-Baracke ist, die hier vor Ort für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter genutzt wurde. Die Baracke soll eine Verkörperung von Heimatlosigkeit und Entwurzelung sein.

Wenn wir zum Schluss nochmal an die Heimkehrer denken. Was hat Heimat für diese bedeutet?

Um das ganz kurz mit den Worten von Bernhard Schlink zu beantworten: Heimat ist der Begriff, den man braucht, wenn man ihn nicht hat.



Hochaus, UNSER BILD: Studenten am wirkenden Modelle eines Systems.

Tschaikowski-Wettbewerb

Moskau (TASS). Der dritte internationale Tschaikowski-Wettbewerb wird das größte Schaffenstreffen junger Musiker der ganzen Welt sein: 237 Klavierspieler, Geiger, Cellisten und Sänger aus 38 Ländern werden zu der Konkurrenz erwartet. Am ersten Tschaikowski-Wettbewerb hatten 61 und am zweiten 151 Musiker teilgenommen.

Der Wettbewerb soll am 30. Mai im Kongreßpalast des Moskauer Kremls eröffnet werden und einen ganzen Monat dauern. Am 31. Mai beginnen die Konkurrenzen der Geiger und Cellisten und am 11. Juni der Pianisten und Sänger.

Am Tschaikowski-Wettbewerb werden erstmalig junge Musiker

„HAND IN HAND“ EIN BUCH FÜR SIE

Das ist ein Sammelband von Gedichten und Aussagen sowjetdeutscher Autoren, der im Moskauer Verlag erschienen ist. Sie finden da Gedichte und Aussagen von: Fr. Bolger, R. Frank, H. Henke, D. R. Jacquemien, V. Klein, J. Warkentin.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

HERAUSGEGEBEN VON
«SOZIALISTIK KASACHSTAN»

FREITAG, 22. APRIL 1966

Nr. 80

Preis 2 Kopeken

**DIE PARTEI UND LENIN
SIND ZWILLINGE, ZWEI
SÖHNE DER MUTTER GESCHICHTE:
GENIEN.
WIR SAGEN: LENIN—
UND MEINEN: DIE PARTEI;
WIR SAGEN:
DIE PARTEI—
UND MEINEN: LENIN.**



DAS BANNER UNSERER EPOCHE

lung kennt kein anderes Land der Welt!

Im Kampf für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus standen auch die Werktätigen Kasachstans in den ersten Reihen. Ihr Beitrag ist gewichtig. In den Jahren des Siebenjahrplans vergrößerte sich der Umfang der Industrieproduktion um Zweifache. Kasachstan produzierte in sieben Jahren mehr Industrieezeugnisse als in den vorhergehenden 39 Jahren.

Die historischen Beschlüsse des XXIII. Parteitags merkten ein neues grandioses Kampfprogramm der Entwicklung der Volkswirtschaft unserer Heimat für die nächsten fünf Jahre vor. Sie rufen uns zu neuen Arbeitsheldentaten zum Wohl unseres Volkes, zum Wohl unserer Sowjetheimat. Wir stehen vor großen und komplizierten Aufgaben, deren Lösung unsere gesamte Energie und Initiative, unseren schöpferischen Wagemut erfordert. Unser Sowjetvolk wird unter Führung seiner geliebten Leninschen Partei alle Kräfte einsetzen, um diese gewaltigen Aufgaben in Ehren zu lösen.

Der Leninismus ist das Banner unserer Epoche. Der Leninismus ist allmächtig und unbestegbar, weil er den Entwicklungstendenzen der gegenwärtigen Epoche entspricht, weil er auf Erden Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und das Glück aller Völker begründet und ihnen den Weg zum Kommunismus, zur hellen Zukunft der ganzen Menschheit weist.

Es lebe der Marxismus-Leninismus — die ewig lebendige allbezwingende revolutionäre Lehre!



Freundschaft vom 25.08.1987

Der Rhein wurde auf Deutsch schon häufig besungen...

Heimatbegriffe in der sowjetdeutschen Literatur - transkulturelle Perspektiven?

Inés Noé, Berlin/Frankfurt (Oder)

Was ist Heimat? Der Begriff ist alt, die Frage nach ihr aktuell. Manchmal erlaubt ein Blick in die Vergangenheit eine neue Sicht auf die Gegenwart. Eine politische und kulturelle Besonderheit bildet die deutsche Minderheit in der Sowjetunion. Aufgrund ihrer bewegten Geschichte, die geprägt ist von mehrfacher Migration, bietet sie einen interessanten Zugang zu der Frage, was Heimat bedeuten kann. Die Literaturseite der sowjetdeutschen Zeitung „Freundschaft“ aus der Kasachischen SSR bietet Einblick in die Heimatlyrik dieser Minderheit. Gedichte können ein Spiegel des historischen Kontextes sein – und vielleicht noch mehr. Kann Heimatlyrik transkulturell gelesen werden?

Deutsche in der Sowjetunion

Deutsche Siedler, die dem Ruf der Zarin Katharina II. gefolgt waren, hatten sich im 18. Jahrhundert insbesondere im unteren Wolgagebiet des Russischen Reiches angesiedelt. Vor 100 Jahren, im Oktober 1918, wurde die Wolgarepublik der Deutschen im Zuge der Leninschen Nationalitätenpolitik für autonom erklärt. (Engel-Braunschmidt 1985, S. 127)

Doch die Politik der Sowjetunion gegenüber Minderheiten wandelte sich. Im Kontext des Zweiten Weltkriegs wurde die Autonome Wolgarepublik der

Deutschen aufgelöst. 1941 verschickte Stalin die Angehörigen der Minderheit in Arbeitslager oder in die mäßig besiedelten Regionen Sibiriens und Kasachstans.

Auf diese Weise waren die ehemals gemeinsam an der Wolga lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion nach dem Krieg an sehr unterschiedlichen Orten zuhause. Die Frage nach einer legitimen Verallgemeinerung dieser Minderheit ist daher, wie bei jeder sozialen Gruppe, berechtigt. Was sie dennoch alle teilen ist eine bewegte Geschichte gewollter und unfreiwilliger Migration. Alle Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion hatten zu jenem Zeitpunkt gleich drei „Heimaten“: die historische, die alte und die neue. In der historischen Heimat Deutschland ist so gut wie niemand von ihnen gewesen. Deutschsein bedeutete häufig bloß den Dialekt, dem Hochdeutschen fern, aus dem ursprünglichen Herkunftsdorf zu wahren und die aus Deutschland mitgebrachte Bibel von Generation zu Generation weiterzugeben. Die alte Heimat an der Wolga hingegen kannte in der unmittelbaren Nachkriegszeit die ältere Generation noch gut. Mit der neuen Heimat, den Zielen der politischen Verschickung – also vorrangig Zentralasien –, mussten sich alle arrangieren.

Das Dekret von 1941 veranlasste die Russlanddeutschen nicht nur zu einem Ortswechsel – es beinhaltete auch ein Schreib- und Publikationsverbot für ihre Schriftsteller*innen. Kulturelle Bewegungen in deutscher Sprache stagnierten auf dem Gebiet der Sowjetunion dadurch fast vollkommen. Das Fehlen einer geographischen Einheit trug dazu bei. (Engel-Braunschmidt 1985, S. 131)

1964 wurden die pauschalen Beschuldigungen gegen die Angehörigen der Minderheit – sie hatten die Deportation öffentlich rechtfertigen sollen – offiziell zurückgenommen. Forderungen nach der Wiederherstellung der Autonomie und der Erlaubnis für eine Rückkehr ins Wolgagebiet kamen auf, blieben aber erfolglos. (Krieger 2011, S. 32) Auch das Schreibverbot hatte damit ein Ende – sofort gründeten sich Zeitungen und die deutsche Sprache wurde wieder offiziell verwendet. (Kirjuchina 2000, S. 38)

Die Tageszeitung „Freundschaft“

In Almaty, der damaligen Hauptstadt der Kasachischen SSR, wurde 1966 mit der Gründung der deutschsprachigen Tageszeitung „Freundschaft“ eine große Lücke geschlossen: Rund die Hälfte aller Angehörigen der deutschen Minderheit lebte mittlerweile in Kasachstan. Die „Freundschaft“ war eine von drei deutschsprachigen Zeitungen innerhalb der Sowjetunion. Besonders ihr einender Charakter war für ihre geographisch zersplitterte Leser*innenschaft von großer Bedeutung. Darüber hinaus bedeutete sie nicht nur Anwendung der Muttersprache nach jahrzehntelangem Sprachverbot, sondern bot auch Ersatz für Literatur, Sprachbildung und Schulbücher, die kaum vorhanden waren.

Wie die beiden anderen deutschsprachigen Zeitungen etablierte die „Freundschaft“ bereits in den ersten Wochen eine Literaturseite, welche regelmäßig Texte unterschiedlicher Genres von sowjetdeutschen Schriftsteller*innen der Leser*innenschaft zugänglich machte.

Ein Blick ins Archiv dieser Zeitung soll im Folgenden dazu dienen, anfangs gestellten Fragen nachzugehen – was kann Heimat für jene bedeuten, die offenkundig eine bewegte Geschichte hinter sich haben?

Literatur der Sowjetdeutschen

Schreiben, sich geographisch und sprachlich (neu) verorten und politische Forderungen gingen seit den 60er Jahren bei der deutschen Minderheit in der Sowjetunion Hand in Hand. Schreiben bedeutete die Verwendung der Muttersprache, das Verarbeiten der Vergangenheit und, durch den Faktor der Öffentlichkeit, das Herstellen eines neuen Kollektivs. Schreiben ist nicht nur der Spiegel der Seele, sondern darüber hinaus der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Alles ist politisch – selbst Literatur: „Sowjetdeutsch“, der neue Begriff, der „Ende der 20er Jahre in Opposition zu ‚Rußlanddeutsch‘ kreierte wurde, setzte die politische Funktion von Literatur über das formale Experiment.“ (Engel-Braunschmidt 1985, S. 127)

Die Literaturwissenschaftlerin Annelore Engel-Braunschmidt verweist damit auf die unübersehbare politische Funktion von Literatur in der sowjetischen Öffentlichkeit.

Auch der in diesem Kontext sozialistisch klingende Name der Tageszeitung „Freundschaft“ kann als Schritt der Etablierung der Minderheit in das System der Mehrheitsgesellschaft gedeutet werden. Der Rolle, die eine Minderheit innerhalb der Sowjetunion sich selbst zuschrieb, ist daher ein gewisser zweigleisiger Charakter eigen:

„Ängstlich darauf bedacht, keine Sonderrolle zu spielen, stellen die sowjetdeutschen Autoren jeden Aufschwung zu individuellem Ausdruck sogleich wieder in Reih und Glied mit Bestrebungen anderer Sowjetvölker und bezeichnen sich defensiv als ‚Zweig eines großen Baumes‘.“ (Engel-Braunschmidt 1985, S. 138)

Heimat als zentrales Motiv

Gleichzeitig aber spielte die Aufarbeitung der Vergangenheit eine große Rolle für die sowjetdeutschen Schriftsteller*innen. „Heimat“ wird zwischen Kriegsende und Wende zu einem zentralen Motiv ihrer Lyrik.

Die Literaturwissenschaftlerin Ljubow Kirjuchina hat herausgearbeitet, dass in der sowjetdeutschen Lyrik von 1941 bis 1989 insbesondere die Motive „Heimat“ und „Muttersprache“ eine zentrale Rolle in Form eines narrativen Identitätsakts spielen. (Kirjuchina 2000)

Die Muttersprache deutet Kirjuchina als eine exterritoriale Heimat-Metapher. (Kirjuchina 2000, S. 314) Eine entscheidende Differenzierung wird dadurch deutlich: Kirjuchina fasst ihren Forschungsgegenstand unter dem Begriff „Heimatlyrik“ zusammen – doch das, was darin unter „Heimat“ verstanden wird, variiert enorm. Heimat ist nicht gleich Heimat. Die Bedeutung hängt von der individuellen Auffassung der Schriftsteller ab, wandelt sich aber auch, auf die jeweilige Politik reagierend, innerhalb der Jahrzehnte: „Das Verständnis des Terminus ‚Heimat‘ schwankt zwischen dem Gefühl des Zuhauseesens

und des Fremdseins, zwischen dem Heimatverlust und der Heimatsuche, die bestehenden Konflikte werden manchmal problematisiert, manchmal aber ausgeblendet.“ (Kirjuchina 2000, S. 315) So wird in sowjetdeutscher Lyrik „Heimat“ bisweilen als politische Größe – das Sowjetreich – verstanden, andere Male bedeutet es das verlorene Dorf an der Wolga, manchmal das neue Zuhause mitten in Kasachstan, dann wieder die Muttersprache.

Ljubow Kirjuchina akzeptiert als Wissenschaftlerin diese Texte zwar als literarische Werke, schreibt ihnen aber in erster Linie nicht ästhetischen, sondern vielmehr sozialpsychologischen Wert zu. Die Tendenz zum Heimatmotiv erklärt sie durch den politischen Kontext und die Entwicklung dieser Literatur begründet sie durch die Umstände der Zeit. Seit den 1970er Jahren werden spezifische Fragen nach „dem Wesen, dem ästhetischen Wert und der kulturellen Bedeutung der sowjetdeutschen Minderheitenliteratur“ gestellt. (Kirjuchina 2000, S. 311) Die ästhetische und sprachliche Qualität (Kirjuchina, S. 9) der hier publizierten Texte kann nicht mit geltenden Normen des deutschsprachigen Literaturkorpus verglichen werden. Erst mit einer „ästhetisch wertungsfreien Rezeption“ (Kirjuchina 2000, S. 15) kann einer Bearbeitung der Texte Raum gegeben werden, der über ästhetische Fragen hinaus Anreiz bietet, wie z. B. ihr politischer und historischer Kontext.

Heimatliebe durch politische Repression

Die wichtige Bedeutung, die dem Heimatmotiv in der sowjetdeutschen Lyrik zugesprochen wird, ist aus dem politischen Kontext erklärbar. Pascal Casanova beschreibt, an Pierre Bourdieus Analysen des literarischen Feldes anknüpfend, dass, je kleiner eine Nation, desto größer ihr nationaler Gedanke ist. (Casanova 2004, S. 191) Der Kampf von Schriftsteller*innen für die nationale Autonomie – und damit die Verarbeitung der „Heimat“ – kann auch als Antwort auf die Bedrohung dieser Autonomie von außen gelesen werden. (Casanova 2004, S. 194)

Auch Kirjuchina zufolge ist in Gesellschaftsverhältnissen, in welchen Minderheiten keine kulturelle Einschränkung erleben, so auch im geschlossenen deutschsprachigen Gebiet, die Bedeutung der „Heimat“ weitaus geringer. (Kirjuchina 2000, S. 313) Wegen der Gefährdung der persönlichen und kulturellen Freiheit sowie Autonomie der Minderheit durch den sowjetischen Staat wird die „Heimat“ als narrativer Identitätsakt zu einem existentiellen Motiv (Kirjuchina 2000, S. 315), das vorrangig eine identitätsstiftende Rolle bei den Minoritätszugehörigen gespielt hat (Kirjuchina 2000, S. 9). Die sogenannten Heimatgedichte sind deshalb „empirische Geschichtsbilder“, welche „nicht nur die Geschichte der deutschen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch die des Staates der Mehrheit dokumentieren.“ (Kirjuchina 2000, S. 10)

Der sich daraus entwickelnde Aspekt der Heimat ist mit Sehnsucht verknüpft. Die Bedeutung des Konstrukts wird größer, „wenn es um die weit entfernte, nicht erreichbare oder für immer verlorene Heimat geht.“ Die Deportation, als Identitätsverlust erlebt, verarbeiten die Autor*innen in einer Reihe von Texten über die Sehnsucht nach dem Heimatort. Die Heimatlyrik der Nachkriegszeit wird aus gegebenem Anlass zu einem Spiegel von politischer Repression und Mechanismen der Identitätsbildung. (Kirjuchina 2000, S. 10.)

Heimatliebe oder Propagandaliteratur?

Auch die Pressezensur der Sowjetunion hat ihren Anteil daran, welchen Heimatgefühlen in den öffentlichen Organen Ausdruck verliehen wurden – und welchen nicht. Denn sie galt auch für die Zeitungen der zahlreichen Minderheiten.

Auf einer Kinderseite der Zeitung „Freundschaft“ findet sich beispielsweise im Jahr 1987 das Kinderlied „Heimat“ von der jungen sowjetdeutschen Autorin Rosa Pflug:

„Unsere Heimat ist die schönste – / Das weiß heute jedes Kind, / [...] / Kann es denn was Schöneres geben / Als die Sowjetrepublik?“ (Pflug 1987)

„In den von der Zensur zugelassenen und permanent durch die Zeitungen [...] der Öffentlichkeit präsentierten Texten sind Heimat und Vaterland voll und ganz dasselbe“, schreibt Kirjuchina. (2000, S. 154) Der so angewandte Heimatbegriff schwankt zwischen Ideologie und Wirklichkeit, bleibt aber eine politische Konstruktion.

Die Wolga als Beispiel für Zensur

Als Gegenbeispiel, das ebenfalls die Zensur belegt, kann das Wort „Wolga“ angeführt werden. Die Wolga – stellvertretend für die alte Heimat der deutschen Minderheit in der Sowjetunion – steht auch nach der Aufhebung des Publikationsverbotes noch unter Arrest. Die eindeutige Symbolik des Flusses für die einstige Autonomie von Deutschen auf sowjetischem Boden ließ das Wort zu einem Tabu werden. In den 1960er Jahren war der Verlust des vorherigen Wohnorts noch aktuell, einige der Deportierten waren derzeit noch am Leben. Während dieser Zeit engagierten sich Angehörige der Minderheit für eine Rückkehr in die Wolgagebiete. Im Gegensatz dazu war in den ersten Jahrzehnten der „Freundschaft“ das Wort „Wolga“ quasi inexistent.

Ein ehemaliger Chefredakteur schreibt über die Arbeit in der Redaktion der sowjetdeutschen Zeitung „Rote Fahne“ aus dem Altai, die deutschsprachigen Zeitungen in der Nachkriegszeit hätten „ohne Zensur, aber unter Kontrolle“ gearbeitet. Die Ausgaben hätten regelmäßig Lob und Kritik bekommen. Letzteres unter anderem, weil in den veröffentlichten Gedichten „ein Fluss ‚auf dem Territorium der ehemaligen ASSR der Wolgadeutschen‘ besungen wurde.“ (Schleicher o.J.)

Erst im frischen Wind der Perestrojka wurde das Wort „Wolga“ wieder salonfähig. Ein neues Selbstbewusstsein ließ den Fluss zum Schauplatz zahlreicher Geschichten auf der Literaturseite der „Freundschaft“ werden.

Daraus geht hervor, dass die Minderheiten- und Zensurpolitik in der Sowjetunion mit den Jahrzehnten starken Wandlungen unterlag. Die publizierte Lite-



ratur war an die politischen Forderungen gebunden. Sie war stets ein Balanceakt zwischen der Pressezensur des Regimes und den Autonomiebewegungen der Minderheit. Literarische Werke müssen daher immer in Korrespondenz zu ihrem politischen Diskurs behandelt werden.

Natur und Heimat

Die sogenannte Heimatlyrik der sowjetdeutschen Schriftsteller*innen bildet zwar zunächst durch den roten Faden des Motivs „Heimat“ zumindest scheinbar eine Einheit, bei näherem Hinsehen lassen sich aber sehr unterschiedliche Heimatkonzepte herausarbeiten, die jeweils durch verschiedene äußere Gegebenheiten beeinflusst sind.

„Die deutsche Literatur im Ausland wird von der internationalen Forschung meistens als ‚Heimatkunst‘ bezeichnet.“ (Kirjuchina 2000, S. 113) Doch bei weitem begrenzen sich sowjetdeutsche Schriftsteller*innen nicht auf das Besingen der historischen Heimat Deutschland, wo selbstverständlich niemand von ihnen je gewesen ist. So bleibt der Begriff „Heimatkunst“ missverständlich. „Heimat“ ist nämlich nicht bloß vergangener oder erwünschter Sehnsuchtsort. Vielmehr, und das beweist eine hohe Zahl sich ähnelnder Beiträge auf der Literatursseite der „Freundschaft“, wird sich mit dem Begriff

„Heimat“ ebenso gern auf das derzeit Nahe bezogen. Und da die „Zusammenfügung Sprache-Natur-Heimat [...] von der Minderheitenliteratur als eine unabdingbare Voraussetzung für die Weltbeschreibung begriffen“ wird (Kirjuchina 2000, S. 79), ist die poetische Beschreibung der bekannten, geliebten Natur auch auf der Literatursseite der „Freundschaft“ ein sich wiederholendes Motiv.

„Heimat“ auf transkultureller Ebene

Die sowjetdeutsche Naturlyrik enthält ein Moment der Autonomie, indem sie für sich beansprucht, was innerhalb der deutschen Sprache bisher nur von außen gegeben sein konnte: Zentralasien wird in poetischer Sprache auf Deutsch fixiert. Doch es ist weder der Blick von Touristen noch von Anthropologen, noch von Besuchern, welche diesen Ort durch den Filter politischer oder ökonomischer Interessen betrachten. Es ist vielmehr ein poetischer Blick von innen, der aus einem inhärenten Bedürfnis heraus diesen Ort als Zuhause beschreibt. Eine ungewöhnliche Perspektive entsteht, die das deutschsprachige Feld der Literatur Mitteleuropas bisher nicht ihr Eigen nennen konnte.

Transkulturalität ist ein Konzept, das die globale Gesellschaft als kulturelle Verflechtung auffasst,

in welcher eine durch die Globalisierung in Gang gesetzte Vermischung von Kulturen stattfindet. Es geht davon aus, dass es keine einzelnen, voneinander getrennten Kulturen gibt, sondern vielmehr kulturelle Hybride, die sich gegenseitig bedingen. (Welsch 1997)

„Sowjetdeutsch“ oder „russlanddeutsch“ aus transkultureller Perspektive zu betrachten, bedeutet, dass diese Kultur weder die kleine Schwester von „deutsch“ noch von „russisch“ oder „sowjetisch“ ist. Obwohl die so bezeichnete Gruppe die scheinbar so konträren Wörter russisch/sowjetisch und deutsch zusammenführt, ist sie letztendlich weder das eine noch das andere, wohl aber etwas dazwischen und gleichzeitig etwas Autonomes – ein transkulturelles Hybrid. Die Eigenheit der Minderheit zeichnet sich nach Kirjuchina durch eine „spezifische sowjetdeutsche Mentalität“ aus. (Kirjuchina 2000, S. 11)

Der Rhein wurde in deutscher Sprache schon häufig besungen. Ebenso die Donau und der Schwarzwald, die Nordsee und die Alpen. Das sind beliebte Motive vieler deutschsprachiger Dichter*innen wie Goethe, Hölderlin oder Eichendorff.

Die Wolga ist ein bezeichnender Teil der Heimatlyrik der sowjetdeutschen Literatur. Doch auch die politisierte Romantisierung der verlorenen Heimat scheint von der Minderheit überwunden, wenn eine neue Sparte von Heimatgedichten die aktuelle neue Heimat zu besingen beginnt.

Auf der Literatursseite der „Freundschaft“ finden sich von den 1960ern bis 80ern Gedichte mit Titeln wie „Im Tienschan“¹ (Bolger 1966), „Am Ischim“² (Bill 1966), „Sibirien“ (Henke 1976), „Der Saksaul“³ (Pfeffer 1976), „Ala-Tau“⁴ (Henke 1976), „In der Taiga“ (Ekkert 1976), „Ssalam, Alma-Ata“⁵ (Pracht 1976) oder „Mein Kasachstan“ (Brettmann 1987). Es gibt Lieder, welche die Stadt Almaty besingen (Arnold 1976) und Skizzen, welche die Jagd auf ein Vielfraß in der Steppe beschreiben (Herdt 1966).

Durch die folgende Betrachtung dreier ausgewählter Beispiele – zwei Gedichte und ein Briefwechsel – soll der Frage nachgegangen werden, ob die deutschsprachige Literatur durch den Literaturkor-

pus der sowjetdeutschen Minderheit geöffnet werden kann und sie auf transkultureller Ebene bereichert.

Ssalam, Alma-Ata

„Ich grüß dich, Alma-Ata / Ssalam allejkum! / Der Sonne Stadt, / der Gastfreundschaft Apa! / Ich kenne / keine andre solche traute Ecke, / die für mich wär, / so einmalig apart! / Alma-schahar, / und Gulata-schahar, / durch deine Straßen / geh ich wieder heute! / Hier freut mich jeder / murmelnde Aryk, / Ich heb den Hut / vor jedem Neugebäude! // Die Brunnen sprechen / wie aus meinem Mund, / auch ihnen sprengt die Brust / die Freud des Wiedersehens! / Wie schön doch ist, / daß unsre Erd ist rund: / Ich komm zu dir / je weiter ich fortgehe!“ (Pracht 1976)

Das Gedicht „Ssalam, Alma-Ata“ von Arno Pracht ist ein Gruß an die heimische derzeitige Hauptstadt Kasachstans Almaty (in sowjetischer Manier noch Alma-Ata geschrieben). Die eindeutige Identifizierung mit der kasachischen Stadt sowie die Verwendung kasachischer Worte schaffen eine Mischung, die erst durch die natürlichen Lebensumstände des Dichters die Verbindung von der kasachischen und der deutschen Sprache möglich macht.

In der Taiga

„Warst du jemals tief im Dickicht / unserer Taiga? / Sahst du dort, wie hoch der Himmel / und dabei so nah / seine Sterne in den Nächten? / Wie die Zedern und die Föhren / das Gespräch der Sterne hören. / Ob sie nicht ganz im Vertrauen / Kunde aus dem Weltall brächten? / Sahst du, wie der junge Morgen / die Taiga belebt? / Fühltest du in dieser Stunde, / daß dein Herz erbebt?“ (Ekkert 1976)

Steppe, Taiga oder Wüste – das Flachland Kasachstans ist ein entscheidendes Merkmal mit Wiedererkennungswert dieses neuntgrößten Landes der Erde. Mit diesem Gedicht erbringt der Dichter Woldekkert „unserer Taiga“ ein liebevolles Bekenntnis der Zugehörigkeit. Das Wort „Vertrauen“ betont das heimische Gefühl, das das lyrische Ich an diesem Ort befällt und die Aufzählung der bekannten Flora bestätigt die Vertrautheit mit der Steppe

und ihren Eigenheiten. Das pathetische Erbeben des Herzens bei ihrem Anblick bezeugt das heimische Gefühl und verleiht den Versen emotionalen Charakter.

Balchaschsee statt Nordsee

Ein weiteres Beispiel wurde durch den Brief einer Leserin der „Freundschaft“ in Gang gesetzt. Anna Enns richtet einen Brief an die Redaktion der deutschsprachigen Zeitung, namentlich an den Schriftsteller Rudolf Jacquemien. Darin erzählt sie von einem Walzer, den ein deutsches Orchester in ihrer Stadt Balchasch am Ufer des gleichnamigen Sees eingeübt hätte. In seinem Text besinge das Lied die „Nordseewellen, das Marschenland“. Doch sie meint: „Warum sollen wir die Nordseewellen besingen, wenn wir in Wirklichkeit an dem herrlichen Balchaschsee leben?“ Daher bittet die Leserin den Schriftsteller um einen neuen Text zu dem Walzer, welcher statt der Nordsee den Balchaschsee besingen solle. Rudolf Jacquemien kommt dem sehr gerne nach: Er freut sich über den „von begeisterter Heimatliebe [...] durchdrungenen Brief“. Dieses neue Lied im Walzertakt, welches den kasachischen Balchaschsee auf Deutsch besingt, ist ein performativer Identitätsakt durch Abgrenzung: Das bisher auf den westeuropäischen Raum beschränkte Gefühl der Zugehörigkeit zu lokalen Naturgrößen (Nordsee) wird mit Bestimmtheit erweitert, nicht ohne dass eine Negation des Bisherigen stattgefunden hätte. (Enns, Jacquemien 1966) Die erste Strophe des Lieds lautet:

„Wo der Balchaschsee sich blau und endlos wiegt, / meine schöne Stadt sich an sein Ufer schmiegt, / wo die Steppenwinde gehen ein und aus – / da ist meine Heimat, da bin ich zu Haus.“ (Jacquemien 1966)

Zusammenfassung und Fazit

Der Blick ins Archiv der „Freundschaft“ und die darauf folgende Auseinandersetzung mit einer Heimatlyrik der sowjetdeutschen Minderheit hat gezeigt, dass das Konstrukt „Heimat“ sehr unterschiedliche Formen annehmen kann und dabei auch durch äußere Gegebenheiten und politische Umstände be-

einflusst worden ist. Politische und kulturelle Repression kann das Bild von Heimat sogar verzerren. Sie hat symbolischen Charakter, kann ein Kollektiv vereinen, aber auch Gruppen voneinander abgrenzen. Heimat kann politisches Instrumentarium sein. Sie kann eine Sprache sein, die geographische Grenzen zu überwinden in der Lage ist. Das Beispiel der sowjetdeutschen Geschichte zeigt auch, dass es bei Verwendung eines geographischen Heimatbegriffs mehrere Heimaten gleichzeitig geben kann.

Aus den Erfahrungen der sowjetdeutschen Minderheit kann ebenso geschlossen werden, dass das Konzept einer „neuen Heimat“ funktioniert. Auch Migrationsprozesse, die erzwungen sind, können in einer emotionalen Identifikation mit dem neuen Ort münden. Kasachstan als „neue Heimat“ hat sich – auch dadurch, dass zahlreiche Minderheiten hierher deportiert wurden – für viele Angehörige der Minderheit bewährt und sich als plurinationalen und multilingualen Ort dargestellt. Über „die natürliche Freundschaft und [den] aufrichtige[n] Internationalismus“ schreibt beispielsweise der Sowjetdeutsche Serik Issabekow 1987 in der „Freundschaft“ im Rahmen seiner Erinnerungen an seine Kindheit im kasachischen Norden. (Issabekow, 1987)

Durch sprachliche und inhaltliche Abgrenzung einer Minderheitenliteratur von ihren Bezugsgrößen entstehen neue Verbindungen im lyrischen Rahmen. Durch die bewusste Abgrenzung vom deutschsprachigen Feld im Rahmen der Heimatlyrik, ist die deutschsprachige Literatur durch sowjetdeutsche, die Natur der neuen Heimat beschreibende, neue transkulturelle Perspektiven erweitert. Sie hat erfahren können, dass die „Muttersprache Deutsch“ auch „nach Steppe und Wermut“ duften kann.⁶

Das „trans“ der Transkulturalität verweist auf eine Überschneidung und Verknüpfung zweier oder mehrerer Kulturen. Durch den politischen und historischen Kontext sowie die Autonomiebestrebungen einer Minderheit wird das Konzept „Heimat“ in einer Vielschichtigkeit dargestellt, die grenzüberschreitende Konturen annimmt und neue Diversität schafft.

Zukunftsweisenden Charakter hat das hier interpretierte Heimatkonzept jedoch nicht. So lang das Konzept „Heimat“ auf eine nationale Idee beschränkt bleibt und so lang das Lokale als positiver Gegenentwurf zum Fernen vertreten wird, kann der sich in ihrem Literaturkorpus etablierte Heimatbegriff der sowjetdeutschen Minderheit den aktuellen politischen Diskurs nicht darin bereichern, kulturelle Konzepte zu öffnen.

Zwar öffnet sie der deutschsprachigen Literatur Türen in unbekannte Weiten – doch die kulturelle Praxis der sowjetdeutschen Schriftsteller*innen endet dann doch vor der eigenen Haustür: In Kasachstan.

Endnoten

- 1 Das Tianschan ist ein Gebirge im Süden Kasachstans
- 2 Der Ischim ist ein Fluss, der durch Russland und Kasachstan fließt.
- 3 Der Saksaul ist ein Steppenbaum, der in Kasachstan wächst.
- 4 Das Alatau ist ein Gebirge in Kasachstan.
- 5 Ssalam ist eine Begrüßung auf Kasachisch.
- 6 Der Schriftsteller Wandelin Mangold veröffentlicht in der „Freundschaft“ einen Nachruf auf den sowjetdeutschen Schriftsteller Victor Klein, der über Jahrzehnte die Literaturseite der „Freundschaft“ mit seinen Texten füllte. Er schreibt: „Er hat uns Grünschnäbeln die Muttersprache gegeben wie Brot. Wie Brot, das süß und bitter ist. Wie Brot, das nach Steppe und Wermut duftet.“ (Mangold 1976)

Literaturverzeichnis

- Casanova, Pascale: *The World Republic Of Letters*. Harvard University Press, 2004.
- Ehrlich, Konstantin: „Tuto il mondo – il paese! oder Der ost-westliche Divan von Olshas Sulejmenow.“ <https://www.rd-allgemeine.de/> zuletzt aufgerufen: 27.05.2018.
- Engel-Braunschmidt, Annelore: „Zweig eines großen Baumes“. Die Literatur der deutschen Minderheit in der Sowjetunion, in: Alexander Ritter (Hrsg.): *Deutschsprachige Literatur im Ausland*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985, S. 127-145.
- Kirjuchina, Ljubow: *Sowjetdeutsche Lyrik (1941-1989) zu den Themen „Muttersprache“ und „Heimat“ als narrativer Identitätsakt*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2000.
- Krieger, Dr. Viktor: Memorandum, in: *Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.): Keiner ist vergessen. Gedenkbuch zum 70. Jahrestag der Deportation der Deutschen aus Russland*, Stuttgart 2011, S. 24-45.
- Schleicher, Josef: Von der „Roten Fahne“ zur „Zeitung für Dich“. Der domige Weg der deutschsprachigen Presse im Altai http://www.ornis-press.de/files/schleicher__josef_-_regionalzeitung_arbeit_-_geschichte.pdf zuletzt aufgerufen: 27.05.2018
- Welsch, Wolfgang (1997): *Transkulturalität. Zur veränderten Verfassung heutiger Kulturen*. In: Schneider, Irmela/Thomson, Christian W. (Hg.): *Hybridkultur: Medien, Netze, Künste*. Köln: Wienand 1997, S. 67-90.

Zeitung „Freundschaft“:

- Arnold, Hermann; Literaturseite, 24.04.1976.
- Bill, Jakob; Literaturseite, 19.06.1966.
- Bolger, Friedrich; Literaturseite, 27.02.1966.
- Bolger, Friedrich; Literaturseite, 08.05.1966.
- Bolger, Friedrich; Literaturseite, 05.06.1966.
- Bolger, Friedrich; Literaturseite, 10.01.1987.
- Brettmann, Alexander; Literaturseite, 12.09.1987.
- Ekkert, Woldemar; Literaturseite, 14.02.1976.
- Enns, Anna; Jacquemien, Rudolf; Literaturseite, 28.08.1966.
- Henke, Herbert; Literaturseite, 10.01.1976.
- Henke, Herbert; Literaturseite, 07.02.1976.
- Henning, Alexander; Literaturseite, 04.10.1966.
- Herd, Karl; Literaturseite, 21.08.1966.
- Hummel, Erna; Literaturseite, 08.08.1987.
- Issabekow, Serik; 13.08.1987.
- Mangold, Wandelin; Literaturseite, 03.07.1976.
- Pfeffer, Nora; Literaturseite, 31.01.1976.
- Pflug, Rosa; Kinderfreundschaft, 1987.
- Pracht, Arno; Literaturseite, 02.10.1976.



Meine Adresse - Sowjetunion?

Wie die Träume der armenischen Diaspora von einer besseren Heimat zerplatzten

Ani Poghosyan, Jerewan

Wer die Zufriedenheit über die wirtschaftliche und politische Situation eines Landes einschätzen will, sollte sich die Ein- und Auswanderungszahlen anschauen. Insgesamt hat Armenien während seiner 70-jährigen sowjetischen Geschichte schätzungsweise 175.000 Einwanderer aufgenommen. Beeindruckend, nicht wahr? Wenn man die Statistik betrachtet, bekommt man den Eindruck, als sei die sowjetische Heimat sehr spannend und anziehend für Armenier gewesen. Doch es ist naiv zu glauben, dass der mächtige Sozialismus die alte Heimat durch eine neuere, bessere Realität ersetzt hatte. Schließlich war es in Armenien innerhalb der 70-jährigen Geschichte des Sozialismus ab 1946 für 50 Jahre verboten auszuwandern.

Wenn viele Leute ein Land besuchen oder sogar dorthin ziehen, dann spricht das für eine starke Anziehungskraft und Attraktivität. Andersherum gilt es, wenn viele Leute das Land verlassen und es kaum besucht wird. In diesem Sinne lässt sich auch die armenische Geschichte der sowjetischen Heimat kartographieren. Seit den 1920er Jahren, als Armenien schon ein sowjetisches Land war, fanden drei Einwanderungswellen nach Armenien statt: Im Jahre 1921 nahm es über 40.000 Armenier aus der ganzen Welt auf. Die meisten von ihnen kamen aus Iran, der Türkei, Syrien, Griechenland, Frankreich, Bulgarien, den USA. Zwischen den Jahren 1946 und 1949 betrug die Anzahl der Einwanderer circa 95.000 Menschen. Im Jahre 1962 zählten die Behörden 40.000 Einwanderer. Insgesamt hat Armenien zu sowjetischen Zeiten circa 175.000 Einwanderer aufgenommen. In drei Wellen wollten auf einmal



so viele Armenier aus der ganzen Welt zurück nach Armenien kommen. Ihre Heimat weiter entwickeln. Teil dieser Entwicklung sein. Wie konnte das sowjetische Armenien zum idealen Land werden und selbst Westeuropa und Amerika in den Hintergrund rücken? Es scheint, als sei der sowjetische Sozialismus eine Garantie für Wohlstand und für ein besseres Leben gewesen.

Die Migration in die armenische Heimat

Migration bedeutet, auf der Suche nach einem besseren Leben zu sein. Die treibende Kraft der Migration ist die Fähigkeit der Menschen, ihre Lebensumstände einander zu vergleichen. Der Vergleich bedeutet also die Wahl für ein besseres Leben. Doch die drei Migrationswellen nach Armenien entsprechen diesem klassischen Muster der Migration nicht. Besonders erkennbar wird dies anhand der zweiten Welle der Migration nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1940er Jahre: Es gibt einen Unterschied zwischen der freiwilligen Migration und der Migration durch Propaganda. Im Frühling 1945, als der Krieg noch nicht beendet war, aber der Sieg der

Sowjetunion bereits feststand, bat der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Armeniens, Grigorij Arutjunow, in einem Brief an Stalin, direkte Kontakte zu Auslandsarmeniern zu erlauben. Es folgten Maßnahmen zum Kulturaustausch mit der armenischen Diaspora.

Die Einwanderung nach Armenien sollte der Sowjetunion dabei dienen, ihre hegemonialen und territorialen Ambitionen gegenüber Iran und der Türkei zu unterstreichen. Die Gebiete Kars und Ardahan sollten Armenien und damit der Sowjetunion einverleibt werden. Damit die internationale Gemeinschaft dieses Bestreben nicht als Aggression verstand, versuchte die sowjetische Diplomatie, ihre Territorialansprüche als Entschädigung für die armenischen Verluste während des Krieges darzustellen. Bei der Potsdamer Konferenz waren sowjetische Diplomaten bemüht, die anderen Länder der Anti-Hitler-Koalition zu überzeugen, dass die Teilrepublik Armenien auf Kosten der Türkei vergrößert werden müsse, um die Zuwanderung der Auslandsarmenier durch weitere Territorien zu ermöglichen. Im Jahre 1945 unterschrieb Stalin ein Dokument, das den Auslandsarmeniern die Einwanderung in die „alte“ Heimat ermöglichte. Wie aber sah die Migration in die armenische Heimat aus?

„Fake“-Heimat

Auf der ganzen Welt gab es in den armenischen Auslandsgemeinden prosovjetsche Kräfte. Wenn sie sich propagandistisch für die Zuwanderung nach Armenien stark machten, musste mindestens die Rede von einem Paradies sein. Sie stellten Armenien als ein perfektes Land dar mit einer reichen Gesellschaft ohne sozialwirtschaftliche Probleme. Am besten sollte man sich einfach in ein Schiff in Richtung Paradies setzen, Richtung sowjetisches Armenien. In der georgisch-sowjetischen Hafenstadt Batumi trafen dann die Träume auf die Realität. Über die wirkliche Heimat und die echte Situation hatte niemand eine Ahnung. Einigen Einwanderern war nicht mal bewusst, dass Armenien ein Teil der Sowjetunion war und welche schweren Prüfungen auf sie dort warteten. Den Einwanderern wurde gesagt, sie würden die besten Unterkünfte in Armenien erhalten. Aber nur sehr wenigen Einwanderern wurde eine der neuen Wohnungen zugeteilt. Die meisten wohnten in Ställen. In den besseren Fällen wohnten sie mit anderen Familien unter einem Dach. Diese Familien waren kaum begeistert über die neuen Nachbarn. Das führte zu Spannungen zwischen den Einheimischen und Einwanderern. Hinzu kamen Hungersnöte und die Arbeitssuche. Im Großen und Ganzen konnten die Zuwanderer Arbeit finden. Das Problem bestand jedoch eher darin, eine passende Arbeit je nach Berufsausbildung zu bekommen: Die Künstler wurden in die Dörfer geschickt. Die Landwirte wurden in die Städte geschickt. Aber das größte Problem war das staatliche Verbot von Geschäftstätigkeiten. Ein eigenes privates Geschäft zu betreiben war nicht nur verboten, sondern wurde auch bestraft. Das alles führte zu immer größerer Unzufriedenheit unter den Zugewanderten. Doch sehr wenige konnten wieder zurückkehren. Diejenigen, die flüchteten, taten dies meistens über die Türkei oder Iran.

Flucht aus der Heimat

Zwischen 1946 und 1948 unternahm über 400 Migranten einen Fluchtversuch aus Armenien. Diese Zahlen bereiteten der sowjetischen Führung richtige Kopfschmerzen. Sie versuchte, die Einwanderer nicht in grenznahe Gebiete zu besiedeln. Flüchtlinge aus dem sowjetischen Armenien wurden in den Auslandsgemeinden oft für Spione gehalten. Doch die meisten wurden schon während der Flucht wieder festgenommen. Als immer mehr Menschen flüchteten und auch die Anzahl der Fluchtversuche immer weiter anstieg, reagierten die Machthaber mit der Änderung der Verfassung und bestrafte Fluchtversuche deutlich strenger. Am Anfang wurden Fluchtversuche mit zwei Jahren Haft bestraft, später wurde die Strafe auf mindestens zehn Jahre Haft verschärft. Flüchtlinge galten als Verräter der Heimat. Erst nachdem Chruschtschow den Personenkult um Stalin verurteilt hatte, begann eine Phase der relativen Freiheit.

„Meine Adresse ist kein Haus und keine Straße – meine Adresse ist Sowjetunion“ so die sowjetische Band *Samotswety* im Lied *Meine Adresse – Sowjetunion*, das große Bekanntheit besaß, und das wie eine Hymne in allen sowjetischen Teilrepubliken gesungen wurde. Doch trotz der Propaganda, trotz der Drohungen, trotz der Repression und der Gefahren war die Sowjetunion für die meisten armenischen Einwanderer keine Adresse, kein Haus und auch keine Heimat geworden.



Mich hat im Deutschen immer das Wort „Wahlheimat“ fasziniert. Am Anfang aber eher irritiert, denn ich war mir sicher, dass man seine Heimat nicht wählen könne, weil das etwas Vorbestimmtes und sogar „Heiliges“ sei. Mit der Zeit kam aber das Verständnis, dass Heimat für mich kein Ort und kein Land ist. Sondern, dass es ein inneres Gefühl des Zuhause-Seins bedeutet, das mit Menschen und bestimmten kulturellen Vorprägungen verbunden ist. Ich bin in beiden Kulturen zu Hause, aber gleichzeitig in beiden fremd.

Bozhena Kozakevych
Geboren in Lwiw, Abschluss in Deutscher Sprache und Literatur an der Universität von Lwiw. Abschluss der Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Viadrina. Seit 2013 wohnt sie in Deutschland. Zurzeit arbeitet sie bei der Stiftung Denkmal für ermordete Juden Europas im Projekt „Erinnerung bewahren“.



Heimat ist ein wertvoller Begriff. Es ist unmöglich ihn mit einem Wort zu beschreiben. Für mich ist die Heimat der Ort, an dem ich geboren wurde, meine glückliche Kindheit verbracht habe und aufgewachsen bin. Dort, wo ich meinen Weg ins Leben begonnen habe. In meinem Traum sehe ich oft das Haus meiner Kindheit, und dann habe ich Heimweh. Es gibt den Spruch: Der Mensch ohne Heimat ist wie ein Vogel ohne Wald. Ich glaube, der Mensch hat nur eine Heimat und keine zweite oder dritte. Diese Liebe zur Heimat behalte ich immer in meinem Herzen.

Saltanat Aschirowa, geboren in Südkasachstan, wohnhaft in Almaty



Die Flaniermeile Olha-Kobylyjanska

Meine Heimat, deine Heimat, unsere Heimat - Czernowitz, eine multikulturelle Stadt früher und heute

Serhij Lukanjuk im Interview über die multikulturelle Stadt früher und heute
Fragen von Eduard Kosminski, Czernowitz/Berlin

Auf Ukrainisch heißt sie Tscherniwzi, auf Rumänisch Cernăuți, auf Polnisch Czerniowce, auf Hebräisch Tschernowitz und auf Deutsch Czernowitz. Die verschiedenen Namen sagen schon einiges über die Hauptstadt der historischen Region Bukowina aus, welche sich an der Grenze zwischen Rumänien und der Ukraine erstreckt. Die Region Bukowina wurde bis zum Zweiten Weltkrieg auch die „Schweiz des Ostens“ genannt. Keine der Volksgruppen verfügte über eine absolute Mehrheit. Keine Volksgruppe war so klein, dass man sie ignorieren konnte. Die perfekte Grundlage für die politische, wirtschaftliche und vor allem kulturelle Blütezeit der Stadt.

Die Stadt wuchs bis 1900 zu einer kleinen Metropole. Ein Grund ist, dass der österreichische Kaiser Franz Josef 1875 die Gründung der Universität von Czernowitz veranlasste. Sie trug zur Bildung und Entwicklung einiger großer Persönlichkeiten bei, die das kulturelle Leben der Stadt prägten: Der ukrainische Schriftsteller Jurij Fedkowjtsch, nach welchem die Universität heute benannt ist, der deutschsprachige Schauspieler Gregor von Rezzori und die jüdischen Dichter Rose Ausländer und Paul Celan. „Das Land der Menschen und Bücher“, so nannte Paul Celan die Bukowina. Auch der berühmteste rumänische Dichter, Mihai Eminescu, hat hier studiert. Die Arbeit des tschechischen Architekten

Josef Glavka findet man überall in der Stadt. Die von der Wiener Architekturschule beeinflussten Bauten gaben der Stadt den Spitznamen „kleines Wien“.

Heute sind 80 Prozent der Bewohner von Czernowitz Ukrainer. Außerdem leben dort Russen und Rumänen. Man könnte glauben, dass der multikulturelle Geist der Stadt längst schon erloschen sei. Doch das stimmt nicht: Die meisten Ukrainer sind stolz auf das multikulturelle Erbe der Stadt und bemühen sich, dieses Erbe zum Beispiel beim deutsch-ukrainischen Lyrikfestival ‚Meridian Czernowitz‘ am Leben zu erhalten. Auch auf der Fußgängerzone Kolbyleanska findet man die Namen der Stadt in den fünf Sprachen. Dort lassen sich zudem die originalgetreuen Fassaden der sanierten Gebäude und die alten Pflasterwege bestaunen. Außerdem verfügt jede Minderheit zumindest über eine eigen kulturelle Einrichtung in der Stadt.

Über die Stadt sprach ich mit Serhij Lukanjuk. Er ist Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen an der staatlichen Yuri-Fedkovich-Universität in Czernowitz. 2008 hatte er am Internationalen Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Was bedeutet Heimat für Sie als Ukrainer in dieser Stadt mit diesem multikulturellen Erbe?

Als Einwohner ist für mich die Bukowina eine besondere Region nicht nur in Osteuropa, sondern im gesamten Europa. In der österreichisch-ungarischen Zeit war diese Region ein gutes Beispiel des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Völkergruppen und bleibt bis jetzt als ein Vorbild der multikulturellen Gesellschaft. Aber die beiden Weltkriege haben die Bukowina stark verändert. Seit meinem Studium an der Universität Czernowitz wohne ich seit 25 Jahren hier. Seit langem fühle ich mich in Czernowitz wie zu Hause. Ich würde es als meine zweite Heimat bezeichnen. Ursprünglich bin ich in Galizien geboren und dort zur Schule gegangen. Heimat ist für mich dort, wo Toleranz und Verständigung zwischen den Menschen herrschen.

Heute dominieren die Ukrainer Czernowitz. Wie wird das die Stadt prägen?

Zwar sind die Ukrainer die größte Volksgruppe in der Stadt, doch durch die enge Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden hat dies zu einer positiven Entwicklung der Stadt geführt hat.

Serhij Lukanjuk



Haben Sie dafür Beispiele?

In den letzten 25 Jahren wurden fünf Nationalhäuser in Czernowitz für die fünf historisch hier anwesenden Gemeinden eröffnet. Außerdem gibt es hier das rumänische Generalkonsulat sowie ein österreichisches und ein deutsches Honorarkonsulat. An der Universität sind Zentren für deutsche, rumänische, jüdische und polnische Studien entstanden. Die Tätigkeit dieser Einrichtungen tragen dazu bei, die jetzigen Verhältnisse zwischen den Gruppen in der Stadt gemeinsam positiv und friedlich zu entwickeln.

Was ist der repräsentativste Ort in der Stadt für die ukrainische Gemeinde und warum ist dieser Ort besonders wichtig?

Meiner Meinung nach ist es etwas schwierig, solch einen Ort in der Stadt genau zu benennen. Die Altstadt von Czernowitz ist repräsentativ für die Stadt. Das gilt aber für die ukrainische, rumänische, jüdische, deutsche und polnische Gemeinde gleichermaßen. Jede Gemeinde hat ihre Spuren in der Stadt hinterlassen, jede Gemeinde versucht derzeit, ihre Tradition und Kultur zu bewahren, und das hält den multikulturellen Geist der Stadt am Leben. Czernowitz ist Bukowina und Bukowina ist Czernowitz.

Wie wirkt das multikulturelle Erbe von Czernowitz über die Stadt hinaus?

In kleineren Städten der Bukowina wie Radautz auf der rumänischen Seite oder Storoschynez auf der ukrainische Seite ist der multikulturelle Geist nur ein architektonischer Schatten dessen geblieben, was er vor 100 Jahren war. Die künstliche Grenzziehung zwischen Rumänien und der Ukraine hat der historischen Region Bukowina wirtschaftlich und kulturell geschadet. Im Norden der Region dominieren die Ukrainer, im Süden die Rumänen. Seit Jahrzehnten trennt eine künstlich gezogene Linie die Großstadt Czernowitz im ukrainischen Norden der Region Bukowina von den kleineren Städte im rumänischen Süden der Region.

Welche Auswirkung hat die Grenze zwischen Rumänien und der Ukraine auf die Region?

Die Infrastruktur der Region ist mehr oder weniger die gleiche wie vor hundert Jahren geblieben. Es gibt nur einen Grenzübergang, wo man meistens Stunden stehen muss, bevor man auf die andere Seite kommen kann. Verschärft hat sich die Situation durch den Krieg in der Ukraine. Die Kontrollen dauern länger. Diese Trennung schadet der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze.

Das Jüdische Museum in Czernowitz



Heimat ist für mich nicht nur der Ort, wo wir geboren wurden und wo unsere Familie und Freunde leben. Heimat ist für mich die Wurzel aller Interessen, Ideen und Leidenschaften, die uns miteinander vereinen. Heimat ist die gemeinsame Geschichte, die Kultur, die Volkstracht jedes Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion oder den politischen Ansichten. Was zählt, ist das Gefühl der Zugehörigkeit.

Ana Maria Ioana Lupășteanu studiert im Master Geschichte an der Universität Alexandru Ioan Cuza Iași, Rumänien

Aus dem Ort, den ich Heimatstadt nenne, wollte ich eigentlich immer nur weg. Seit ich 2009 Plauen den Rücken kehrte, habe ich in sechs Städten in fünf verschiedenen Ländern gelebt. Was auf fast alle zutrifft: Sie liegen im Osten. Und mit Osten meine ich Ostdeutschland, Estland, Georgien, Kasachstan. Mit Heimat verbinde ich weder Plauen noch die anderen Städte, aber das brauche ich auch nicht. In Tartu und Almaty fühle ich mich „zuhause“, was vor allem an den Menschen dort liegt. Und wer sagt denn, dass Heimat gleich ein Ort sein muss?



Othmara Glas, geboren 1991 im sächsischen Plauen, hat in Rostock, Tartu und Tbilisi Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Osteuropa studiert. Seit 2017 arbeitet sie als Redakteurin bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung (DAZ) in Almaty, Kasachstan.



Der Euromaidan -

Identität zwischen dem Eigenen und dem Fremden

Dorothee Theresa Adam, Berlin/Frankfurt (Oder)

Wer kommt mit zum Maidan? Mit diesem Aufruf startet der Journalist Mustafa Najem über Facebook am 21. November 2013 die Protestbewegung Euromaidan in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Zuvor ließ der damalige Präsident Viktor Janukowytsch die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union platzen. Seine Entscheidung war die Initialzündung, welche die Massenproteste auf dem später benannten Euromaidan entfachte.

Najems Aufruf folgen mehrere tausend Menschen, die friedlich für die Annäherung der Ukraine an die EU demonstrieren. Auf dem Euromaidan in Kiew herrscht ein kunterbuntes Treiben: Menschen in traditioneller Kosaken-Kleidung, Menschen, die sich wahlweise mit der EU-Flagge oder der ukrainischen blau-gelben Flagge umhüllt haben,

Studierende, Veteranen des Afghanistan-Krieges, Mitglieder der LGBT-Gemeinde und viele freiwillige Helfer*innen, die sich an unterschiedlicher Stelle organisiert und zusammengeschlossen haben. Sie alle beziehen auf dem Euromaidan Position gegen die Politik des Präsidenten Viktor Janukowytsch.

Von Kiew aus greifen die Proteste bald auf das ganze Land über und verändern sich im Laufe der Zeit von zuerst friedlichen Protesten hin zu teilweise kriegsähnlichen Zuständen. Zwei Lager stehen sich gegenüber und scheinen nicht miteinander vereinbar: Pro-europäische Aktivist*innen auf der einen und pro-russische Aktivist*innen auf der anderen Seite. Oder anders gesagt: Der Euromaidan – und ihm gegenüber der Antimaidan. Doch was tragen diese beiden sich gegenüberstehenden Pole zur ‚ukrainischen‘ Identität bei? Dieser Frage soll mithilfe

des Essaysammelbandes „Euromaidan – was in der Ukraine auf dem Spiel steht“ von Juri Andruchowytch auf den Grund gegangen werden.

In dem sehr von persönlichen Eindrücken auf die Geschehnisse geprägten Essayband kommen Menschen unterschiedlicher Couleur zu Wort. Der Band umfasst literarische und politische Essays aus der Zeit der Proteste von November 2013 bis März 2014. Damit ist er auch ein zeithistorisches Dokument, welches neben bekannten ukrainischen Autor*innen auch Künstler*innen, Journalist*innen, Historiker*innen, Übersetzer*innen und Nationalismus- und Rechtsradikalismus-Forscher*innen unterschiedlicher Herkunft ein Forum bietet. Dies eröffnet dem Lesepublikum einen individuellen, durch Vielfalt und unterschiedliche Perspektiven der Sprecher*innen geprägten Blick auf die Situation auf dem Euromaidan. Die zum Teil sehr persönlichen, an Tagebucheinträge erinnernden Essays spiegeln die Wahrnehmung der auf dem Euromaidan agierenden Akteur*innen sowie das persönliche Eigenbild der Autor*innen wider.

Das Eigene und das Fremde

Die durch Kleidung nach außen ausgedrückte Performance vermittelt dem Publikum einen ‚ersten Eindruck‘, der eine bestimmte Vorstellung des Anderen – dem Antimaidan – entstehen lässt. Der erste Eindruck beruht auf den offensichtlichen, direkt sichtbaren Merkmalen und der daraus entstehenden Zuordnung zu bestimmten Stereotypen und Klischees. Die Gefahr des ersten Eindrucks liegt jedoch in der Stereotypisierung: es bei einem ersten Eindruck zu belassen – ohne zu hinterfragen, kritisch zu sein oder jede gegebene Informationen als geltende Wahrheit zu betrachten.

Die Imagologie greift als wissenschaftliche Disziplin die Problematik der Abgrenzung zwischen dem Eigenen und dem Fremden auf. Das Eigenbild wird dabei in der aktuellen Forschung als „bildhafte, auf nationale (sprachliche) Entitäten bezogene Vorstellungen, die Individuen und Gruppen von Individuen (ethnische Gruppen, Völker, Nationen) von sich

selbst entwickeln [...] und objektivieren“ definiert (Mehner 1997: 41). Die in den Essays gegebenen Darstellungen werden als etwas der Kultur oder Ethnie Eigenes angesehen. Die Definition des Fremden findet über die Definition des Eigenen statt. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass die Imagologie keinen Wahrheitsanspruch an die Bilder erhebt, sondern vielmehr diese sichtbar machen will. Sie beschäftigt sich mit der Entlarvung ideologisch aufgeladener Zuschreibungen und Wahrnehmungen anderer Länder, Kulturen und Menschen – ergo dem Bild des anderen Landes (Fremdbild) in der Literatur (vgl. Dyerinck 2003: 27). Dabei geht es der Imagologie darum, durch das Kennenlernen des Fremden sich über das Eigene bewusst zu werden und durch das „vertraute Fremde“ mögliches Konfliktpotenzial zu verringern. Schauen wir uns Andruchowytchs Essaysammelband unter diesen Merkmalen genauer an.

Euromaidan vs. Antimaidan

Zunächst scheint es, als ließen sich zwei Kategorien voneinander abgrenzen: Der Euromaidan, der das Eigenbild wiedergibt und mit dem sich die zu Wort kommenden Autor*innen identifizieren und der Antimaidan, der stellvertretend für alles dem Euromaidan Zugehörige steht, dem Fremdbild.

Der Antimaidan gilt als eine von den Machthabern initiierte „scheinbar unabhängige Bewegung gegen die westliche Verschwörung und den Umsturz“ (Mishchenko/Andruchowytch 2014: 26). Der „kommerzielle und korrupte Antimaidan war eine der ersten Reaktionen auf den Maidan“, so die ukrainische Übersetzerin und Autorin Kateryna Mishchenko, und „funktionierte nach den altbewährten Methoden: Bezahlte Gelegenheitsarbeiter und Angestellte staatlicher Einrichtungen, Lehrerinnen und Lehrer und Studierende diverser berufsbildender Lehranstalten, denen mit ihrem Rauswurf gedroht worden war, wurden nach Kiew gebracht, um für Janukowytsch zu demonstrieren“ (Mishchenko/Andruchowytch 2014: 27). Die Regierung nutzt die sich in einer Notlage befindenden Menschen aus, indem sie ihnen Geld bietet oder ihnen droht, wenn sie nicht zum



Antimaidan gehen. Janukowytsch scheint mit allen Mitteln darum bemüht, dem Euromaidan und allem, was damit zusammenhängt, ein Ende zu bereiten.

Im Gegensatz dazu wird der Euromaidan als „Agora und Grabstätte“ beschrieben (Mishchenko/Andruchowytsch 2014: 21), auf dem „Vasallen gegen Feudale, Mittelklasse gegen Regierende, Volk gegen Willkür der Macht, Arbeiter gegen Korruption“ antreten (Petrowskaja/Andruchowytsch 2014: 45). Die Euromaidan-Aktivist*innen bilden einen „utopischen Widerstand“ (Petrowskaja/Andruchowytsch 2014: 45), der sich aus einem „gesteigerten Gerechtigkeitsgefühl“ nährt (Petrowskaja/Andruchowytsch 2014: 45). Der Euromaidan nimmt der Hauptstadt Kiew den Kontrast zwischen „teuren Cafés und Boutiquen und den Randgestalten“ (Petrowskaja/Andruchowytsch 2014: 30). Er ist der euphorische Aufbruch und Auftakt zu etwas Neuem, das Hoffnung gibt und die Ukraine sich neu erfinden lässt. Die Proteste durchbrechen die Vergangenheit, die geprägt ist von Hoffnungslosigkeit und innerer Emigration und lassen so auf ein besseres Leben hoffen. Der Euromaidan wird als ein Ort beschrieben, der von gegensätzlichen Gefühlen überlagert ist: Einerseits die Enttäuschung über das Verhalten der EU, andererseits der Stolz „Europa selbst radikal in Frage gestellt“ zu haben (Prochasko/Andruchowytsch

2014: 118). Einheit und Gemeinsamkeit auf dem Euromaidan gehen durch alle Bevölkerungsschichten, ob Obdachlose, die Intelligenzija, Studierende oder die LGBT-Gemeinde: Hier sind alle willkommen. Der Euromaidan ist eine Bürgerbewegung, die aus einem gesteigerten Gerechtigkeitsgefühl entstanden ist – daher wird er auch als ‚Revolution der Würde‘ bezeichnet (vgl. Andruchowytsch 2014: 45, 70).

Doch unter der Oberfläche des gescheiterten Assoziierungsabkommens brodelt es: Die Euromaidan-Proteste lediglich als Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern*innen und den Gegnern*innen des EU-Assoziierungsabkommens zu sehen, ist zu einfach. Es geht „nicht mehr um die EU-Integration, sondern um unser Land, unsere Bürgerechte und um die Verantwortung für unsere Zukunft“ (Zhadan/Andruchowytsch 2014: 66) – es geht um die Definition einer ‚ukrainischen‘ Identität.

Der Euromaidan - oder die ‚Geburt eines neuen Vaterlandes‘?

Die aus den beiden sich gegenüberstehen Polen hervorgehende Unsicherheit über die eigene, vermeintlich homogene Identität der Ukraine führt zu Konflikten. Euro- wie Antimaidan beanspruchen die ukrainische Identität und was darunter verstanden werden soll, für sich. Die Journalistin und Schriftstellerin Tanja Maljartschuk vermisst „zarte Triebe der Identität“ und findet im Gegensatz dazu nur „Scham und Hass“ (Maljartschuk/Andruchowytsch 2014: 84). Auch auf internationaler Ebene wird die Ukraine als „keine vertrauenswürdige Nation [und] unfähig zu eigener Staatlichkeit“ dargestellt (Prochasko/Andruchowytsch 2014: 128). Zu jeder Zeit in der Geschichte wurde die „ukrainische Subjektivität [...] routinemäßig ignoriert“, jedoch war das Ziel der Revolution, „endlich die Subjektivität zu erringen, sich Wertschätzung und Achtung zu verschaffen für die Entscheidung, man selbst zu sein und die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen“ (Prochasko/Andruchowytsch 2014: 129).

Die Darstellung des Eigenbildes der Ukraine macht eine Entwicklung durch: Vom Land, das für Korruption und Kitsch bekannt ist – an welches die eigenen Bewohner*innen nicht mehr glauben und dessen Name gar als Schimpfwort benutzt wird, ohne Ansätze von Identität und eigener Subjektivität – hin zu einem Land, das seine Ehre wiederentdeckt. Der Euromaidan war nur der Anstoß, nach einer eigenen Identität zu suchen und ein Subjekt zu werden, mit dem gesprochen wird anstatt über es zu sprechen. Der Euromaidan führt dazu, dass sich das Land auf sich selbst und die eigene Stärke besinnt und die eigene Ehre entdeckt, womit jedoch auch „viel Bitteres“ einhergeht (Petrowskaja/Andruchowytsch 2014: 49).

Der Essaysammelband, die darin schreibenden Autor*innen, die Textform des Essays, die Theorie der Imagologie – sie alle befinden sich ‚dazwischen‘ – handeln grenzüberschreitend. Auch die vorgenommene Zuordnung von Euro- und Antimaidan: In den Essays werden immer wieder Szenen der Annäherungen zwischen den Aktivist*innen beider Gruppen

beschrieben. Immerhin verfolgen beide das gleiche Ziel: nämlich eine einheitliche ukrainische Identität zu erschaffen.

Im Kampf um eine homogene Identität gibt der Sammelband in fünfzehn Essays dezidierte, persönliche Eindrücke. Die Autor*innen schildern unmittelbar nach den Ereignissen ihre frischen Erinnerungen sowie ihre persönlichen inneren Kämpfe und eröffnen dem Lesepublikum einen Blick durch ihre Augen auf die Ereignisse. Von direkten Erinnerungen in Tagebuchform entwickeln sich die Essays hin zu Hintergrundberichten, die sowohl über das Parteiensystem als auch das ukrainische Verhältnis zur EU und zu Russland informieren. Trotz der ausgewählten Autor*innen, die sich zum Euromaidan-Spektrum zugehörig fühlen, wird dem Lesepublikum ein umfangreicher Ein- und Überblick über den Euromaidan, und was in der Ukraine auf dem Spiel steht, dargeboten.

Juri Andruchowytsch (2014): *Euromaidan - Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*, Suhrkamp, 207 Seiten, 14 €.

Literaturverzeichnis

Andruchowytsch, J. (Hgg.): *Euromaidan - Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*. Frankfurt: Suhrkamp 2014.

Dyserinck, H.: „Komparatistische Imagologie und ethnische Identitätsproblematik“. In: Schubert, G.: *Bilder vom Eigenen und Fremden aus dem Donau-Balkan-Raum. Analysen literarischer und anderer Texte*. München: Südeuropa Gesellschaft 2003, 15-36.

Mehnert, E.: *Imagologica Slavica. Bilder vom eigenen und dem anderen Land. Studien zur Reiseliteratur- und Imagologieforschung*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1997.



Sarajevo im Jahr 2000

Per Sachsen-Anhalter durch die jugonostalgische Galaxis

Ein essayistisches Mosaik von flüchtigen Heimaten

Juliane Rahn, Sarajevo

„Ich bin sehr skeptisch bei allen Versuchen, Handlungen [...] immer schon zu kollektiven Identitäten zu erklären. (Carolin Emcke, 2018)

Die Sache mit mir und meinen flüchtigen Heimaten im postsozialistisch *queeren* Nirgendwo irgendwo zwischen Stendal und Sarajevo war so: Ich hörte Musik, ging spazieren und las in alten wie in neuen Räumen ephemere Zeiten, um mich in meiner dynamischen Situiertheit zu akklimatisieren. Ich bin nämlich sehr skeptisch bei allen Versuchen, Heimaten immer schon zu kollektiven Identitäten zu erklären. Denn wo sollten diese vermeintlichen Heimaten bei mir und wahrscheinlich auch bei anderen eigentlich anfangen – worin sich artikulieren, wo aufhören

oder sogar flüchtig werden? Fangen sie in einer altmärkischen Kleinstadt in der ehemaligen DDR an – und verflüchtigen sie sich in der postjugoslawischen Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina? Wer ich hier und dort bin (und falls ja, wie viele), fühlt sich während längerer Abwesenheiten beziehungsweise Anwesenheiten gelegentlich an wie ein Dominospiel, meistens jedoch wie ein nomadisches Memory in *locomotion*. Stadtpaziergänge in meiner neuen „Wahlheimat“ gleichen jedoch nicht nur einer Reise durch die lokale Weltgeschichte, sondern auch einem performativen Mosaik von persönlichen Erfahrungen: Auf den Weg machte ich mich also, meinen Sinneseindrücken in Sarajevo folgend, per Sachsen-Anhalter durch die jugonostalgische Galaxis.

„Yugoslavia is long gone; in its place a Yugosphere is emerging.“

(Tim Judah, 2009)

„You are entering the yugosphere now“, steht auf meinem Spiegel geschrieben, auf drei Sprachen: Englisch, Deutsch, Serbokroatisch. Während die tägliche Dosis an simultaner Mehrsprachigkeit durch meinen Kopf und deutsche Heimatkunden als Verkehrsmeldungen im Radio rauschen, putzt sich Peter Schillings *Major Tom* die Zähne – und ich glaube mich an eine Schlagzeile zu erinnern: dass Tito eigentlich der erste Mensch auf dem Mond gewesen sein soll. Oder so ähnlich (vgl. Barlovac 2012). *Spaceship Yugoslavia* hieß passend dazu eine Ausstellung in Berlin vor ein paar Jahren, die sich jedoch postjugoslawischer Nachwehen in künstlerischen Gegenwarten widmete (vgl. NGBK 2011). Als Tito, der den transnationalen sozialistischen Staatenbund vierzig Jahre im Alleingang-Einklang mit dem blockfreien „Dritten Weg“ seiner kommunistischen Partei zusammenhielt, 1980 starb, fühlte sich das zunächst weniger als *The Suspension of Time* (ebd.) an. Was als melancholisch-neugierige Odyssee im post-titoistischen Weltraum der 1980er Jahre begann, endete, vereinfacht ausgedrückt, in einem sozioökonomischen Kollabieren und ethnopolitischen Implodieren der jugoslawischen *Zone des Übergangs* (Buden 2009) zu einer Mehrparteiendemokratie (vgl. Calic 2016: 566ff.). Ich betrachtete im Fernsehen die Bilder dieser Systemkrise und ihres Ausgangs, den wir, zumindest in seinen medialen Repräsentationen, alle kennen. Ich war zehn Jahre alt, als mein Geografielehrer die Europakarte ausrollte und auf Bosnien und Herzegowina zeigte: „Nur zwei Flugstunden von uns entfernt ist Krieg“. Geflüchtete gab es in Stendal damals nicht und ich kam nicht weiter mit den Ereignissen in Berührung. Dass ich mich zwei Jahrzehnte später in diese „Jugosphäre“ aufmachte und lernte, wie es sich anfühlt, täglich über Granateneinschlaglöcher zu laufen und Einschusslöcher zu betrachten, konnte ich damals noch nicht einmal erahnen. Mir fiel dieser Erinnerungsfetzen erst wieder ein, als ich vor Kurzem das War Childhood Museum in Sarajevo besuchte. Dort sah ich Spielzeug wie zum Beispiel Barbiepuppen

und Figuren aus Überraschungseiern, mit denen ich Anfang der 1990er Jahre mehr und *scheinbar* genauso beschäftigt war, wie meine Altersgenossen in der belagerten Stadt „nur zwei Flugstunden entfernt“.

„Sa-ra-jee-voo-oo-oo!“

(Calic 2016: 554)

Wie *Major Tom* landete ich „völlig losgelöst“ von all diesen Erinnerungen in der bosnischen Hauptstadt – ich, die 1984 genau eine Woche vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele geboren und deren heimlicher Kosenamen wohl „Vučko“ gewesen wäre: das Wölfchen (wie das gleichnamige Maskottchen von Sarajevo 84). Das sportliche Wölfchen sang den Stadtnamen wie ein muslimisches Adhan und sein vertontes „Sa-ra-jee-voo-oo-oo!“ schallte weltweit auf allen Kanälen. Im Sarajevo der Gegenwart singen die Muezzins weiterhin. Doch schweigen die grauen Olympiabauten mit ihrem spätsozialistischen Charme – wie vor Trauer um die einstigen Friedensspiele, welche weder die damaligen Konflikte im Nahen Osten schlichteten noch den Zerfall Jugoslawiens aufhalten konnten. In der ehemaligen Olympiastadt finde ich mich inmitten von Birken wieder, die mich einerseits an meinen Geburtsort, andererseits an den botanischen Realsozialismus erinnern: Der hat seine Wurzeln bis auf alle Ewigkeit geschlagen und kein internationalistisches (alt) beziehungsweise globalisiertes (neu) „Baumanagement“ wird das vorläufig ändern. Die sozialistische Flora im *urbanen* Raum, jedenfalls, scheint keine Blöcke gebildet zu haben, und die Sache mit der blockfreien Bewegung der Birken ist wie verhext. Von Sarajevo bis ans Weiße Meer: Birken. Zwischen durch ein paar vereinzelte Kiefern für die Elstern aus meinem Kinderfernsehen und ein paar von diesen Zimmerpflanzen, die mittlerweile nicht mehr nur in ukrainischen Behörden, sondern auch in hippen Berliner Einraumwohnungen wachsen – und natürlich auch in keinem öffentlichen Gebäude in der bosnischen Hauptstadt fehlen dürfen.



Während die einen Mitarbeiter der Nationalbibliothek zur jazziger Fahrstuhlmusik aus den 1960er Jahren, die mich an jugoslawische Versionen von englischsprachigen Welthits erinnern, Listen führen und rauchen, pflegen die anderen das postjugoslawische Interior mit viel Herzblut. Alle sind immer früh beschäftigt und bei diesem morgendlichen Beschäftigtsein allerorts fällt mir der schräg-exklusive ehemalige Werbespruch für das Bundesland Sachsen-Anhalt ein: „Willkommen im Land der Frühaufsteher“. Wenn ich um vier eine Kaffeepause mache, machen alle bereits genauso beschäftigt Feierabend, eine frühe Rushhour wie in Stendal. Sarajevo-oo-oo, magst du endlich auch einen neuen Werbespruch wie dieses Bundesland zuhause haben?

Grbavica

Apropos „Sa-ra-jevo-oo-oo!“ als Muezzinrauschen, dieses musikalische Lokalkolorit. Wenn die Kirchenglocken läuten, weiß ich, dass Sonntag ist. Den ersten Tag nach der Zeitumstellung frage ich mich, ob selbst die Muezzins durcheinandergekommen sind, da sie anstatt 12.00 erst 13.00 Uhr zum Mittagsgebet rufen. Ist zu spät jetzt auch schon zu früh und was würde Rainald Grebe dazu sagen, der in seinem Lied über Sachsen-Anhalt über das reklamierte Frühaufstehen räsoniert? Ich wohne jetzt im Stadt-

teil Grbavica, wo früher der städtische Schlachthof war. Das Schlachthaus entstand, folgt man einem Stadtplan von 1882, nachdem Bosnien und Herzegowina 1878 Teil von Österreich-Ungarn wurde (vgl. Sundhaussen 2014: 169ff.): Das Schlachthaus galt als Sarajevoer Variante einer habsburgischen Urbanisierung, die das ausgehende 19. Jahrhundert, in dem die europäische „Great Separation“ of human residence from animal production“ (Atkins 2012: 2) begann, bezeugte. Geschlachte Tiere erst als periphere Nachbarn und dann aufs Brot oder bosnisch: ins Brot. Gäbe es den Schlachthof heute noch, könnte ich von meinem 16. Stock aus beim Schlachten zuschauen – oder zumindest das riechen, wonach es riecht. Heute riecht Sarajevo in der warmen Jahreszeit jedoch nach Čevabdžinica (den Kantinen, die Čevapi servieren), Pekara (den Bäckereien, die neben Brotwaren bosnische Pita verkaufen) und Shisha, in der kalten Jahreszeit gesellt sich noch der Geruch von Smog dazu.

Auf meinem Schulweg in Stendal lag früher wirklich ein Schlachthaus, das man zwar nur hinter grauen Fassaden vermutete, doch roch: diesen rohen Blutgeruch halb acht Uhr morgens. Zurück in Grbavica weiß ich nicht, was die beiden Weltkriege aus dem Schlachthaus machten, doch entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg hier die ersten sozialistischen Wohnblöcke, für die der Stadtteil bekannt ist. Mich

zog es hierhin, gleich an den Fluss (Miljacka), obwohl es viele der sogenannten „international community“ eher in die Mahalas zieht, die osmanisch geprägten Stadtteile in den Berghängen nahe der Altstadt (Baščaršija). Als thirtysomething liberaler Theaterökopostpunk ist mir das zu retro-romantisch und als pragmatische Spaziergängerin zu anstrengend. Ich verstehe Sarajevo lieber von meinem Plattenbau im sozialistischen Stil aus, der – wenn ich die sechzehn Stockwerke hinunterlaufe und die Namensschilder betrachte, immer noch Jugoslawien im Kleinen verkörpert. Zwischendurch lächelt mich die Fußmatte „HOME“ an, bellt auf halber Strecke ein Hund namens „Twist“ („wie der Tanz“) und steht ganz unten „Jugo“ als Name am Postkasten. Jemand fragt mich, ob der Fahrstuhl kaputt ist. Nö.

YU and me

Jugonostalgie ist für mich als „intimate outsider“ (Jestrovic 2013: 3), der als neutraler Beobachter immer mittendrin und live dabei ist, kein sentimentales „Spektakel“. Jugonostalgie bedeutet für mich ein bisschen Zukunft, wenn ich Versatzstücke von seinen „sieben S-Werten“ – Solidarität, Sicherheit, Stabilität, Soziale Inklusion, Sozialibilität, Solidität/Seriosität, Selbstachtung (Marković 2007) – im öffentlichen und privaten Raum in Sarajevo erlebe, die ohne einen starken Führer (Vergangenheit) und Formen der re-politierten Homogenisierung (Gegenwart) funktionieren. Versatzstücke eines freiheitlich-demokratischen Handelns, das viele bosnische Nichtregierungsorganisationen als „Selbstverwaltung“ empfinden, jener jugoslawische Gründungsmythos und wohl der achte nostalgische Wert, und sie als Praxis gegen die strukturelle Diskriminierung wiederbeleben möchten. Das fühlt sich dann nicht nur ein bisschen nach zuhause, sondern auch nach diesem politischen Sehnsuchtsort einer geflüchteten – oder doch flüchtigen – Heimat an.

„Jesi li naša?“

Ob ich von *hier* komme, werde ich gefragt, als ich dann doch einmal den Fahrstuhl nehme. Die Frage irritiert mich jedes Mal von Neuem sehr, nicht nur, weil ich geduzt werde und weil sie so privat in Momenten ist, in denen ich eigentlich nur anwesend

bin. Doch so lautet die Frage wortwörtlich übersetzt: „Bist du unsere?“ oder übertragener „Gehörst du zu uns?“ Diese Frage, die völlig normal und politisch auch meistens nicht verdächtig ist, empfinde ich als so faschistisch wie die Feststellung, dass ich am liebsten Hunde mag, die mir ähneln. Nachdem ich mich lächelnd beruhigt und den Bluttest verweigert habe, sind wir meistens schon im Erdgeschoss. Ich bin auch immer die einzige, die beim Yoga den nach vorne ausgestreckten rechten Arm vermeidet und den esoterischen Kerzenständer mit Swastika wondrous hinstellt. Auch der Ausblick auf die mit Kopftuch joggenden Frauen vor der ehemaligen Evangelischen Kirche gegenüber, die zur Kunstakademie und einem autorisierten Apfelverkäufer umgebaut wurde, scheint hier völlig normal. Für mich sind das jedoch Eindrücke, bei denen ich hängenbleibe und die ich kurz verdauen muss, weil sie mich auf meine „Herkunft“ zurückwerfen. Wenn ich gefragt werde, *woher* ich komme, antworte ich wahlweise mit dem de facto „aus Sarajevo“ oder mit „aus einem Land, das es nicht mehr gibt“, am liebsten jedoch mit der Gegenfrage: „Woher kommst *du*?“ Vielleicht beruht auf diesen wiederholten Erlebnissen meine Unfähigkeit, die serbokroatischen Wörter „strankinja“ [Ausländerin] beziehungsweise „stranac“ [Ausländer], „stranka“ [Partei] und „stranica“ [Seite] auseinanderzuhalten. Am International(istisch)en Frauentag bekomme ich deshalb auch kein Heimweh als „djevojka“ [Mädchen], wie mich hier viele ob oder gerade trotz meines Alters anreden, sondern Fernweh als „čovjek“ [Mensch] – und schenke mir zur meditativen Ablenkung selbst ein paar Blumen. Ich laufe an der Tito-Statue von Antun Augustinčić vor der Universität vorbei; selbst Tito schenkte heute jemand eine rote Rose, doch er schaut wie immer zu Boden.

Sonntage

Sonntags spaziere ich die Vilsonovo Šetalište am Ufer der Miljacka entlang, die nach dem amerikanischen Präsidenten Wilson benannte „Promenade“ gleich auf der anderen Seite von Grbavica. Das haben schon einige vor mir gemacht: Franz Ferdinand vor und irgendwelche mir unbekanntes „ersten Jugoslawen“ nach dem Ersten Weltkrieg, die Ustaša dann zwar auf derselben, jedoch nach Mussolini benannten Straße während des Zweiten Weltkrieges



und Tito auf der Promenade der Jugend (Omladinsko) nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist also nichts Besonderes für einen Sonntag in Sarajevo, mittlerweile machen das alle, je nach Wetterlage wahlweise im Nebeldunst mit verbrannten Maronen oder im Sonnenschein mit salzigem Popcorn. Oft mit Minihund in Kostümchen. In Gedanken entführe auch ich manchmal einen verschlafenen Straßenhund, der am Wegesrand in der Sonne döst, und setze ihn am Ende des Spaziergangs wieder aus.

Die Straße ist an Sonn- und Feiertagen für Autos gesperrt. Auf dem Mittelstreifen balanciere ich also vorbei an von Ruß bedeckten Klimawandelbäumen, deren kahle Kuppen von verschiedenen Clans von Krähen besiedelt werden: Diese kosmopolitischen Überlebenskünstler haben ihre eigenen bosnischen Mikro-Entitäten ausgerufen, so auch die fetten Tauben, hüpfenden Spatzen und vom Winde im Fluss verwehten Enten. Manchmal verirrt sich eine Möwe im städtischen Gewässer, was irgendwo zwischen Weihnachtsdekoration und Minaretten gar nicht mehr auffällt. So wie ich.

Vorbei flaniere ich an den United Nations, der türkischen Botschaft in Übergröße und dem Tito-Café. „Mi smo Titovi“, „Wir sind Titos Pioniere“ steht dort am Eingang. Im Hintergrund der Avaz-Turm nebst amerikanischer Botschaft und dem Holiday Inn, gegenüber die zerschossenen Plattenbauten von Grbavica und vor mir ein bisschen Kunstkritik von Nebojša Šerić-Šoba: eine Dose für die begrabene

internationale Gemeinschaft, die jetzt sogar „100% organic“ ist. Also beide. Wenn man Bosnien und Herzegowina mit dem Blick auf eine bosnische Zigarettschachtel mit ihren drei in den meisten Fällen identischen Gesundheitshinweisen auf B(osnisch), K(roatisch) und S(erbisch) versteht, dann ist die Vilsovano Šetalište „Sarajevo in a nutshell“.

„Intimate Outsider“

Wer die Stadt, die oft ein wenig verrückt ist, nach einem solchen Sonntagsspaziergang noch immer nicht verstanden hat, schaut runter auf die Fußgängerwege oder wieder hoch an die Hausfassaden dazwischen. Das ist plötzlich kein *war tourism* mehr, sondern ein Stück Sonntagsheimat zum Frühstück. Bei Versuchen, den vergangenen Krieg und die Belagerung von 1992 bis 1995 in der Gegenwart nicht mehr wahrzunehmen und die Stadt auf andere Sinneseindrücke zu reduzieren, stolpere ich oft über deren konkrete Überbleibsel. Ich hatte mir eine Zeitlang eingebildet, dass ich nur so nicht mehr „international“, sondern irgendwas zwischen hier, da und dort werden könne: Ein „intimate outsider“, der mehr als ein Besucher weiß und miterlebt/e. Ein empathischer Beobachter, der die Sprache spricht, sich im Raum bewegen und viele, jedoch noch lange nicht alle Zeichen lesen kann (und wahrscheinlich nie wird). Ein eingeweihter Anwesender, der weder ankommen will noch ankommen muss, da er schon die ganze Zeit live mit dabei ist und mitdenkt – ohne sich richtig auf die Sache für immer einzulassen,

weil irgendwo noch ein anderes Zuhause wartet. An einem verschneiten Sonntag bin ich letztens jedoch auf einer gefrorenen Pfütze in einem Granateneinschlagloch ausgerutscht. Zur Erinnerung sind viele dieser Stellen rot markiert, vergleichbar mit Stolpersteinen in Deutschland. Vielleicht ist damals, irgendwo auf dieser Strecke, mein Entschluss gefallen, nur noch Halbmarathon zu laufen. Vielleicht ist damals aber vor allem mein Entschluss gefallen, diese Stadt mit offenen Augen anzuschauen – anstatt beschämt mit dem Blick eines Außenstehenden wegzugucken und sich die ganze Zeit vor den Erklärungen der anderen zu ducken.

Über die „Freiheit, frei zu sein“

(Hannah Arendt, 2018)

Auf dem Rückweg kaufe ich die bosnische Oslobodenje. Während mein Großvater gegen die jugoslawischen Partisanen kämpfte, lese ich sieben Jahrzehnte später diese ehemalige Partisanenzeitung. Sie heißt „Befreiung“ und erscheint nach wie vor in Sarajevo. Zur Feier des freien Tages, dem Sonntag, kaufe ich manchmal eine Schachtel Zigaretten zum Frühstück. Sonntagszigaretten, zumindest ihr Kauf, ersetzen meine Sonntagsbrötchen, die ich selbst an Werktagen vermisste. Den Duft von frischen Brötchen und Kaffee, dazu das Gefühl von Ausgeschlafensein und eine viel zu dicke Zeitung, das fühlt sich nach einem Sonntagsfrühstück wie zuhause an.

„tsiganizatsia tsiganizatsia come on, baby, this is what you need tsiganizatsia tsiganizatsia disko disko partizani“

(Shantel, *Disko Partizani*, 2007)

Folgt man der Einladung des Sängers Shantel, der den Balkan Beat salonfähig machte, könnte der sogenannte *Internationale Kongress des Hedonismus* unsere „virtuelle Heimat“ werden (vgl. Drost 2018). Nicht wegen des Hedonismus oder gar der Partisanendisco, die der von ihm gegründete *Bucovina Club* für jeden bereit hält. Doch wegen dieser „tsiganizatsia“, die normative Heimaten fragmentiert und pluralisiert: Hier darf jeder sein, wer er möchte. Hier darf jeder sogar mehr sein, als die Zuschreibung einer kollektiven Identität, beispielsweise

aufgrund einer Herkunft, einer Angewohnheit oder einer Muttersprache, es jemals zuließe. Diese individuelle Durch- und Zulässigkeit von Identitäten provoziert. Wir können sie für unsere flüchtigen Heimaten adaptieren, die uns weiterziehen lassen: hin zu einem produktiven „Lob des Unreinen“ (Emcke 2017: 185), das Heimat nur als dynamischen Prozess und im queeren Plural kennt. Im performativen Dauerloop wendet sich diese „tsiganizatsia“ irgendwo zwischen Situietheit und *displacement* gegen identitätspolitische Vorstellungen des Homogenen, Reinen und Natürlichen (vgl. ebd. 107ff.). Identity politics is over? Error, major, error. Denn nicht nur in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, sondern auch in Mitteleuropa werden Facetten des „Das darf man wohl noch sagen dürfen!“ wieder mehr als Küchenanekdoten und prägen politische Debatten – und realpolitische Entscheidungen. „Tsiganizatsia“ beschreibt jedoch, wie Individuen sich als „intimate outsiders“ an unterschiedlichen konkreten Orten und durch unterschiedliche metaphorische Orte gleichzeitig zuhause fühlen können. Heterogene Heimaten sind immer erst im Werden und verhalten sich vielleicht so zu ihren Regionen oder Ländern wie pazifistische Partisanen zu ihren vermeintlichen Zugehörigkeiten: als queere Fahnenflüchtige, also als unerwartet bis überraschende individuelle Erlebnisse, die zu Erfahrungen und auch zu Ritualen werden können. Heimat als „Anarhija all over Bašćaršija“, wie die bosnische Kultband Zabranjeno Pušenje 1984 sang? „Može“, gut möglich, wie die hiesige Universalantwort lauten könnte, aber *ohne* die Freiheitsrechte der anderen zu verletzen. Oder eben Heimat als „Sabotage“ einer kollektiven Identität, ein bisschen Beastie Boys zehn Jahre später? Vielleicht. Im Grunde jedoch den Spuren zukünftiger Weltraumkuriositäten folgend, die David Bowie einst beschrieb:

„Now it's time to leave the capsule if you dare [...] I'm stepping through the door And I'm floating in the most peculiar way And the stars look very different today“

(David Bowie, *Space Oddity*, 1969)



Literaturverzeichnis

Aguigah, René, 2018. „Es will doch niemand das Flirten untersagen“. Interview mit Carolin Emcke. In: *Deutschlandfunk Kultur*, 21. Januar 2018. http://www.deutschlandfunkkultur.de/carolin-emcke-zu-metoo-es-will-doch-niemand-das-flirten.974.de.html?dram:article_id=408821 (28.03.2018).

Atkins, Peter, 2012. *Animal Cities. Beastly Urban Histories*. Farnham u.a.

Arendt, Hannah, 2018. *Die Freiheit, frei zu sein*. München.

Barlovac, Bojana, 2012. „Hidden Yugoslav Technology ‘Sent America to Space‘“. In: *Balkan Insight*, 11. Januar 2012. <http://www.balkaninsight.com/en/article/hidden-yugoslav-technology-put-america-in-space> (28.03.2018).

Brunnbauer, Ulf, ed., 2007. *Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa*. Köln. Daraus insb. Marković, Predrag J. „Der Sozialismus und seine sieben ‚S-Werte‘ der Nostalgie“, 153-164.

Buden, Boris, 2009. *Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus*. Frankfurt am Main.

Calic, Marie-Janine, 2016. *Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region*. München.

Emcke, Carolin, 2017. *Gegen den Hass*. Bonn.

Jestrovic, Silvija, 2013. *Performance, Space, Utopia. Cities of War, Cities of Exile*. Basingstoke.

Judah, Tim, 2009. „Entering the Yugosphere“. In: *The Economist*, 20. August 2009. <https://www.economist.com/node/14258861> (28.03.2018).

Kurtović, Larisa, 2010. „Istorije (bh) budućnosti. Kako misliti postjugoslovenski postsocijalizam u Bosni i Hercegovini? [Die Zukunftsgeschichte/n (von Bosnien und Herzegowina). Wie den postjugoslawischen Postsozialismus in Bosnien und Herzegowina denken?]“. In: *Puls Demokratije*, 17. August 2010. <http://www.pulsdemokratije.ba/index.php?l=bs&id=1979> (04.01.2018).

NGBK, ed., 2011. *Spaceship Yugoslavia – The Suspension of Time*. Exh. cat. Berlin.

Petrović, Tanja, 2012. *Yuropa. Jugoslovensko nasleđe i politike budućnosti u postjugoslovenskim društvima* [Yuropa. Das jugoslawische Erbe und Zukunftsstrategien in postjugoslawischen Gesellschaften]. Belgrad.

Schlögel, Karl, 2003. *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München.

Sundhaussen, Holm, 2014. *Sarajevo. Die Geschichte einer Stadt*. Wien u.a.



Heimat ist für mich nicht einfach nur ein Haus mit einem Dach darüber. Es ist eine seelische Verfassung. Es ist ein Ort, wo du sein darfst, wer immer du bist. Es ist eine abstrakte Box, die Momente aufbewahrt: Der Geruch von Essen aus der Kindheit, Musik, die zu besonderen Anlässen in deinem Leben gespielt wurde. Zuhause ist dort, wo deine Erinnerungen und Gefühle mit dir mitwachsen.

Roman, 28, Tel Aviv. Er ist Freiberufler und Kameramann. Er wuchs in Usbekistan auf und lebt seit seinem 14. Lebensjahr in Israel.

Seit mindestens vier Generationen lebt und stirbt meine Familie in einem anderen Land als ihrem Geburtsland. Da ist Heimat für mich weder ein Land noch eine Stadt. Eher bin ich verwurzelt in einer Ortlosigkeit, die Verbannung, Deportation und Emigration entstehen ließen. Das russische Wort für Heimat, Rodina, drückt sehr gut aus, was für mich Heimat bedeutet: nämlich etwas, das einem vertraut ist und lieb. Und das ist meine Familie.

Irina Peter wurde in Astana, Kasachstan geboren und lebt seit 1992 in Deutschland. Sie studierte Literaturwissenschaften und arbeitet derzeit als freie Kommunikationsberaterin in Mannheim.



Albanien Ante Portas: Albanien hofft auf die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen

Kristi Vako, Tirana/Berlin

Albanien befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Reise in Richtung Europäische Union. Nachdem die Europäische Kommission am 17. April 2018 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen hat, hat Albanien nun auch von den Staats- und Regierungschefs grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bekommen. Von allen EU-Mitgliedern werden zwei Staaten im Beitrittsprozess eine Schlüsselrolle spielen: Deutschland und Griechenland.

Eine schwierige Reise

Vom Erfolg der Beitrittsverhandlungen hängt nicht nur die Zukunft des Landes, sondern auch die Zukunft der albanischen Regierung ab. Für jede albanische Regierung war klar, dass die Wählerinnen und Wähler Misserfolge in dieser Angelegenheit strafen würden. Der albanische Premierminister Edi Rama bezeichnete Europa sogar als Religion. Aber wer etwas so sehr liebt, begibt sich in Abhängigkeit. Im Falle Albaniens besteht diese Abhängigkeit nicht nur

gegenüber der EU als eine Entität, sondern gegenüber jedem einzelnen der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Aber das Interesse an Albanien ist nicht in jedem EU-Mitgliedsstaat gleich stark. Schlüsselrollen kommen Griechenland und Deutschland zu.

Albanien und Griechenland - zwei Nachbarstaaten

Griechenland und Albanien sind durch Handelsbeziehungen, kulturelle Bindungen, aber auch historische Konflikte, die bis heute andauern, verbunden. Tirana und Athen handeln zurzeit ein Abkommen aus, das nach Ansicht des griechischen Außenministers Nikos Kotzias sämtliche seit 70 Jahren bestehenden Probleme lösen werde. In dieser Situation ist das Recht Griechenlands, ein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien einzulegen, eine starke diplomatische Waffe gegenüber Albaniens Hoffnungen auf ein faires Abkommen für beide Seiten.

Der umstrittenste Diskussionspunkt zwischen Tirana und Athen ist die Aufteilung der Seegrenze in der Korfu-Saranda-Meerenge. Die Bedeutung dieses Verhandlungspunktes zwischen den beiden Regierungen ist nicht nur territorialer, sondern auch wirtschaftlicher Art. Feldstudien zufolge befinden sich dort Öl- und Gasreserven im Wert von mindestens 300 Milliarden Euro. Der Zugang zu diesen Ressourcen ist für beide Länder angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation besonders wichtig.

Trotz des albanischen Wunsches, dass sich Griechenland als Unterstützer eines EU-Beitritts präsentiert, und trotz der Überlegenheit Griechenlands in der Region, haben die bilateralen politischen Entwicklungen in den letzten Monaten gezeigt, dass ein Geist des gegenseitigen Verständnisses und der Achtung des Völkerrechts und des Prinzips der guten Nachbarschaft besteht. Die Entwicklungen der Beziehungen zu Griechenland werden in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle spielen und entscheidend dafür sein, ob die EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien eröffnet werden oder nicht.

Albaniens Regierung zu Gast in Berlin

Der 25. April 2018 war ein sehr wichtiges Datum für Albaniens Weg in die Europäische Union. Die beiden wichtigsten Persönlichkeiten der albanischen Regierung, Premierminister Edi Rama und Außenminister Ditmir Bushati, wurden in der deutschen Hauptstadt sowohl von der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel als auch vom Europa-Ausschuss des Bundestages empfangen.

Wenn Albanien Teil der Europäischen Union werden will, wird das wichtigste Wort wohl in Berlin gesprochen: Deutschland ist der führende Staat in der EU. Die mächtigste Wirtschaftskraft in Europa und die viertgrößte der Welt, die gleichzeitig der größte Geldgeber der Europäischen Union ist. Damit hat Berlin einen beträchtlichen Einfluss in der EU. Jede Entscheidung, ob groß oder klein, kann nicht ohne die Zustimmung Deutschlands erfolgen. Als größter Geldgeber Albaniens mit mehr als einer Milliarde Euro in den letzten zwei Jahrzehnten geht Albaniens

Weg nach Europa von Berlin aus. Das verleiht den offiziellen Besuchen aus Tirana in Berlin eine noch größere Bedeutung.

Im Europa-Ausschuss des Bundestages war der Premierminister Albaniens bei einer offiziellen Anhörung zum Beitrittsgesuch zu Gast. Geleitet wurde die Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden Günther Krichbaum, der für seine klaren Worte und sein Fachwissen unter den Ausschussmitgliedern geschätzt wird. Eines der Hauptthemen während der Ausschusssitzung war die in Albanien weit verbreitete Beteiligung hoher Beamter am internationalen Handel mit Suchtstoffen. Zusammen mit der verbreiteten Korruption stellt dieses Problem die größte Hürde für eine rasche Mitgliedschaft in der Europäischen Union dar. Deutschlands Hauptbedingung gegenüber Albanien ist die Bekämpfung der Korruption und der Ausschluss von verurteilten Beamten. Dies spiegelt sich im Engagement der Bundesrepublik für die erfolgreiche Umsetzung der Justizreform wider. Diese Reform ist ein Grundpfeiler bei der Bekämpfung der korrupten Justiz sowie hochrangiger Beamter und Politiker, die in kriminelle Handlungen verwickelt sind. Ohne die Hilfe und fortgesetzte Ermutigung durch die deutsche Regierung und die Unterstützung durch deutsche und europäische Experten wäre diese Bekämpfung nicht möglich.

Warum sollte Albanien Teil der EU sein?

Sollte Albanien überhaupt Mitglied der Europäischen Union werden? Dafür sprechen viele Gründe. Einige davon sind:

1. Albanien hat viele der Prioritäten der Europäischen Union umgesetzt, zuletzt die Justizreform. Sie wurde vom albanischen Parlament mit absoluter Mehrheit angenommen. Die Umsetzung trägt bereits erste Früchte im Rechtssystem: Dutzende von Staatsanwälten und Richtern haben ihren unwiderruflichen Rücktritt von ihren Ämtern erklärt, und gegen viele andere, einschließlich von Richtern des Verfassungsgerichtshofs, wurden Ermittlungs- und Entlassungsverfahren eingeleitet. Dies ist ein guter Anfang und nur ein Vorbote der vollständigen Reform des Justizsystems.



2. Die neue Chefanklägerin an der Spitze der Staatsanwaltschaft Arta Marku wird das Vertrauen der Bevölkerung und von Seiten der europäischen Partner in die Justiz stärken, dass gegen Politiker ermittelt wird und diese bestraft werden, sollten sie in kriminelle Angelegenheiten verwickelt sein. Auch die jüngsten Veränderungen in der albanischen Staatsanwaltschaft, wonach die Schlüsselpositionen von Personen besetzt wurden, die bisher als unbestechlich gelten, sind ein Zeichen dafür, dass ein Wandel im Justizwesen im Gange ist.

3. Albanien ist ein Stabilitätsfaktor in einer historisch fragilen Region. Aber in einer Zeit, in der außereuropäische Mächte wie Russland versuchen, die Balkanstaaten vom Weg in die Europäische Union wegzulocken, darf die Hoffnung, ein Teil der Europäischen Union zu werden, kein trügerischer Traum sein. Russland treibt die Balkan-Staaten auseinander durch das Erwecken nationalistischer Gefühle, durch Desinformation über Fake-News-Nachrichtenportale und die Unterstützung von religiösem Extremismus, aber auch durch unkonventionelle Maßnahmen wie Investitionen in den Tourismus. Doch 81% der albanischen Bevölkerung unterstützen eine EU-Mitgliedschaft. Daher ist eine klare europäische Perspektive nötig.

4. Als Nachfolger eines der ältesten Völker Europas, der Illyrer, sind die Albaner ein untrennbarer Bestandteil der Völkerfamilien im Mosaik der Europäischen Union. Die albanische Jugend ist im Geist und in Gedanken so frei wie jede andere Jugend in der EU. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Union wäre ein wichtiges Signal für die jungen Menschen in Albanien, die mit einer europäischen Bildung und Kultur dazu beitragen wollen, dass ihr Land wie andere in der EU prosperiert.

Ich wünsche mir, dass der Traum von Albanien, innerhalb der Europäischen Union gleichberechtigt zu sein, eines Tages Wirklichkeit wird. Die Frage ist, wann dieser Tag sein wird. Trotz der Probleme, mit denen Albanien auf dem Weg nach Europa konfrontiert ist, ist die in den letzten Jahren geleistete Arbeit zu würdigen, insbesondere die Umsetzung der Justizreform. Nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen werden auf Albanien weitere Herausforderungen warten, aber die Ankunft in der Europäischen Union wird jeden Verzicht belohnen.



Ich habe mehrere Heimaten und lasse mich nicht so einfach auf geografische Koordinaten reduzieren. Es ist eben nicht nur das Fleckchen Erde, auf dem wir zufälligerweise geboren wurden, das uns ausmacht. Auch nicht die Luft und die Pflanzenwelt, die uns dort umgibt. Es sind auch die Sprache, die Geschichten und die Träume, dieses kollektive Fluidum, in das wir eintauchen, die sichtbaren und unsichtbaren Zeichen, die uns prägen. Ich kann aus der Heimat fliehen, aber entkommen kann ich ihr nicht – sie ist in mir.

*Melitta Roth, 47, Hamburg,
gebürtig in Omsk*



Kosovo:

Da haben wir unseren Staat, lass uns von hier verschwinden!

Mevlyde Hyseni, Pristina

Über 50% der jungen Kosovaren wollen das Land verlassen (FES 2018). Die beliebtesten Migrationsziele sind die deutschsprachigen Länder, mit Deutschland als ersten Favoriten (Statistikagentur Kosovo 2014). Viele Jugendliche erlernen gezielt Berufe wie Kranken- und Altenpfleger und machen Sprachkurse, damit sie eine Chance auf dem europäischen Arbeitsmarkt haben. Vor allem Pflegeberufe sind zurzeit sehr angesagt, denn allen voran Deutschland, aber auch andere EU-Länder haben einen großen Bedarf an diesen Mangelberufen. Jährlich verlassen Tausende Mediziner und Ingenieure das Land, um ihr Glück im Westen zu finden. Der Brain-Drain ist enorm. Im Winter 2014-2015 erlebte Kosovo eine Massenemigration, die illegal über die sogenannte Balkanroute in die EU führte. Rund 100.000 Menschen, von insgesamt 1.9 Mio. Einwohnern, verließen damals das Land. Die Hauptgründe dafür waren einerseits Armut, andererseits die Perspektivlosigkeit, die die Menschen in Kosovo noch

heute spüren, zehn Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes und rund 20 Jahre nach dem Krieg mit Serbien.

Warum wollen die Kosovaren weg?

Korruption, Vetternwirtschaft und ein fehlender Rechtsstaat machen eine wirtschaftliche Entwicklung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen und würdigen Lebensperspektiven im Land geradezu unmöglich. Die EU-Rechtsstaatsmission in Kosovo (EULEX) sollte den neuen Staat dabei unterstützen, funktionierende Rechtsstaatsstrukturen aufzubauen, ist nach zehn Jahren Präsenz im Land aber gründlich gescheitert. Die Korruptionswahrnehmung in Kosovo ist immer noch so hoch, dass die Kosovaren, als einzige Bevölkerung in der Balkanregion, von der EU mit einem Visaregime

gestraft werden. Dabei hatten die Menschen nach dem Krieg und vor allem nach der Unabhängigkeit gehofft, dass die starke Präsenz der internationalen Gemeinschaft im Land ihnen helfen würde, einen demokratischen Staat aufzubauen.

Mittlerweile herrscht in der Bevölkerung ein Gefühl der Ablehnung durch die EU und des Eingesperrtseins im eigenen Land vor. Die Heimat, der Traum von Freiheit, Unabhängigkeit und einem besseren Leben, wofür die Kosovaren lange gekämpft hatten, hat sich zwanzig Jahre nach dem Krieg für einen Großteil der Bevölkerung in einen Alptraum entwickelt. Eine Heimat, die man am liebsten verlassen möchte. Und genau das tun viele, sobald sich eine Gelegenheit bietet. Die Arbeitslosenrate ist die höchste in Europa und liegt bei circa 35%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei circa 60%. Rund ein Sechstel der Bevölkerung lebt in extremer Armut mit unter 2 Euro pro Tag (International Monetary Fund 2018). Das Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps. In den öffentlichen Krankenhäusern mangelt es aufgrund von Korruption und schlechtem Management an Grundausstattung. Die privaten Einrichtungen sind für die meisten Kosovaren zu teuer. Diejenigen, die die nötigen Finanzen haben, lassen sich in den Nachbarländern wie Mazedonien oder Serbien medizinisch behandeln. Wer finanziell noch besser gestellt ist, reist in die EU und lässt sich dort versorgen. Eine öffentliche Krankenversicherung wird seit vielen Jahren diskutiert, existiert jedoch bis heute nicht.

Spielball Kosovo

Die von den sogenannten Kriegsherren wie Thaçi, Haradinaj und Co. dominierte Politik hat versagt, den Bürgern eine lebenswerte Perspektive im Land zu schaffen. Der Westen hat mit den vielen Organisationen, seinen Beratern und Hilfgeldern zu diesen Fehlentwicklungen im jüngsten Staat Europas beigetragen. Korrupte Politiker wurden von den westlichen Mächten und deren Vertretern nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern auch unterstützt, denn diese konnten für die oberflächliche Stabilität sorgen, der dem Westen in Kosovo und auf dem Balkan wichtiger ist als die demokratische Entwicklung und das Wohlergehen der Menschen in der Region.

Die aktuelle Regierung sowie ein großer Teil der politischen Eliten besteht aus ehemaligen Kämpfern der Befreiungsarmee UÇK. Diese hat das Land nach dem Kriegsende 1999 unter sich aufgeteilt und unter ihre Kontrolle gebracht. Die Kosovaren sprechen von einem gefangenen Staat. Die Wahrnehmung der Menschen ist, dass die EU und die USA von der kriminellen Vergangenheit mancher dieser Kriegsherren sehr gut im Bilde sind. Dies mache die aktuellen politischen Führungskräfte erpressbar und somit zu Marionetten der westlichen Mächte, damit sowohl die EU als auch die USA ihre eigene politische Agenda in Kosovo verfolgen können. Leider ist die politische Agenda des Westens nicht auf die Demokratieförderung und das Wohlergehen der Menschen fokussiert, sondern auf geostrategische Interessen. Kosovo ist keine funktionierende Demokratie, sondern ein Spielball um geopolitische Einflussicherung.

Die Oppositionspartei Vetëvendosje, die sich selbst immer noch mehr als Bürgerbewegung denn als Partei wahrnimmt, wurde bei den Parlamentswahlen 2017 stärkste Kraft. In ihr hatten viele junge Menschen eine Alternative gesehen, um in Kosovo etwas zu verändern. Doch das sogenannte Bündnis der Kriegsherrenparteien schaffte es dennoch, wenn auch knapp, die Regierung zu bilden. Damit war für viele klar, dass sich mit den gleichen politischen Führungskräften auch in den kommenden Jahren nichts ändern kann.

In Anbetracht dieser Entwicklungen wundert es nicht, dass ein großer Teil der Bevölkerung ihre Heimat lieber heute als morgen verlassen möchte.

Wohin soll's gehen?

Viele junge Menschen wollen in den Westen, um zu studieren oder eine Ausbildung zu machen. In der Hoffnung, dass sich in den nächsten Jahren etwas zum Besseren ändert, wollen viele von ihnen nach der Ausbildung ins eigene Land zurückkehren und mit dem erworbenen Wissen bei der Entwicklung der Gesellschaft helfen. Andere erlernen gezielt Berufe, die zurzeit in Europa gefragt sind und rechnen sich damit Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt aus. Auch sie wollen meist für eine



„Wir wählen, sie profitieren“

bestimmte Zeit in den westlichen Ländern arbeiten, Geld verdienen und wieder nach Kosovo kommen, um sich hier etwas aufzubauen. Der Grund für den Rückkehrwunsch vieler ist meist die Familie, denn für die meisten Kosovaren ist die Familienbindung sehr wichtig. Nach dem Krieg hätte ein Großteil der Bevölkerung ohne die Geldsendungen der Diaspora nicht überleben können. Noch heute schicken viele im Ausland lebende Kosovaren regelmäßig Geld an Verwandte in Kosovo. Andererseits gibt es auch diejenigen, die die Hoffnung auf Besserung verloren haben und für immer weg wollen.

Durch das von der EU auferlegte Visaregime fühlen sich die Menschen ungerechterweise abgelehnt. Die Wahrnehmung, dass die EU-Perspektive schwindet, fördert vor allem bei jungen Menschen vermehrt eine EU-Skepsis. Immer mehr Menschen glauben mittlerweile, dass die EU es nicht wirklich ernst meint mit der in Aussicht gestellten Integrationsperspektive. Diskussionen über andere Zukunftsperspektiven und Allianzen – ohne EU – nehmen immer mehr zu. Als eine solche Alternative zeichnet sich in Diskussionen zunehmend die Türkei ab. Sie ist in Kosovo stark präsent, bietet vielen jungen Menschen Studien- und Stipendienprogramme an türkischen Universitäten an und die Kosovaren brauchen keine Visa, um dorthin zu reisen.

Literaturverzeichnis

Friedrich-Ebert-Stiftung (2018): Youth in Southeast Europe, [online] <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/14217.pdf> [28.05.2018].

Statistikagentur Kosovo (2014): Migrimi Kosovar, [online] <http://ask.rks-gov.net/media/1379/migrimi-kosovar-2014.pdf> [28.05.2018], S. 21.

International Monetary Fund (2018): IMF Country Report No.18/31, [online] <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/02/05/Republic-of-Kosovo-Selected-Issues-45613> [28.05.2018].



In der ersten Klasse kam ich verwirrt von der Schule. Wir Kinder sollten uns gemäß unserer Herkunft aufstellen, um die Vielfalt der Klasse zu veranschaulichen. Ich aber wusste nicht, ob ich mich in die „deutsche“ oder die „polnische/osteuropäische“ Ecke stellen sollte. Meine Großmutter gab mir den Rat, dass ich ein Deutscher sei, aber meine polnische Herkunft nicht vergessen dürfe. Meine Heimat im Osten ist daher eine Art Spiegel, in dem ich mithilfe der Sprache, Kultur und Familie mein „Deutschsein“ reflektieren kann und mich als Teil Polens zu entdecken versuche.

Olek Klysik, Eltern Ende 89 nach Deutschland eingewandert. Geboren 1990, aufgewachsen in der Nähe von Stuttgart. Nach der Schule Zivildienst und Praktika in Berlin. Seit 2011 Studium der Geschichte, Erziehungswissenschaft und Philosophie/Ethik in Freiburg im Breisgau.



The Bosnia List: Identität und Heimat nach der Flucht

Annika Grützner, Berlin

Bücher, die von realen Ereignissen handeln, können uns die Augen öffnen. Einige berichten von Schicksalen, die uns den Wunsch nach Frieden in der eigenen Heimat immer wieder vor Augen halten.

Kenan Trebinčević' Titel *The Bosnia List* ist eine Abrechnung mit der Vergangenheit und zugleich ein Neuanfang. Sein autobiografisches Buch behandelt die Ereignisse rund um die furchtbaren Kämpfe nach dem Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre: Zum einen berichtet er über seine Erinnerungen an die Wochen nach dem Ausbruch des Krieges in seiner Heimatstadt Brčko in Bosnien, zum anderen handelt das Buch vom Anspruch an die Gegenwart in den USA, wo die Familie nach der Flucht ein neues zu Hause gefunden hat.

The Bosnia List beginnt mit zehn Punkten, die von düsteren Inhalten geprägt sind: „Ich will auf Peros Grab stehen, um zu sehen, dass er wirklich tot ist“ oder „Ich will ein Foto von Vater und Eldin machen,

wie sie vor dem Konzentrationscamp stehen, in dem sie festgehalten wurden“. Mit dieser To-Do-Liste macht sich Trebinčević fast zwei Jahrzehnte später mit seinem Vater und seinem Bruder auf, um noch einmal den Ort zu sehen, an dem sie eigentlich nie zurückkehren wollten.

The Bosnia List enthüllt die grausame Seite der Menschen. Wenn im Krieg aus Freunden Feinde werden, sei es aus religiösen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen, trifft es die Kinder meist besonders hart. Auch für Trebinčević ist es bis ins Erwachsenenalter unbegreiflich, wie sich seine engsten Freunde plötzlich gegen ihn wenden konnten, wie die Nachbarn auf einmal vor ihren Augen ihr Eigentum entwendeten, wie ehemalige Arbeitskollegen zu Mördern werden...

Der Krieg ist unbegreiflich, das vermittelt *The Bosnia List* in jedem Satz. Und umso unbegreiflicher ist er, wenn die Familie sowohl in den USA als auch in Bosnien nach langer Zeit immer noch

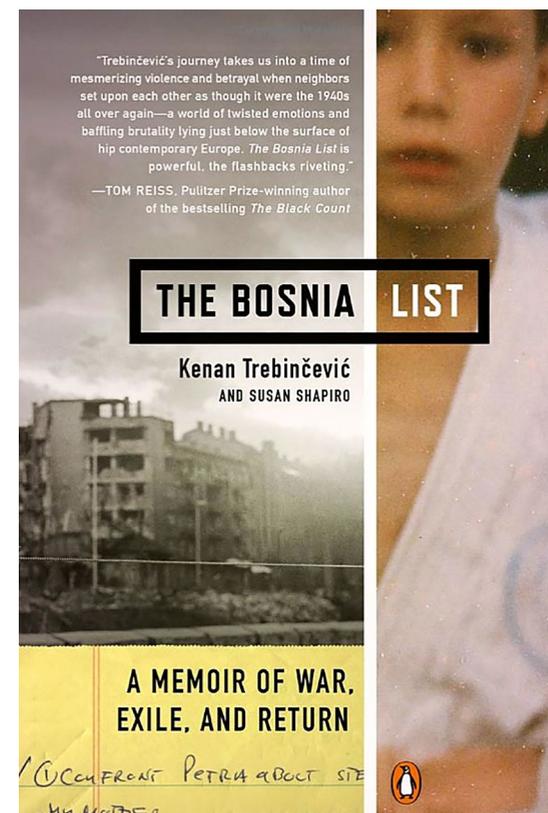
die unsichtbaren Barrieren spürt, die die Kämpfe auslösten. Die Frage nach dem „Warum?“ ist ebenso zentraler Bestandteil des Buches wie die Frage nach der Heimat. Trebinčević, der als Tattoo die Flagge Bosniens auf dem Arm trägt, ist mittlerweile durch und durch Amerikaner. Dennoch wird er selbst in seinem neuen zu Hause nach seiner ethnischen Herkunft beurteilt. So fühlt er sich zu einer Identität gezwungen, an der er sich nicht festhalten kann. In den USA ist er Bosnier, in Bosnien Amerikaner. Die temporäre Rückkehr nach Bosnien ist für ihn eine Prüfung, die er dort jeden Tag aufs Neue bestehen muss, wenn er ehemaligen Freunden und Gegnern begegnet und diese so tun, als hätten sie nie mit der Waffe auf ihn gezielt.

Besonders beeindruckt *The Bosnia List* durch die schonungslose Ehrlichkeit, mit der Trebinčević die Situation in Bosnien beschreibt. Seine Angst und Hilflosigkeit werden greifbar. Selbst als Erwachsener haben ihn die Erinnerungen fest im Griff. Seine neue Heimat kann nur dann endgültig zu einem friedlichen Platz werden, wenn er mit der alten abgeschlossen hat.

Die meisten Menschen, die auf seiner Liste stehen, sind tot und können kein Zeugnis mehr ablegen. Und eine Entschuldigung oder gar Erklärung wird es nicht geben. Aus der ursprünglichen Negativliste wird so nach und nach eine hoffnungsvolle, wenn er beginnt, sie mit positiven Wünschen für die Zukunft seiner Heimat und seiner Freunde zu füllen.

Kenan Trebinčević / Susan Shapiro (2014): *The Bosnia List: A Memoir of War, Exile, and Return*, Penguin Books, 336 Seiten.

„Indem Trebinčević seine Liste abarbeitet, wird ihm immer stärker bewusst, dass sein Hass die Vergangenheit nicht ändert.“



AutorInnenverzeichnis

Dorothee Theresa Adam

studierte European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) sowie Romanistik, Slavistik und Soziologie in Bamberg mit Stationen in Caracas (Venezuela), Tomsk (Russland) und Odessa (Ukraine). Ihr Studienschwerpunkt lag in der Transformation Osteuropas, insbesondere der ukrainisch-russischen Beziehungen. Aktuell gibt sie Seminare rund um die Europäische Union sowie zum wissenschaftlichen Schreiben.

Piotr Andrzejewski

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften zu Österreich und Deutschland. Seine Schwerpunkte sind Identitätspolitik und rechtsradikale Bewegungen. Darüber hinaus arbeitet er mit der liberal-konservativen Stiftung *Fundacja Republikańska* zusammen.

Timm Beichelt

ist Professor für Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Er studierte in Heidelberg und Paris.

Martha Dudzinski

hat in München, Krakau und Edinburgh Politik studiert und u.a. für die *ARD*, *Zeit Online* und *Zenith* journalistisch gearbeitet. Die gebürtige Schwäbin wohnt heute ganz dem Klischee entsprechend in Berlin.

Piotr Franz

wurde in Polen geboren und lernte westlich der Berliner Mauer laufen. Er studierte in Berlin, Ljubljana, Warschau und Frankfurt (Oder), wo er den Master in Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas absolvierte. In seiner Promotionsarbeit identifiziert er Lebenswelten der National-Radikalen Bewegung in Polen vor 1939.

Valentin Goldbach

studiert Kulturwissenschaften an der Viadrina in Frankfurt (Oder) und beschäftigt sich mit Fußball und Hip-Hop. Sein Fokus liegt dabei auf materialistischer Kulturkritik.

Anna Gorskih

ist Studentin der Kulturwissenschaften und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig und seit sechs Jahren wohnhaft in Leipzig. Sie ist Mitglied im stipendiatischen AK Osteuropa beim Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Annika Grützner

studierte Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft und Kulturgeschichte in Frankfurt (Oder) und Budapest. Zusammen mit der Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Irine Beridze gründete sie 2017 den Blog *Read Ost*. Dort schreiben sie über mittel- und osteuropäische Literatur und Kultur.

Saskia Heller

studiert Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) mit Fokus auf post-sowjetische Länder. Neben ihrer Wahlheimat Frankfurt (Oder) fühlt sie sich verbunden mit Estland, der Ukraine und der Republik Moldau.

Jonathan Hempel

ist deutsch-israelischer Fotograf und Aktivist, lebt in Berlin und studiert derzeit im Master Soziokulturelle Studien an der Viadrina in Frankfurt (Oder). Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit engagiert er sich sowohl in muslimisch-jüdischen Projekten wie auch in der Zusammenarbeit mit geflüchteten Menschen in Berlin.

Mevlyde Hyseni

hat Journalismus und Germanistik in Pristina, Kassel und Berlin studiert. Sie arbeitet als Projektmanagerin für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kosovo und als freie Journalistin. Sie ist Alumni (2010) des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestages.

Eduard Kosminski

hat Politikwissenschaften an der Babes-Bolyai Universität in Cluj-Napoca (Rumänien) studiert. Er ist Alumni (2010) des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestages. Zurzeit arbeitet er als Redakteur für das Ost Journal.

Lea Lochau

ist gebürtige Berlinerin und studiert Soziokulturelle Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), wo sie ebenfalls als wissenschaftliche Hilfskraft tätig ist. Ihre Studienschwerpunkte bilden Urban Studies sowie Politik und Kultur.

Serhij Lukanjuk

ist Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen an der Nationalen Yuri Fedkovich-Universität in Czernowitz. Er ist Alumni (2008) des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestages.

Stefan Kunath

promoviert an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) zur Migrations- und Europapolitik der Linkspartei und arbeitet für den Europaabgeordneten Martin Schirdewan. Er ist Chefredakteur beim Ost Journal.

Leo Mausbach

lebt in Warschau und arbeitet dort für die staatliche Polnische Agentur für Investitionen und Handel. Er hat in Berlin, Breslau, Frankfurt (Oder) und Posen studiert. Sein Interessenschwerpunkt liegt auf den deutsch-polnischen Beziehungen. Zudem ist er Koordinator des Osteuropa-Netzwerks der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Inés Noé

wurde 1991 in Berlin geboren und hat Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina studiert. Seit 2017 studiert sie im Master „Literaturwissenschaft: Ästhetik – Literatur – Philosophie“.

Yevheniia Oliinyk

ist Journalistin, Cartoonistin und Illustratorin und lebt in Kiew. Sie ist Mitherausgeberin des Online-magazins *Korydor*, das über zeitgenössische Kultur berichtet. Freiberuflich schreibt und zeichnet sie für verschiedene Medien.

Ani Poghosyan

studiert Journalismus an der Staatlichen Universität Jerewan. An der dortigen Fakultät arbeitet sie als Journalistin in der Abteilung für Presse und Kommunikation. Sie ist Alumni (2016) des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestages.

Holger Politt

ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Büros der Stiftung in Warschau.

Juliane Rahn

bezeichnet sich selbst als liberalen Theaterökopostpunk und wurde in den 1980er Jahren in einem Land geboren, das es nicht mehr gibt. Sie studierte Dramaturgie in München und Krakau (PL). Anschließend arbeitete sie in der freien Theaterszene in Banja Luka (BA) und in München, unter anderem mit *CADAM*. und *Fortis Green Film+Medien, Haveit* (KS) und *ArtPole* (UA). Derzeit lebt und forscht sie in Sarajevo (BA) zu Theater und Performance, Öffentlichkeit und Bürgerschaft im jugoslawischen Jahrzehnt nach Tito (1980).

Karl-Konrad Tschäpe

hat Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina studiert und dort promoviert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum Viadrina in Frankfurt (Oder).

Kristi Vako

kommt aus Tirana, Albanien und studiert zurzeit Deutsches- und Europäisches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Alumni (2017) des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestages.

Ost Journal bestellen

Senden Sie uns zur Bestellung eines Einzelexemplars oder eines Abonnements eine E-Mail an mail@ost-journal.de mit folgenden Informationen:

Produktbezeichnung, Mengenangabe, Nachname, Vorname, ggf. Institution, Adresse, Postleitzahl, Ort, Email-Adresse.

Die genauen Produktbezeichnungen und Preise entnehmen Sie www.ost-journal.de.

Ost Journal erscheint zweimal jährlich (Frühlingsausgabe, Herbstausgabe) mit einem Jahresumfang von rund 150 Seiten im Format B5 (170 x 240 mm). Die Frühlingsausgabe erscheint bis Ende Juni. Die Herbstausgabe erscheint bis Ende Dezember des jeweiligen Jahres.

Impressum

Ost Journal

Heft 3, 2. Jahrgang 2018
ISSN 2625-1574 (Print)

Angaben gem. § 5 TMG

Ost Journal GbR, Straße der Befreiung 46, D-15324 Letschin

Kontaktinformationen:

E-Mail: mail@ost-journal.de
Telefon: +49 (0) 15778946744

Ost Journal GbR wird vertreten durch:

Stefan Kunath und Eduard Josif Kosminski
Umsatzst.-ID: 064/161/01742

Verantwortliche für journalistisch-redaktionelle

Inhalte gem. § 55 II RstV:

Stefan Kunath, Silbersteinstr. 128, 12051 Berlin

Redaktion: Stefan Kunath - Chefredaktion
s.kunath@ost-journal.de
Ebru Duman, Pauline Heinke,
Saskia Heller, Eduard Josif Kosminski,
Luisa Liebrau, Lea Lochau, Inés Noé

Lektorat: Luisa Liebrau, Stefan Kunath

Layout: Daniel Triebke, www.3bke.de

Druck: WIRMachenDRUCK GmbH

Copyright

Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge, Abbildungen etc. ist unzulässig. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-Rom, DVD-Rom etc. nach vorheriger Zustimmung von Ost Journal GbR. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen.

Wir danken unseren FörderabonnentInnen: Stefan Liebich, André Hahn, Evrim Sommer (05.06.2018)

Fotoverzeichnis: **Titelbild:** Yevheniia Oliinyk, **Seite 3:** Jonathan Hempel, **Seite 4:** Daniel Triebke, **Seite 6:** De Havilland, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 8:** Martin Heinelein, Die Linke, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 10:** Die Linke, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 12:** Fraktion Die Linke im Bundestag, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 14:** De Havilland, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 16:** PP, **Seite 17:** Christina Floehr, Rawina Ibrahim, **Seite 18:** Alte Wilde Korkmännchen, Flickr, CC BY-ND 2.0, **Seite 20:** Micha Blitz b-lichtet.de., Flickr, CC BY 2.0, **Seite 24-26, 29-31:** Stefan Kunath, **Seite 28:** Robert Schwaß, **Seite 32:** Piotr Drabik, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 34:** thierry ehrmann, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 36:** H. Lindenfeld, **Seite 38:** Adrian Grycuk, Wikipedia, CC BY-SA 3.0 pl, **Seite 40:** włodi, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 43:** Wistula, Wikipedia, CC BY-SA 3.0, **Seite 44:** Céline Harrand, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 46:** włodi, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 48:** Piotr Andrzejewski, **Seite 51:** Mona Vintilă, Zoltán Karácsony, **Seite 52-61:** Jonathan Hempel, **Seite 62:** Karl-Konrad Tschäpe, **Seite 63:** Saskia Heller, **Seite 65:** Ralf Lotys, Wikipedia, CC BY 3.0, **Seite 66-72:** Inés Noé, **Seite 76-77:** Saskia Heller, **Seite 79:** Bozhena Kozakevych, Saltanat Aschirowa, **Seite 80, 82:** Eduard Kosminski, **Seite 81:** Serhij Lukanjuk, **Seite 83:** Ana Maria Ioana Lupășteanu, Othmara Glas, **Seite 84:** Ivan Bandura, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 86:** spoitlexile, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 88:** Lauras Eye, Flickr, CC BY-ND 2.0, **Seite 90, 92:** xinem, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 94:** Wolfgang Wildner, Flickr, CC BY-ND 2.0, **Seite 95:** Roman, Irina Peter, **Seite 96, 98:** Andreas Lehner, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 99:** Melitta Roth, **Seite 100:** Adam Jones, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 102:** Quinn Dombrowski, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 103:** Olek Klysik, **Seite 104:** Bud Ellison, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 105:** Penguin Books

ကော့ပိုက် | ၂၀၂၀